

LANDTAGSWAHLPROGRAMM

GRÜN REIN!

Zweitstimme GRÜN!

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**

THÜRINGEN



Herausgeberin:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen

Lutherstraße 5

99084 Erfurt

Telefon: 0361/57 65 00

E-Mail: info@gruene-thueringen.de

www.sommergruen.de

Gestaltung: Werbeagentur Kleine Arche GmbH,

www.kleinearche.de

Druck: Druckhaus Gera GmbH

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Wählerin, lieber Wähler,*

in diesem Jahr haben wir alle mehrfach die Wahl.

Sicher kennen auch Sie solche Aussagen, wie: „Ich kann sowieso nichts ändern. Politik ist ein schmutziges Geschäft. Die da oben machen sowieso was sie wollen. Auf eine Stimme mehr oder weniger kommt es doch nicht an.“

Wir von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen das ganz anders und wollen mit unserem Programm Mut machen und dazu einladen, sich einzumischen, mitzureden und vor allem Politik mit zu gestalten. Denn Demokratie lebt vom Mitmachen und von Beteiligung einer und eines jeden Einzelnen.

Die Zeit in Thüringen ist reif für GRÜN. Wir sind davon überzeugt: Gerade in Krisenzeiten braucht es eine Politik, die heute auch schon das Morgen im Blick hat, die über den Tellerrand schaut, GLEICHBERECHTIGUNG groß schreibt und die auch unbequeme Wahrheiten ausspricht und heiße Eisen anpackt.

Vielleicht fragen Sie sich jetzt, wer BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eigentlich sind. Hier können Sie nachlesen, wer für unsere Politik ins Rennen geht und was wir ganz genau wollen.

Und wenn Sie Interesse haben, scheuen Sie sich nicht, uns direkt anzusprechen und weitere Fragen oder Anmerkungen loszuwerden.

Wir jedenfalls freuen uns auf Sie und Ihr Interesse!



Astrid Rothe-Beinlich
(Listenplatz 1)



Dirk Adams
(Listenplatz 2)

SpitzenkandidatInnen zur Landtagswahl

www.sommergruen.de

THÜRINGER LANDTAGSKANDIDATINNEN



Platz 1

ASTRID ROTHE-BEINLICH

35 Jahre
(KV Erfurt)



Platz 2

DIRK ADAMS

41 Jahre
(KV Erfurt)



Platz 3

ANJA SIEGESMUND

32 Jahre
(KV Jena)



Platz 4

DR. FRANK AUGSTEN

50 Jahre
(KV Weimarer Land)



Platz 5

JENNIFER SCHUBERT36 Jahre
(KV Jena)

Platz 6

CARSTEN MEYER47 Jahre
(KV Weimar)Platz 7 **GISELA HARTMANN**
70 Jahre, (KV Nordhausen)Platz 8 **ROBERTO KOBELT**
33 Jahre, (KV Weimar)Platz 9 **CHRISTEL
WAGNER-SCHURWANZ**
61 Jahre, (KV Gera)Platz 10 **PIERRE GEORG**
27 Jahre, (KV Jena)Platz 11 **STEFAN
SCHWESSINGER**
56 Jahre, (RV Wartburg-
kreis/Eisenach)Platz 12 **HENNING EGGERS**
35 Jahre, (KV Jena)Platz 13 **VINCENT MÜLLER**
19 Jahre, (KV Erfurt,
GJ)Platz 14 **RICHARD JANUS**
38 Jahre, (RV Wart-
burgkreis/Eisenach)Platz 15 **MICHAEL
HOFFMEIER**
40 Jahre,
(KV Eichsfeld)

INHALT

PRÄAMBEL	14
NACHHALTIGKEIT	19
Moderne Umwelt- und Naturschutzpolitik für Thüringen	19
Nachhaltiges Thüringen	19
Konsequenter Naturschutz	19
Strukturreform zum Abbau des Naturschutzes rückgängig machen	21
Biosphärenreservat „Karstlandschaft Südharz“ so schnell wie möglich	21
Mehr Raum für Flüsse/Gewässerschutz	22
Werraversalzung beenden	23
Thüringens Wälder erhalten und schonend bewirtschaften	23
Böden wirksam schützen – Trendwende beim Flächenverbrauch	24
Tierschutzrecht stärken	26
Für ein Umweltgesetzbuch, das seinen Namen verdient!	26
Abfallpolitik	27
Abwasser dezentral entsorgen	28
Neue Starkstromtrassen	29
100% Erneuerbare Energien für Thüringen	29
Energiemix der Zukunft	30
Kein Zurück zur Atomenergie	31
Öffentliche Gebäude werden Energiesparmeister und versorgen sich mit erneuerbaren Energien	31
Schulsanierungsprogramm für 100 Energieschulen	32
Thüringer Wärmegesetz	32

Markteinführungsprogramm für Plus- und Nullenergiehäuser	32
Biomasseaktionsplan	33
100 Bioenergiekommunen	34
Zugang zu Erneuerbaren Energien für alle durch den Thüringer Erneuerbare-Energien-Kredit	34
Bildungs- und Forschungscluster für innovatives energie- sparendes Bauen und Erneuerbare Energien	34
Umbau regionaler Wirtschaftsförderung	35
Die Regionen stärken – Zukunft ländlicher Raum	36
Potentiale der Land- und Ernährungswirtschaft sowie der ländlichen Räume nutzen	36
Energiewirte des 21. Jahrhunderts	37
Ökolandbau fördern	37
Regionale Vermarktung fördern	39
Agrogentechnik – Nein danke!	39
Touristische Potenziale nutzen	40
Regional planen und umsetzen	41
Bedarfsgerechte Infrastruktur	41
Nachhaltige und kreative Stadtentwicklung	42
Lebensraum Stadt	42
Flächensparendes Bauen	43
Ansiedlungspolitik verändern	43
Genial Zentral – aber richtig	43
Neue Wohnmodelle für die Städte	44
Haushalt und Finanzen	44
Spielräume schaffen durch nachhaltige Ausgabenpolitik	44
Nachhaltige Investitionen	45
Föderalismus grün buchstabieren	45
Transparenz und klare Regeln	46
Die Zukunft der Thüringer Sparkassen und der Helaba	47
Nachhaltige Strukturen	47

Mit dem Grünen New Deal aus der Krise – Grüne

Marktwirtschaft als Zukunftsperspektive	47
Ein Grüner New Deal: Die Karten werden neu gemischt	48
Grüne Marktwirtschaft als Zukunftsperspektive	48
Grüne Arbeitsplätze für Schwarze Zahlen	49
Investieren in Innovationen	50
Der Mittelstand ist das Fundament der Thüringer Wirtschaft	51
Thüringens Automobilindustrie fit machen	52
Wirtschaft in Bewegung	53
Regionale Innovationsnetze stärken	53
Mitteldeutschland mit Leben erfüllen	54
Kreative Wirtschaftspotentiale nutzen	55
Verbraucherpolitik als Querschnittsaufgabe	55
Verbraucherrechte schützen und stärken	57
Verbraucherzentralen stärken – für starke Verbraucher	58
Schutz in sensiblen Bereichen	58
Verbraucherschutz auch digital	59
Mit gutem Beispiel voran	59
Grüne Mobilität für Thüringen	60
Zukunftsfähige Verkehrspolitik im Zeichen von Klimawandel und Ölknappheit	60
Besser für Thüringen: mobil mit dem Umweltverbund	61
Der Thüringen-Takt macht Thüringen mobiler	62
Verkehrsinfrastruktur: Ausbau vor Neubau – Schiene vor Straße	64
Nein zur Rhönquerung – die Rhön bleibt grün	64
Mitte-Deutschland-Verbindung – ohne Spannung kein Anschluss	65
Zukunft des Fernverkehrs auf der Schiene – nicht nur Erfurt braucht Anschluss	65
Statt Luftschlössern: Thüringen braucht ein tragfähiges Flughafenkonzept.....	67
Radverkehr	68

BILDUNG UND SOZIALE GERECHTIGKEIT FÜR ALLE 68**Köpfchen sind unser Kapital – Bildung öffnet die Türen zur Welt 68**

Frühkindliche Bildung: spielerisch Lernen und nicht Schule vorziehen	69
Länger gemeinsam lernen in einer Schule für alle	71
Gemeinsames Lernen für Kinder mit und ohne Behinderungen	71
Bildungsbarrieren senken	72
Ganztagsschulen bieten mehr	72
Schulen in freier Trägerschaft	73
Mit leerem Magen lernt es sich schlecht – gesundes Mittagessen für alle	73
Schule braucht mehr Selbständigkeit	73
Demokratie lernen	74
Recht auf Wahlmöglichkeiten zwischen Schulen	74
Die Lehrenden in der selbständigen Schule – Personalentwicklung und Fortbildung	75
Die Reform der LehrerInnenausbildung – mehr Freiräume für LehrerInnen	75
Schluss mit dem Beamtentum – gleiche Bezahlung für LehrerInnen aller Schulformen	76
Kultur des Hinschauens und Zuhören an den Schulen stärken	76

Für ein Recht auf Ausbildung – Ausbildung sichert Zukunft 77

Konsequente Benachteiligtenförderung	78
Die Berufsbildenden Schulen in Thüringen	78
Sanierungsstau an den Berufsschulen	79

Thüringens Hochschullandschaft muss grüner werden! 79

Die soziale Herkunft darf nicht über den Hochschulzugang entscheiden! Standortvorteil: Gebührenfreiheit!	79
--	----

Das Thüringer Studentenwerk stärken.....	80
Einführung eines Landesstipendiums.....	81
Eckpunkte für einen grünen Campus Thüringen.....	81
Hochschulen als Orte der Demokratie stärken	82
Förderung von Frauen und wissenschaftlichem Nachwuchs.....	83
Erwachsenenbildung	83
Umweltbildung – Bildung für nachhaltige Entwicklung	84
Für ein Bildungsfreistellungsgesetz	84
Kultur schafft Werte	85
Kulturfinanzierung.....	85
Kultur für Kinder und Jugendliche.....	86
Kultur zum Erhalt der Geschichte des Landes	86
Museen	86
Theater.....	87
Musik- und Kunstschulen	87
Bibliotheken.....	87
Kultur für Land und Stadt.....	88
Leben von der Kultur, Leben für die Kultur	88
Soziale Gerechtigkeit für alle	89
Aufbruch in der Arbeitsmarktpolitik	89
Armut und Ausgrenzung verhindern.....	91
Den demografischen Wandel als Chance begreifen.....	93
Menschen mit Behinderung – selbst bestimmt statt ausgegrenzt.....	94
Prävention stärken, Gesundheit fördern, Versorgung sichern.....	96
Familien fördern	98
Kinder stärken	99
In Würde alt werden – Für eine neue Kultur des Alterns	100
Neue Formen bürgerschaftlichen Engagements entwickeln	101

Jugendarbeit – Vielfalt stärken	101
Kinderpolitik auf Kinderaugenhöhe	101
Sinnvolle Freizeitangebote unterbreiten – Teilhabe ermöglichen	102
Kinderrechte ins Grundgesetz	102
Jugendverbandsarbeit stärken	102
Jugendliches Engagement befördern	103
FÜR MEHR DEMOKRATIE IN THÜRINGEN	103
Mehr Demokratie wagen – Mitbestimmung für alle ermöglichen	103
Demokratischer Diskurs an den Bildungseinrichtungen!	104
Politische Bildung ist wichtig!	104
Bürgerhaushalte	104
Gleichstellung: Keine Frage	105
Eigenständige Existenzsicherung oberstes Gebot	105
Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt	106
Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen	107
Ausgleich geschlechtsspezifischer Nachteile und Schutz vor Gewalt	107
Die Hälfte der Macht!	108
Lesben und Schwule	108
Zusammenleben in Thüringen stärken	108
Integration ist keine Einbahnstraße	108
Integration verlangt gegenseitigen Respekt	109
Sprache verbindet	109
Teilhabe durch gleiche Rechte	109
Teilhabe durch Einbürgerung	110
Mehr Menschen eine Heimat geben.....	110
Flüchtlingsrat in Härtefallkommission einbeziehen	110

Für eine bürgernahe und effiziente Justiz	111
Jugendstrafrecht – Hilfe statt Strafe	111
Schwerpunktstaatsanwaltschaft „Umwelt“	112
Reform der JuristInnenausbildung	112
Polizeiarbeit reformieren	113
Polizei auf Augenhöhe	113
Polizeistruktur	113
Polizeiliche Aus- und Fortbildung	114
Landesamt für Verfassungsschutz	114
Öffentliche Sicherheit und Kriminalpolitik	115
Ursachen von Straftaten auf den Grund gehen	116
Prävention ist das A und O	116
Opferschutz und Opferhilfe	117
Gewalt gegen Frauen und Mädchen	117
Frauenhäuser als staatliche Pflichtaufgabe	117
Datenschutz, Datensicherheit und Informations- freiheit	118
Datenschutz ins Grundgesetz	118
Datenhandel verbieten	118
Konsequent gegen Vorratsdatenspeicherung und Onlinedurchsuchung	119
Thüringen zum Datenschutzland machen	119
Der Thüringer Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (TlfdI)	120
Transparenz der Verwaltung sichern: ein Informations- freiheitsgesetz für Thüringen	120
Aktiv gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus	121
Augen auf – Deine Stimme gegen Nazis	121
Für ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus und für Demokratie	122
Prävention und Aufklärung tun Not	122

Die demokratischen Abwehrkräfte stärken	123
Thüringen in Bewegung bringen und halten	123
Gesunde Ernährung und mehr Bewegung im Alltag	124
Thüringen ist Sportland – nicht nur für Spitzen- sportlerInnen	124
Für nachhaltige und vernetzte Sportanlagen	125
Schulsport garantieren und ausbauen	125
Bürgerschaftliches Engagement im Sport stärken	126

PRÄAMBEL

Liebe Thüringerinnen und Thüringer,

im Jahr 2009, das geprägt ist von Unsicherheit, Klimawandel, der Wirtschafts- und Finanzkrise, Hunger an vielen Orten der Welt, haben Sie in Thüringen gleich vier Mal die Wahl. Wir möchten Sie mit unserem Programm und mit den Frauen und Männern an unserer Spitze, die für dieses stehen, einladen und ermutigen, sich bewusst und aktiv einzubringen, um in Thüringen GRÜN zum Durchbruch zu verhelfen und für frischen Wind im Thüringer Landtag zu sorgen.

Thüringen ist ein Land mit denkbar guten Voraussetzungen: gelegen im Herzen Europas, gekennzeichnet durch eine gewachsene und anerkannte Kultur und einzigartige Landschaft.

Thüringen galt und gilt vielerorts als Wiege der Dichter und Denker, hier hatte auch die frühkindliche Bildung ihren Ursprung. Thüringen erlebte vor 20 Jahren eine friedliche Revolution der Bürgerinnen und Bürger, die für Demokratie, Freiheit und BürgerInnenrechte auf die Straße gingen und die große Veränderungen einleiteten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen wie keine andere politische Kraft für Ökologie und Klimaschutz, BürgerInnenrechte und Demokratie sowie die Verknüpfung von Bildung und sozialer Gerechtigkeit. Unser Selbstverständnis ist geprägt von Nachhaltigkeit, Ökologie als unserer Kernkompetenz ebenso wie Zugangs-, Generationen – und konsequenter Geschlechtergerechtigkeit. Auch und gerade angesichts der Krise sind wir davon überzeugt: Thüringen braucht GRÜN und grüne Politik, um zukunftsfähig zu werden.

Global denken – lokal handeln lautet unsere Devise. Die ökologische Frage steht im Mittelpunkt unserer Anstrengungen für eine solidarische, gerechte und friedliche Welt.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die Partei, die alternativ und in Al-

ternativen denkt. Wir wollen und müssen mobil sein. Ein gut ausgebauter Nahverkehr, der eine echte Alternative zum Auto ist, bleibt unverzichtbar. Und wenn schon Auto, dann bitte ökologisch – auch Opel hätte hier eine echte Chance – denn für uns steht fest: Die Zukunft für Opel ist grün oder gar nicht. Wir wollen ein gutes Leben. Aber: was heißt das? Vernünftige Ökonomen sagen, dass es nicht unendlich und immer mehr Wachstum geben kann. Wie leben wir gut, aber mit weniger Verbrauch? Sind nicht regionale Wirtschaftskreisläufe viel sinnvoller? Brauchen wir nicht viel mehr Innovationen für langlebige Produkte? Grünes, ökologisches Leben ist eine echte Alternative, nicht Verzicht, sondern gutes Leben. Wir wollen Sie einladen, mitzumachen.

Das Jahr 2009 wurde von der seit zwei Legislaturen allein regierenden CDU zum Jahr der Demokratie erklärt. Gelebte und erfahrbare Demokratie stoßen in Thüringen allerdings schmerzlich an ihre Grenzen. Die Landespolitik ist gekennzeichnet von einer schier unerträglichen Arroganz der Macht. Politische Entscheidungen werden offenkundig nur qua Mehrheit durchregiert. SPD und Linkspartei sind als Oppositionsparteien im Thüringer Landtag kaum wahrnehmbar und faktisch erstarrt in der Position der ewig knapp Überstimmten.

Wir BÜNDNISGRÜNEN sind die Alternative zum erstarrten Dreiparteiensystem, zu Filz und einer immer stärkeren Verwebung von Legislative und Verwaltung.

Für uns ist es selbstverständlich, auch heiße Eisen anzupacken und über Tellerränder hinaus zu schauen. Wir haben selbstbewusste, kluge und profilierte Frauen und Männer an unserer Spitze, die deutlich Position beziehen, bereit sind, sich immer und immer wieder zu Wort zu melden, mit anzupacken und für eine andere, eine ökologische und soziale Politik in Thüringen einzutreten. Wir führen auch schwierige Debatten und geben uns nicht mit einfachen Antworten zufrieden. Sicher ist das nicht immer der einfachste Weg. Aber wir alle wissen, dass Umkehr mitunter weiter führt und aus Fehlern auch die notwen-

digen Konsequenzen gezogen werden müssen, wenn man tatsächlich weiter kommen und zukunftsfähig sein will.

Und wir sind davon überzeugt, dass sich bündnisgrüne Politik auszahlt – für Thüringen und für die Menschen.

I) Wir BÜNDNISGRÜNEN stehen für die Verknüpfung von Ökologie und grüner Marktwirtschaft. Wir wissen: Mit grünen Ideen sind schon jede Menge schwarze Zahlen geschrieben worden und tausende Arbeitsplätze entstanden. Eine konsequente Klimaschutz- und Energiepolitik ist unsere Antwort auf eine der drängendsten Fragen unserer Zeit. Die Versorgung Thüringens im Jahr 2050 mit 100 Prozent Erneuerbaren Energien ist möglich, wenn wir jetzt umsteuern und konsequent handeln, statt nur über Klimaschutz zu reden. Der drohenden Renaissance der Nutzung der riskanten Atomkraft setzen wir die drei „großen E's“ entgegen: Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien. Grüne Wirtschaftspolitik bedeutet Unabhängigkeit, Zukunftsfähigkeit und dauerhaft viel Arbeit für die tragende Säule der Thüringer Wirtschaft: den klein- und mittelständische Unternehmen. Unser Ziel ist es, dauerhaft 50.000 Arbeitsplätze in diesem Bereich zu etablieren. Und wir setzen auf eine zukunftsfähige und nachhaltige Haushaltspolitik – die in Zukunftsbranchen und Bildung investiert – und die den kommenden Generationen dennoch die Luft zum Atmen und finanziellen Handlungsspielraum lässt. Deshalb werben wir für eine Schuldenbegrenzungsregel in der Thüringer Verfassung.

Die Natur ist auch ein Wert an sich. Und sie ist immer wieder gefährdet. Wir setzen uns deswegen für Artenvielfalt im Thüringer Wald, an unseren Flüssen, auf den Feldern und in den Gemäuern, in denen die Fledermäuse hausen sollten, ein. Wir wollen weder, dass der Thüringer Wald mit einer sinnlosen Stromtrasse zerschnitten wird, noch das Nordthüringens Landschaften Opfer des Gipskarstabbbaus bleiben. Wir wollen, dass die Bienenzüchter genfreien Honig anbieten können und dass Spatz, Laubfrosch und Arnika wieder einen gesunden Le-

bensraum vorfinden und sich nicht länger auf der Liste für bedrohte Arten wiederfinden müssen.

Zudem gilt es, die einzigartigen Ressourcen unseres Landes endlich zu nutzen und Thüringen selbst- und umweltbewusst und unverkennbar ergrünen zu lassen. Dies gilt für die Wirtschaftspolitik genauso wie für den Tourismus, für die Mobilität wie für die Lebensbedingungen unserer Kinder.

II) Thüringen gibt im Bundesdurchschnitt relativ viel Geld für Bildung aus, investiert aber eher in Beton als in Köpfe. Daher ist unser Resümee: In Thüringens Bildung liegt nahezu alles im Argen. Die frühkindliche Bildung wird mittels Familienoffensive dezimiert, das Schulsystem setzt trotz des Mehrheitswillens der Thüringer Bevölkerung auf Auslese und Ausgrenzung statt Integration – so kommt es auch zur bundesweit höchsten Förderschulquote. Verwaltungsgebühren erschweren den Zugang zu Universitäten und Hochschulen, die Verschulung der Studiengänge geht zu Lasten von Partizipation und selbstbestimmtem, interdisziplinärem Lernen. Bildung jedoch ist die tragende Säule einer nachhaltigen Gesellschaft und der Zugang zu selbiger die zentrale Gerechtigkeitsfrage des 21. Jahrhunderts.

Wir wollen Begeisterung für Demokratie wecken, schon in Kita und Schule. Wir wollen, dass Menschen, gerade die jungen, sich einmischen und wir sind überzeugt: Nur so werden wir Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus dauerhaft begegnen können und Thüringen wirklich zu einem weltoffenen und toleranten Land machen, das die Menschen willkommen heißt und zum Hierbleiben ermutigt.

III) BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN garantieren und repräsentieren BürgerInnenrechte und Demokratie wie keine andere Partei. Aus der BürgerInnenbewegung Ost und West kommend implizieren unsere Wurzeln und Ursprünge Selbstverständnis und Verantwortung auch für

Morgen. Wir stehen für direkte und repräsentive Demokratie auf Augenhöhe und damit diametral zur Landesregierung. Wir engagieren uns in und mit BürgerInneninitiativen für mehr Demokratie, für den Erhalt der Kultur gegen die Zerschlagung durch die Landespolitik, gegen die Werraversalzung und für eine gentechnikfreie Landwirtschaft. Wir beteiligen uns an Blockadeaktionen wie gegen die Castortransporte und verstehen uns als Teil der Anti-AKW- und sozialen Bewegungen. Wir protestieren auch und gerade aus der Erfahrung in der DDR gegen Überwachungswahn und Datensammelwut.

Und wir wollen und werden dieses Engagement künftig auch ins Landesparlament tragen.

Schon jetzt fühlen sich viele Menschen ausgegrenzt, haben das Gefühl, nichts bewegen zu können. Wir wollen aber für eine Politik an- und eintreten, die tatsächlich alle mitnimmt.

Wir streiten für die Rechte von Homosexuellen, Menschen mit Behinderungen und Menschen mit Migrationshintergrund gleichermaßen.

Aber: Wir sind nicht nur die Stimme der Minderheiten. Vor allem stehen wir für die kommenden Generationen, die – wie wir meinen – auch im Zukunft ein lebenswertes, ökologisch-soziales und friedliches Thüringen vorfinden sollen.

All das kann mit uns gelingen. Doch dafür gilt es, GRÜN zu wählen, um dem überfälligen Politikwechsel endlich zum Durchbruch zu verhelfen. Dafür brauchen wir jede Stimme. GRÜN ist die Zukunft – Sie haben die Wahl.

NACHHALTIGKEIT

Moderne Umwelt- und Naturschutzpolitik für Thüringen

Nachhaltiges Thüringen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine nachhaltige Entwicklung für Thüringen, die den heute in Thüringen lebenden Menschen die wesentliche Befriedigung ihrer Bedürfnisse ermöglicht, aber die Lebensperspektiven zukünftiger Generationen in Thüringen nicht begrenzt. Der Weg dahin führt nur über eine umfassende Nachhaltigkeitsstrategie für Thüringen. Diese muss ebenso Leitbilder und erfüllbare Ziele wie auch Zwischenschritte formulieren. Nachhaltige Entwicklung für Thüringen bedeutet neben dem Ressourcenschutz aber z.B. auch den Bestand sozialer Sicherungssysteme und durch den Ausbau der Bürgerbeteiligung eine Stärkung der Demokratie.

Eine gerechte Entwicklung braucht eine für dieses Ziel begeisterte Bevölkerung. Hierzu trägt auch eine gute Bildung für nachhaltige Entwicklung bei. Thüringen soll sich intensiv an der Dekade „Bildung für Nachhaltige Entwicklung“ beteiligen. Nachhaltige Entwicklung ist für uns ein gleitender Prozess. Daher muss es in seinem Verlauf eine ständige Überprüfung der gesteckten Ziele und eine Neubewertung der Indikatoren geben. Aus dem Prozess, der auf Beteiligung, Diskussion, Ausgleich, Respekt, Freiheit und Bildung setzt, wollen wir Leitlinien für konkretes staatliches Handeln ableiten.

Konsequenter Naturschutz

Thüringen besitzt einen außerordentlichen Reichtum an Kultur- und Naturlandschaften. Viele lokale und regionale Naturschätze gehören dazu. Diese Schätze gilt es in ihrer Vielfalt, Schönheit und Eigenart zu bewahren. Wir sehen den Artenreichtum als Wert an sich. Er ist nicht nur schützenswert, weil er dem Menschen nützt, sondern weil jede Art für sich selbst wertvoll ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Biodiversitätspolitik als Querschnittsaufgabe konsequent umsetzen.

Anstatt nur darüber zu reden, ist endlich Handeln angesagt. Naturschutz sehen wir als eine unserer wichtigsten politischen Aufgaben. Ökologie ist nicht etwas für wirtschaftliche Schönwetterzeiten, sondern Grundvoraussetzung für den Erhalt unseres Wohlstandes und für die Verbesserung unserer Lebensqualität. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind die einzige politische Kraft im Land, die ökologische Verantwortung auch mit konkretem, konsequentem Handeln verbindet. Thüringen droht zum Schlusslicht beim Naturschutz zu werden. Kein anderes Bundesland hat die Umweltverwaltung und die Förderung der Umweltverbände so zusammengestrichen wie Thüringen. Wir treten dafür ein, die FFH- und Vogelschutzrichtlinie mit ihrem Schutzgebietsnetz Natura 2000 konsequent umzusetzen. Es müssen schnellstmöglich Managementpläne für alle Gebiete erstellt werden. Die darin festgelegten Maßnahmen sind umzusetzen und die Gebiete als Schutzgebiete auszuweisen. Die Biosphärenreservate Rhön und Vesertal werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch zukünftig umfassend in ihrer Ausrichtung und Weiterentwicklung unterstützen. Im ‚Jahr der Biosphärenreservate‘ 2009 ist es höchste Zeit, dass auch für den thüringischen Teil des Biosphärenreservates Rhön ein Kernzonenanteil von mindestens drei Prozent in Angriff genommen wird. Wir wollen ein Biotopverbundsystem von mindestens 15 Prozent der Landesfläche schaffen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für einen verbindlichen Aktionsplan, um das Artensterben zu stoppen und die biologische Vielfalt in Thüringen zu erhalten. Für die Naturschutzförderung müssen mehr Mittel zu Verfügung gestellt werden. Wir wollen die Instrumente des Naturschutzes stärken, um die Naturreichtümer langfristig zu sichern. Naturschutz muss großflächig erfolgen und darf nicht weiter in Reservaten eingesperrt bleiben.

Ebenso plädieren wir für Konzepte, die Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Naturschutz und Tourismus integrieren. Deshalb wollen wir den gesellschaftlichen Dialog über den Naturschutz intensivieren und einen besonderen Schwerpunkt bei der Umweltbildung setzen. Wir befürworten eine staatliche Umweltlotterie, deren Erlöse zweckge-

bunden für den Naturschutz eingesetzt werden. Der ehrenamtliche Naturschutz soll deutlich mehr Beachtung und Rechte erhalten.

Der Naturschutz hat in Thüringen ein Vollzugsdefizit. Wir wollen daher die Naturschutzverwaltungen auf allen Ebenen stärken, um Natur und Umwelt besser zu ihrem Recht zu verhelfen.

Strukturreform zum Abbau des Naturschutzes rückgängig machen

Die Thüringer Landesregierung hat in der laufenden Legislaturperiode die Naturschutzverwaltung in Thüringen systematisch demontiert. Zuerst wurde die eigenständige Naturschutzabteilung im Thüringer Umweltministerium abgeschafft, dann wurde die Auflösung der Staatlichen Umweltämter beschlossen und schließlich wurde der größte Teil der Kontroll- und Vollzugsaufgaben auf die Landkreise verlagert. Damit wurde die Handlungsfähigkeit des behördlichen Naturschutzes in Thüringen stark geschwächt. Wir fordern deshalb eine eigenständige Abteilung Naturschutz im Ministerium, welche personell und strukturell in der Lage ist, Naturschutz als landesweite, strategische Aufgabe zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen durchzusetzen sowie eine Neuordnung der Zuordnung bei Naturschutzaufgaben, welche der Politisierung von naturschutzfachlichen Entscheidungen entgegenwirkt.

Biosphärenreservat „Karstlandschaft Südharz“ so schnell wie möglich

Die notwendigen Voraussetzungen für die Anerkennung der Gipskarstlandschaft als Biosphärenreservat werden von Seiten der Thüringer Landesregierung nicht in Angriff genommen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich ohne Wenn und Aber dafür ein, dem Nachbarland Sachsen-Anhalt zu folgen, um einen länderübergreifenden Schutz für diese Landschaft zu gewährleisten. Die Entwicklung einer ganzen Region und der Erhalt der in Europa einmaligen Gipskarstlandschaft werden sonst leichtfertig aufs Spiel gesetzt. Biosphärenreservate sind Modellregionen für eine nachhaltige Entwicklung, wie die Rhön eindrucksvoll zeigt. Sie werben für den Ausgleich konkurrieren-

der Interessen von Nutzung und Bewahrung, für ein Zusammenleben von Mensch und Natur. Das Jahr der Biosphärenreservate 2009 muss für die Region in Nordthüringen endlich diese Entscheidung bringen, die auch von der Mehrheit der Bevölkerung unterstützt wird.

Mehr Raum für Flüsse/Gewässerschutz

In Folge des Klimawandels werden die starken Niederschlagsereignisse weiter zunehmen. Durch eine nicht nachhaltige Landwirtschafts-, Verkehrs-, Hochwasser- und Baupolitik sind die Flüsse eingezwängt worden. Sie wurden verkürzt und ihre Einzugsgebiete sind großflächig durch Verbauung oder intensiven Ackerbau verdichtet und versiegelt. Hochwasserschutz ist ein elementarer Bestandteil der Anpassungsstrategie an den Klimawandel. Technischer Hochwasserschutz greift dabei aber allein viel zu kurz.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Flüssen wieder mehr Raum geben, damit Flussauen ihre ökologischen Funktionen zum Wasserrückhalt und als Lebensraum für Tier- und Pflanzenarten wieder erfüllen können. Dazu sind natürliche Wasserkreisläufe wieder herzustellen, Überflutungsräume zurück zu gewinnen, Fließgewässer zu revitalisieren und Böden zu entsiegeln. Durch den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft und der Umwandlung von Acker- zu Grünland kann die Speicherfähigkeit der Böden verbessert werden.

Von entscheidender Bedeutung ist der Schutz des Wassers als Lebensgrundlage für Mensch und Natur. Die biologische Vielfalt der Wasserökosysteme hält das Wasser sauber und liefert uns gesunde Nahrung. Verunreinigungen und Eingriffe in den Wasserhaushalt tragen wie die Folgen des Klimawandels dazu bei, dass viele unserer Gewässer gefährdet sind und von ihnen Gefahren ausgehen. Der Zustand der Gewässer in Thüringen ist zu schlecht. So wird Thüringen die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie bis 2015 deutlich verfehlen. Im Mittelpunkt unserer Wasserpolitik steht die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie. Unser Ziel ist es, mindestens Gewässergüteklasse II (mäßig belastet) in allen Flüssen unseres Landes zu erreichen. Wir brauchen eine Gewässerschutzoffensive, durch die Ufer und Auen geschützt

werden. Die durch die Landesregierung geplante Änderung des Thüringer Wassergesetzes, nach der Pflanzenschutzmittel und Dünger selbst in geschützten Uferbereichen ausgebracht werden können, steht dem entgegen. Wir wenden uns gegen die Aufhebung von Wasserschutzgebieten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Bewirtschaftungspläne und Maßnahmenprogramme für die Flussgebiete schnell erarbeitet und mit den Managementplänen für die FFH-Gebiete inhaltlich abgestimmt werden.

Werraversalzung beenden

Die Folgen des Bergbaus im hessisch-thüringischen Kalirevier an der Werra stellen Thüringen vor enorme ökologische Herausforderungen und sind eines der größten Umweltprobleme im Freistaat. Wir wollen die Reduzierung der Salzeinleitung in die Werra mit dem Ziel einer deutlichen Verbesserung der Wasserqualität. 2020 soll die Werra wieder ein naturnahes Gewässer sein. Die geltenden Grenzwerte von 2500 mg/l Chlorid und 90 Grad deutscher Härte sind umgehend abzusenken. Darüber hinaus wollen wir keine weitere Versenkung oder Verpressung von Salzlauge untertage. Schon jetzt ist durch aufsteigende Salzlauge die Trinkwassergewinnung im Werratal stark gefährdet. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern von der K+S AG ein Konzept, wie sie die weitere Umweltzerstörung beenden und einen Beitrag zur Beseitigung der Folgen leisten will. Weiter fordern wir unabhängige Gutachten zur ökologischen Situation in und an der Werra. Besonders die Belastung durch Schwermetalle in der Aufhaldung und Salzlaugeeinleitung ist zu erheben und daraus ein Maßnahmenpaket zu entwickeln. Wir setzen uns dafür ein, dass die Aufhaldung von Produktionsrückständen ebenfalls bis 2020 beendet wird und die „weißen Berge“ nicht mehr weiterwachsen.

Thüringens Wälder erhalten und schonend bewirtschaften

Wald ist nicht nur als Produktionsstätte für den nachwachsenden Rohstoff Holz unverzichtbar, sondern auch als natürliches Refugium für Tiere und Pflanzen. Wald wird außerdem zum Schutz unseres Bodens und Wassers, als Klima-, Immissions-, Lärm- und Sichtschutz,

aber auch als Erholungsraum dringend gebraucht. Aus dieser Tatsache erschließt sich die Bedeutung der Wälder für den Naturhaushalt und in der Umwelt- und Energiepolitik. BÜNDNIS 90/Die GRÜNEN wollen arten- und strukturreiche, naturnahe und gesunde Wälder, die die biologische Vielfalt der Waldökosysteme erhalten und die Wälder vor Übernutzung schützen. Es muss kahlschlagfrei mit vorwiegend Mischwaldbeständen und standortheimischen Arten gewirtschaftet werden. Das Ergebnis dieser Art von Waldwirtschaft sind Dauerwälder mit unterschiedlichen Altersstadien auf derselben Fläche. Die Zeit der Altersklassenwälder und Nadelbaummonokulturen ist abgelaufen.

Dazu ist konsequentes Handeln beim Klimaschutz und die Anwendung von nachhaltigen, naturorientierten und auf standörtlicher Grundlage basierenden Methoden in der Forstwirtschaft oberstes Ziel. Thüringen braucht ein modernes Waldgesetz, das den Herausforderungen des Klimawandels angepasst ist, mehr biologische Vielfalt fördert, Rechtssicherheit für Agroforstsysteme schafft, die Waldbesitzer von übertriebenen Ansprüchen und Verkehrssicherungspflichten befreit und die Holzvermarktung kleinerer Waldbesitzer erleichtert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Sicherstellung ökologischer und sozialer Standards einer naturgemäßen Waldwirtschaft, insbesondere im Staatswald. Dieser muss nach den strengen Kriterien des Waldbewirtschaftungsrates Forest Stewardship Council (FSC) zertifiziert werden.

Wir lehnen die einseitige auf Trophäen ausgerichtete Jagd ab. Das Thüringer Jagdgesetz hat zukünftig auch Aspekte des Tier- und Naturschutzes stärker zu berücksichtigen. Der Grundsatz „Wald vor Wild“ muss im Jagdgesetz verankert werden. Dazu bedarf es vor allem einer Änderung des Thüringer Jagdgesetzes nach dem Vorbild des Bundesjagdgesetzes mit der Aufhebung der Verpflichtung zur Wildtierfütterung.

Böden wirksam schützen – Trendwende beim Flächenverbrauch

Böden haben als natürliche Lebensgrundlage für Flora und Fauna eine Schlüsselstellung. Sie sind der Hauptlieferant für unsere Nahrung. Bodenschutz wird derzeit von vielen umwelt- und agrarpolitischen

Entscheidungssträgern nicht ernst genommen. Unsere Böden weisen seit Jahren einen Trend zur Verschlechterung auf. So ist die Flächenversiegelung trotz vielfältiger Bekenntnisse nicht eingedämmt worden. Anstatt den Flächenverbrauch zu mindern und Flächenrecycling zu betreiben, ist auch in Thüringen eine Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche auf 9,1 Prozent im Jahr 2007 zu verzeichnen.

Im Boden sammeln sich aber seit Jahren weitgehend unbeachtet immer mehr Schadstoffe an. Der Schadstoffspeicher Boden beginnt überzulaufen. Wir sehen dringenden Handlungsbedarf und setzen uns dafür ein, unsere Böden besser zu schützen. Wir werden uns für eine Reform des Bundesbodenschutzgesetzes im Bundesrat stark machen. Besonders der vorsorgende Bodenschutz spielt im bisherigen Gesetz nur eine untergeordnete Rolle, bleibt unkonkret und wenig verbindlich.

Jahr für Jahr verschwinden in Thüringen wertvolle Flächen unter Asphalt und Beton, für Gewerbegebiete, Straßen und Einkaufszentren. Darunter leidet nicht nur die landschaftliche Schönheit Thüringens, es gehen auch immer mehr Rückzugsräume für seltene und gefährdete Tier- und Pflanzenarten verloren, ebenso wie Erholungsräume für uns Menschen. Um Böden vor Zerstörung, Versiegelung und Vergiftung zu schützen, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Sinne einer nachhaltigen Regionalentwicklung der Innenentwicklung gegenüber dem Verbrauch bisher unversiegelter Flächen den Vorrang einräumen. Innerstädtische Brachflächen haben in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung. Diese müssen stärker als bisher für Bauvorhaben genutzt werden. Wir wollen für alle öffentlichen Planungen ab 2020 ein Ende des Flächenverbrauchs ohne äquivalente Entsiegelung im landesweiten Schnitt. Mit der kommunalen Konkurrenz bei der Flächenausweisung sind Fehlinvestitionen und weitere kommunale Verschuldungen vorprogrammiert. Vor jeder Neuausweisung von Bauland und Gewerbegebieten müssen regionale Bedarfsanalysen zur Pflicht werden.

Tierschutzrecht stärken

Thüringen gehört zu den Ländern, die den Tierschutz in ihrer Verfassung verankert haben. In der Praxis ist davon oft nichts zu merken, wie die Entscheidungen etwa zu industriellen Schweinemastanlagen, der Umgang mit „Rote Liste“-Arten oder die fehlende Einbindung von Tierschutz- und Umweltverbänden in Entscheidungen der Landesregierung zeigen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für die Einführung des Verbandsklagerechtes in diesem Bereich ein. Wir fordern die Thüringer Landesregierung auf, sich für die Erweiterung des Bundesimmissionsschutzgesetzes einzusetzen. Darüber hinaus müssen umfassende Managementpläne zum Schutz wildlebender Arten unter Einbeziehung der Umwelt- und Tierschutzverbände erarbeitet werden. In der Landwirtschaft werden wir Umstellungsprogramme für artgerechte Tierhaltung initiieren und tierquälereisiche Intensivtierhaltungen verhindern. Die Arbeit der Tierschutzvereine und der Tierheime ist vor allem für den Schutz der Haustiere unerlässlich. Überfüllte Tierheime und überforderte Vereine sind ein Zeichen dafür, dass es hier mehr Unterstützung bedarf. Dafür werden wir uns einsetzen. Mehr geschehen muss außerdem bei der Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung. Hier soll der Tierschutzbeirat der Landesregierung gestärkt werden.

Für ein Umweltgesetzbuch, das seinen Namen verdient!

Wir brauchen ein bundesweites Umweltgesetzbuch (UGB), das sich den aktuellen Herausforderungen stellt – ein UGB, das nicht nur so heißt, sondern ein Instrument für zukunftsfähigen und effektiven Umwelt-, Klima- und Biodiversitätsschutz darstellt. In einer aktuellen Studie des Umweltbundesamtes gaben 91 Prozent der Befragten an, Umweltschutz sei ihnen wichtig. Die BürgerInnen sind bereit für den ökologischen Wandel. Es ist dringend notwendig, die rund 10.000 deutschen Umweltgesetze und -verordnungen zu bündeln und zu straffen. Ein modernes UGB muss garantieren, dass bei allen Vorhaben und Planungsverfahren die Öffentlichkeit frühzeitig und gleichberechtigt beteiligt wird und die Rechte von BürgerInnen und Umweltverbänden ausgeweitet werden. So wird die Akzeptanz

behördlicher Entscheidungen und ein angemessenes Maß an Planungsqualität gesichert. Wir brauchen ein UGB, das alle wichtigen Bereiche des Umwelt- und Planungsrechts umfasst. Dazu gehört auch das Bergrecht mit seinen besonders gravierenden Umweltauswirkungen. Dieses antiquierte Recht muss dringend modernisiert werden und hat genug Umwelt Brisanz für ein eigenes weiteres Buch im UGB. Wir fordern ebenso eine Schwerpunktstaatsanwaltschaft „Umweltschutz“. Es ist höchste Zeit, unsere Umwelt nicht nur auf dem Papier zu schützen, sondern die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Umweltfrevler erfolgreich zur Rechenschaft gezogen werden können.

Abfallpolitik

Abfall ist ein Wertstoff, seine Vermeidung hilft Ressourcen zu schonen. Die unsachgemäße Ablagerung von Abfall kann Gefahren für die Umwelt und damit auch für die Bevölkerung bedeuten. Abfall ist aber auch zu einem Wirtschaftsgut geworden, mit dem gehandelt wird. In den letzten Jahren sind in Thüringen kommunale Müllverbrennungsanlagen errichtet worden, die durch den GebührenzahlerInnen finanziert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen in der Abfallpolitik für den Grundsatz „vermeiden vor verwerten“. Abfall, der nicht entsteht, muss nicht teuer eingesammelt, teuer behandelt und seine Reststoffe nicht teuer abgelagert werden. Überdies können wir wichtige Rohstoffe und Energie sparen und damit regionale Wirtschaftskreisläufe fördern, z.B. in der Getränkeindustrie. Wir wollen mehr Information und Bildungsangebote, um die Vermeidung von Abfällen zu fördern. Weiterhin unterstützen wir eine Stärkung der Mehrwegsysteme und den Ausbau einer effektiven Kreislaufwirtschaft in Thüringen. Dazu setzen wir auf gute Logistik bei der Erfassung etwa von Hausmüll. Hier wollen wir Investitionen in Verfahren der Erfassung und deren Dokumentation fördern.

Abfall, der nicht vermieden oder wieder verwendet werden kann, muss mit hohem Standard behandelt und sicher abgelagert werden. Für ge-

werbliche Abfälle, die nicht in den kommunalen Behandlungsanlagen entsorgt werden müssen, fordern wir entsprechende strenge Auflagen. Bei der Behandlung von Abfällen setzen wir auf mechanisch-biologische Verfahren, denn hier werden Investitionen und Schadstofffreisetzungen vermieden und eine Wertstoffgewinnung ermöglicht.

Wir wollen umfängliche Mülltransporte vermeiden und stellen uns entschieden gegen Müllexporte in Länder mit geringeren Umweltstandards. Ebenso lehnen wir den billigen Ankauf von Abfall und Müllimporte ab und setzen auf eine enge regionale Zusammenarbeit der Kommunen.

Abwasser dezentral entsorgen

Im Abwasserbereich gibt es derzeit keine Alternative für die Fortsetzung der Entschuldung der Abwasserzweckverbände. Allerdings muss gleichzeitig auch der Druck auf die Verbände erhöht werden, endlich rechtssichere Gebührenbescheide zu erlassen. Solchen und ähnlichen Versäumnissen muss entschiedener entgegengewirkt werden. Gleichzeitig sind die bestehenden Strukturen im Abwasserbereich in Hinblick auf ihre langfristige Tragfähigkeit zu untersuchen. Unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung soll erreicht werden, dass fachlich vertretbare Lösungen weitergeführt, aber ökonomische und ökologische Fehlinvestitionen korrigiert werden, um weitere Kostensteigerungen zu unterbinden. Unter diesen Aspekten sind auch neue Zubringersysteme zu zentralen Kläranlagen kritisch zu hinterfragen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind der Auffassung, dass dezentrale Anlagen für die Abwasserentsorgung in Thüringen in vielen Fällen kostengünstiger und ökologischer arbeiten können. Wir setzen uns dafür ein, die Ausrichtung der Abwassergebühr an der versiegelten Fläche verbindlich gesetzlich festzuschreiben. Wir wollen im Kommunalabgabengesetz „gespaltene Abwassersatzungen“ zwingend vorschreiben. Die Kommunen sollen verpflichtet werden, die Ableitung des echten Abwassers von der des Regenwassers zu tren-

nen. Dies ist gerechter, schafft einen finanziellen Anreiz zu geringerer Versiegelung und beteiligt Großversiegler, etwa Einkaufszentren, angemessen an den Abwassergebühren. Wir wollen, dass die Wasserwirtschaft in öffentlicher Hand bleibt. Dabei ist es wichtig, dass Entscheidungen zur Wasserversorgung für alle BürgerInnen transparent sind. Ein bundesweit geregeltes und ganzheitliches Benchmarking ist anzustreben, damit Leistungen und Kosten der Wasserversorgung aufgezeigt werden und die Wasserpreise überall fair sind.

Neue Starkstromtrassen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen auf regionale Kreisläufe, auch bei der Energieversorgung. Die geplante 380 kV-Leitung durch den Thüringer Wald halten wir für unnötig. Die Leitung zerschneidet das Landschaftsbild nachhaltig und gefährdet die Gesundheit der unmittelbaren Anwohner. Sie ist nicht notwendig, um vorrangig kostbaren Windstrom zu transportieren, eher dient sie der weiteren Begründung von umweltschädlichen Kohlekraftwerken. Der Zuwachs an erneuerbaren Energien kann durch unsere bestehenden Leitungssysteme aufgenommen werden, wenn wir ein modernes Monitoring und neue Werkstoffe einsetzen. Zur Umsetzung unseres Energieprogramms ist die neue 380 kV-Leitung nicht nötig.

100% Erneuerbare Energien für Thüringen

Spätestens 2050 wollen wir in Thüringen genauso viel Energie aus Erneuerbaren Energien erzeugen, wie in Thüringen an Gesamtenergie verbraucht wird. Mittelfristig ist durch Energieeinsparung, Sonne, Wind, Wasser, Erdwärme und Bioenergie mit den bereits heute verfügbaren Technologien eine solche Energiewende möglich. Sie ist auch aufgrund des Klimawandels und der rapide sinkenden Verfügbarkeit von fossilen Energien zwingend notwendig. Finanzieren wollen wir die Energiewende zum größten Teil aus den Einsparungen für Energieimporte. Allein von 2002 bis 2007 hat sich der Ölpreis verdreifacht und ein Ende der Preisspirale ist nicht absehbar. Diese dann ersparten Ausgaben wollen wir in lokalen Kreisläufen und mit neu-

en Technologien vor Ort investieren und damit in Thüringen bis zu 50.000 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen. Es braucht viele Schritte zu einer Energiewende in Thüringen. Beispiele hierfür sind Initiativen für Nullenergiehäuser, die Abkehr von einer monopolartigen Energieversorgung in Thüringen hin zu Bürgerkraftwerken und kommunalen Stadtwerken und eine Bildungs- und Forschungsinitiative für ein echtes Thüringer „Cluster der Erneuerbaren Energien“.

Energiemix der Zukunft

89 Prozent der in Thüringen verbrauchten Energie wurden 2007 aus fossilen Energieträgern wie Erdöl, Erdgas, Kohle sowie Atomenergie erzeugt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diesen Anteil in Thüringen auf 0 Prozent senken und bis 2050 unseren Bedarf komplett aus Erneuerbaren Energien erzeugen lassen.

Durch Energieeinsparung und höhere Effizienz können wir 42 Prozent an Energie einsparen. Den Anteil der nachhaltig erzeugten Biomasse wollen wir von 10 Prozent auf 20 Prozent steigern. Der Anteil der Windenergie soll von 2,5 Prozent auf 10 Prozent steigen. An geeigneten Standorten müssen bestehende Anlagen durch effizientere ersetzt werden. Durch dieses sogenannte „Repowering“ kann bei gleichzeitigem Ausbau der durch Windkraft gewonnenen Stromleistung die Zahl zusätzlicher Standorte gering gehalten werden.

Der Anteil der Fotovoltaik soll von 0,03 Prozent auf mindestens 7 Prozent erhöht werden. Dabei wollen wir die in Thüringen produzierten Solarmodule auch verstärkt in der Region einsetzen. Bereits für 2015 erwartet die Fotovoltaikindustrie, dass es auch in Thüringen kostengünstiger ist, sein Haus mit Solarmodulen als mit Dachziegeln zu decken. Den Anteil der Solarwärme und der Erdwärme wollen wir mindestens auf je 7 Prozent steigern.

Im Landtag werden wir uns dafür einsetzen, dass als erster Schritt der Anteil der Erneuerbaren Energien und der Energieeinsparung von 11 Prozent (im Jahre 2007) auf 25 Prozent bis 2014 steigt. Damit sollen außerdem 10.000 neue Arbeitsplätze in Thüringen geschaffen werden.

Kein Zurück zur Atomenergie

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen ohne Wenn und Aber zum Atomausstieg. Mit uns kann und wird es in dieser Fragestellung auch keinen über den Atomkonsens hinaus gehenden Kompromiss geben, denn für uns steht fest: ‚Sicher ist nur das Risiko‘ und wir wollen schnellstmöglich weg von dieser Risikotechnologie.

Wer hier wankelmütig ist, tut dies zu Lasten der kommenden Generationen. Nicht zuletzt die Informationen über Laugenvorkommen im – von der CDU vermeintlich sicher geglaubten – Zwischenlager Gorleben und die katastrophalen Erfahrungen mit den Wassereinbrüchen im „Forschungslager“ Asse machen deutlich: Es gibt nach wie vor keine Antwort auf die ungelöste Atommüllfrage.

Unsere Hauptargumente gegen Atomkraft sind:

Die Uranvorkommen sind begrenzt und der Abbau von Uran hinterlässt vielerorts „verbrannte Erde“. Das Restrisiko der Atomreaktoren ist viel zu hoch – seien es Pannen durch menschliches Versagen oder die Sicherheit von Atomreaktoren in Zeiten von terroristischer Bedrohung. Die Entsorgungsfrage des Atommülls ist nach wie vor ungelöst. Atomreaktoren sind immer auch der Einstieg in die atomare Aufrüstung.

Die Lüge vom billigen Atomstrom ist nicht länger haltbar. Milliarden an Steuergeldern sind in diese Technologie geflossen. Hinzu kommen die fehlende Versicherungspflicht, Steuergeschenke an die Konzerne durch erlaubte riesige Rückstellungen und die immensen Folgekosten bei der Entsorgung. Atomkraft ist auch keineswegs CO₂-neutral – wie gern behauptet wird. Uranabbau und -anreicherung ist ebenso wie die Aufbereitung der Brennstäbe sehr CO₂-intensiv, nur fließt das nicht in die Rechnung der AKW mit ein.

Öffentliche Gebäude werden Energiesparmeister und versorgen sich mit Erneuerbaren Energien

Öffentliche Gebäude haben für die Bürger Beispielfunktion. Deshalb wollen wir bei Neubau oder Sanierung öffentlicher Gebäude nicht nur Mindeststandards einhalten sondern innovatives, energiesparendes Bauen fördern. Ab 2010 muss für alle neuen öffentlichen Ge-

bäude in Thüringen der Passivhausstandard und bei der Sanierung Niedrigenergiestandard gelten. Der dann um 2/3 reduzierte Energieverbrauch für Wärme oder Kühlung soll ebenso wie der Strombedarf am besten durch Erneuerbare Energien bzw. Ökostrom aus der Region gedeckt werden.

Schulsanierungsprogramm für 100 Energieschulen

Den Schulen als Bildungseinrichtungen kommt eine Schlüsselrolle bei innovativen Technologien zu. Wir wollen einen Wettbewerb der Gemeinden und Kreise für Energieschulen, die fast keine Energie mehr verbrauchen. Dabei werden die Mehrkosten für die besseren Standards zur Hälfte durch den Freistaat übernommen.

Die Besonderheiten einer solchen Energieschule soll im Unterricht thematisiert werden und macht so die nächste Generation fit im Umgang mit Erneuerbaren Energien. Außerdem können die Eltern und die Bürger an den Gewinnen z.B. einer Bürgersolaranlage beteiligt werden.

Thüringer Wärmegesetz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ähnlich wie in Baden-Württemberg ein Thüringer Wärmegesetz einführen. Unser Ziel ist es, die bundesgesetzlichen Vorgaben für Energiestandards um mindestens 30 Prozent zu verbessern. Dabei wird der verbindliche Anteil von Erneuerbaren Energien auch für Sanierungsmassnahmen festgelegt. Die Mehrkosten von etwa 5 Prozent amortisieren sich durch die Einsparung von fossilen Energien. Zusätzlich sollen den Bauwilligen eine geförderte Energieberatung und zinsgünstige Kredite zur Verfügung gestellt werden.

Markteinführungsprogramm für Plus- und Nullenergiehäuser

Nullenergiehäuser erzeugen genauso viel Energie aus Erneuerbaren Energien wie sie selbst verbrauchen. Der Betrieb dieser Häuser ist somit CO₂-neutral. Plusenergiehäuser erzeugen sogar mehr Energie aus Erneuerbaren Energien als sie verbrauchen. Die Bauweise sollte aus nachhaltigen und ökologischen Materialien bestehen. Für diese be-

sonders innovativen Häuser wird eine Innovationsförderung an die Bauherren gezahlt, wenn bei Vorbildprojekten zeitweise Besichtigungen ermöglicht werden. Unser Ziel ist es, in ganz Thüringen verteilt jährlich 100 solcher innovativer Gebäude zu fördern.

Biomasseaktionsplan

Um den Biomasseanteil von 10 auf 20 Prozent zu erhöhen, wollen wir folgende Maßnahmen umsetzen: Durch Informationen und Unterstützung von Betreibergemeinschaften wollen wir die privaten Waldbesitzer unterstützen, die 40 Prozent der Waldflächen in Thüringen besitzen. So soll besonders Restholz besser genutzt werden. In der Landwirtschaft wollen wir durch die Förderung neuer Verfahren vor allem landwirtschaftliche Reststoffe wie Verschnitt, Stroh oder Biomüll nutzen. Dabei setzen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor allem auf Technologien wie Pflanzenkraftstoffe (BTL) und Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Dabei sind das Nachhaltigkeitsprinzip und der gentechnikfreie Anbau von Energiepflanzen Grundvoraussetzungen einer umweltfreundlichen Biomasseerzeugung. Für eine energetische Nutzung der pflanzlichen Biomasse setzen wir auf das Prinzip der Kaskadennutzung. Darunter wird der Vorrang einer stofflichen Nutzung vor einer energetischen Nutzung verstanden. In diesem Sinn soll Biomasse zuerst zur Herstellung von Produkten verwendet werden. Nach Gebrauch können diese Produkte einer energetischen Verwertung zugeführt werden. Die Idee der Kaskadennutzung führt zwangsläufig zu einer größeren Vielfalt auf den Anbauflächen, da eine Vielzahl unterschiedlichster Pflanzen zur Rohstoffproduktion benötigt wird.

Als Erosionsschutz und Energielieferanten wollen wir Energiestreifen auf landwirtschaftlichen Flächen fördern. Es sollen Energiepflanzen gefördert werden, die die Äcker – auch in ihren Fruchtfolgen – nicht belasten und möglichst ohne Dünger und vor allem Pestizide auskommen. Für den Ausbau von Biogas zum Einsatz in KWK-Anlagen, als Kraftstoff, oder als Heizmedium kann das bestehende Gasleitungsnetz verwendet werden.

Jeder Landwirt soll die Möglichkeit einer kostenfreien Bioenergiebe-

ratung erhalten. Besonders innovative Technologien sollen über Innovationspreise und Pilot- und Demonstrationsvorhaben gefördert werden.

100 Bioenergiekommunen

Die nachhaltige Energieversorgung aus regionalen Rohstoffen bietet den ländlichen Raum in Thüringen neue Entwicklungspotenziale und zusätzliche Arbeitsplätze. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen starke, lebenswerte Kommunen, wir wollen in ganz Thüringen gemeinsam mit den Landkreisen Regionen entwickeln, die sich in den nächsten 5 Jahren komplett aus Erneuerbaren Energien mit dem Schwerpunkt Biomasse versorgen können. Beispiele wie das Energiedorf Jühnde zeigen, dass mit nur 5 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche dieses Ziel in den ländlichen Regionen erreichbar ist. Die besten 100 Konzepte, die auch andere Erneuerbare Energien einbeziehen und auf Energieeinsparung setzen, sollen durch einen Bioenergiefonds gefördert werden.

Zugang zu Erneuerbaren Energien für alle durch den Thüringer Erneuerbare-Energien-Kredit

Wir wollen die Möglichkeit zur Nutzung erneuerbarer Energien für breitere Bevölkerungsschichten ermöglichen. Für die Sanierung zu Niedrigenergiehäusern und den Neubau von Passivhäusern, Nullenergie- und Plusenergiehäusern sowie die Umstellung auf Erneuerbare Energien sollen den Bürgern in Zusammenarbeit mit der Thüringer Aufbaubank und der KfW Bankengruppe bessere Kreditkonditionen und Zuschüsse angeboten werden. Außerdem wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Contracting-Modelle, bei denen sich Investoren und Hauseigentümer die Einnahmen aus Energieeinsparung teilen, sowohl im öffentlichen Bereich als auch für Private ausbauen. Hierbei soll die Aufbaubank Ausfallbürgschaften übernehmen.

Bildungs- und Forschungscluster für innovatives energiesparendes Bauen und Erneuerbare Energien

Im naturwissenschaftlichen Unterricht sollen neue Energietechniken stärker zum Thema werden. Berufsschulen und berufsbildende Ein-

richtungen sollen die neuen Berufe und Weiterbildungen im Energiebereich stärker anbieten.

An den Fachhochschulen und Universitäten sind entsprechende Studienrichtungen im Bereich Erneuerbare Energien und Energieeinsparung auszubauen bzw. einzurichten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine bessere Vernetzung und bessere Finanzierung von Forschungsprojekten im diesem Bereich.

Für eine bessere Beratung von Bürgern und Unternehmen muss eine Thüringer Energieagentur gegründet werden. Erfahrungen aus Sachsen zeigen, dass durch die kostengünstige Beratung zu Fördermitteln, mit Personalschulung und Aufklärungskampagnen die Bereitschaft steigt, in Energieeinsparung und Erneuerbare Energien zu investieren.

Umbau regionaler Wirtschaftsförderung

Erneuerbare Energien bieten bei der Produktion und im Vertrieb, besonders aber bei der arbeitsintensiven Installation und Wartung für die wirtschaftliche Entwicklung des Thüringer Mittelstandes ein sehr großes Potenzial. Wir wollen durch den Produktionsausbau und die stärkere Nutzung in Thüringen bis 2015 über 10.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Dazu wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch den Unternehmen bessere Chancen geben, die Erneuerbaren Energien selbst einzusetzen. Neben günstigen Krediten, Beratung und Zuschüssen wollen wir die Vergabe von Fördermitteln an deren Einsatz koppeln. Zur besseren Vernetzung von Unternehmen, Banken und Verwaltungen ist ein jährliches Wirtschaftsforum notwendig. Initiativen wie der Solarinput e.V. oder das Projekt Bauhaus solar wollen wir massiv ausbauen. Außerdem soll sich die Landesentwicklungsgesellschaft stärker auf die Zusammenarbeit von Industrie und Bildungseinrichtungen sowie das Flächenmanagement für Erneuerbare Energien ausrichten. Das Programm Ökoprotit soll auf alle Regionen in Thüringen ausgeweitet werden. Für innovative Startup-Unternehmen wollen wir besonders günstige Konditionen anbieten lassen, um die Zukunftstechnologien im Land zu halten.

Die Regionen stärken – Zukunft ländlicher Raum

Potenziale der Land- und Ernährungswirtschaft sowie der ländlichen Räume nutzen

Den Wirtschaftsraum Thüringen zu entwickeln bedeutet, dem ländlichen Raum sowie der Land- und Ernährungswirtschaft einen hohen Stellenwert einzuräumen. In vielen Regionen Thüringens ist die Landwirtschaft der größte, oftmals der einzige Arbeitgeber. Das Produktionsmittel Boden ist nicht exportierbar, deshalb sind unsere Landwirtschaftsbetriebe der Garant für eine regionale, wertschöpfungsorientierte Produktion. Für die weitere erfolgreiche und vor allem zukunftsfähige Entwicklung der ländlichen Räume bedarf es Korrekturen vor allem in der Förderpolitik. Das betrifft die Zahlungen für die Landwirtschaftsbetriebe ebenso wie das Geld für die ländliche Entwicklung. Die mit der letzten EU-Agrarreform vorgenommene Entkopplung der Zuschüsse vom Agrarprodukt war ein erster richtiger Schritt, nun stehen die Flächenprämien zur Diskussion. Diese machen den größten Teil der Direktzahlungen der sogenannten 1. Säule aus, die ihrerseits mit etwa 40 Mrd. Euro allein 80 Prozent der EU-Fördergelder umfasst. Diese werden bislang unabhängig vom realen Förderbedarf nach dem Gießkannenprinzip ausgereicht. Dadurch wird die Kluft zwischen landwirtschaftlichen Gunstgebieten und benachteiligten Gebieten noch größer und die flächendeckende Landbewirtschaftung gefährdet. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern eine deutliche Umverteilung dieser Mittel in die sogenannte 2. Säule. Hier dient das Geld direkt dem Natur-, Tier- und Gewässerschutz. Die 2. Säule beinhaltet neben der handwerklichen Verarbeitung auch die Regionalvermarktung, die Investitionsförderung sowie den ökologischen Landbau und ist die Basis für die ländliche Entwicklung. Sie muss in der gemeinsamen EU-Agrarpolitik darüber hinaus Vorbild für die EU-Förderung im Bereich ELER (Entwicklung ländlicher Räume) sein. Die strategischen Leitlinien der Europäischen Union liefern in einigen Schwerpunkten sehr gute Grundlagen für die zukunftsfähige Gestaltung der ländlichen Entwicklung in Thüringen, das bis

2013 weiterhin die höchste Förderpriorität genießt. Die Politik von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum zielt explizit nicht darauf ab, auf noch mehr finanzielle Unterstützung zu hoffen. Vielmehr wollen wir durch eine gerechte Subventionspolitik die Wettbewerbsfähigkeit von benachteiligten Gebieten, von Grenzertragsstandorten und von arbeitskraftintensiven Unternehmen wie etwa grünlandbetonten Milchviehbetrieben stärken. Für letztere ist eine vereinbarte Mindestabnahmemenge an Milch zu einem garantierten Mindestpreis (Milchquote) wieder einzuführen. Die energetische Nutzung von Biomasse aus Reststoffen, Gülle, Bioabfall und Schnittgut aus der Landschaftspflege hat Vorrang vor dem Anbau von Energiepflanzen. Der erweiterte Anbau von Energiepflanzen muss eng mit naturschutzfachlichen Zielen, der nachhaltigen Landnutzung und der Erweiterung der Flächen für den Ökolandbau abgestimmt werden.

Energiewirte des 21. Jahrhunderts

Die Agrarwirtschaft prägt das Gesicht unserer Landschaft. Für die bislang übliche intensive Landwirtschaft wird eine große Menge Energie in Form von Treibstoffen, Düngemitteln oder Futter, das um die halbe Welt gefahren wird, aufgewendet. Dies ist nicht umweltgerecht und der Ölpreis bestimmt den Preis unserer Lebensmittel. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Agrarunternehmen zu Energieproduzenten (Strom und Wärme) machen. Sie sind die Partner vor Ort, um Biomasse umweltgerecht zu produzieren. Aus Sicht von Natur- und Landschaftsschutz geeignete Flächen sollen zu Solarfarmen werden können. In Verbindung mit den Produzenten von Solarzellen und Windrädern kann die Agrarwirtschaft in Thüringen zu einem Vorreiter bei der Bodennutzung werden, frei nach dem Motto „oben Wind und unten Weizen“. Die Besteuerung von nachhaltig und umweltverträglich erzeugter Energie aus heimischen Pflanzen und Reststoffen lehnen wir ab.

Ökolandbau fördern

Einen besonderen Stellenwert genießt aus unserer Sicht der ökolo-

gische Landbau. Er ist besonders geeignet, die natürlichen Lebensgrundlagen Boden, Wasser und Luft zu schützen und Tiere artgerecht zu halten. Die hohen Zuwachsraten im Biomarkt zeigen die Wertschätzung des Ökolandbaus in der Bevölkerung.

Durch unzureichende Unterstützung umstellungswilliger Betriebe verlieren wir in Thüringen zunehmend Anteile an ausländische Firmen, die mittlerweile den ständig wachsenden Markt bedienen. Wir werden den ökologischen Landbau deshalb besonders in der Umstellungsphase stärker fördern. Auch für den ökologischen Landbau gilt: Die beste Förderung ist die Stärkung seiner Wettbewerbsfähigkeit. Durch die generelle Ausrichtung unserer Förderpolitik auf Ressourcen-, Umwelt- und Tierschutz gewinnt der Ökolandbau an Vorzüglichkeit gegenüber konventionellen Betrieben. Das kommt besonders den Öko-Betrieben nach der Umstellungsphase zu Gute.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN liegt ein Grund für die geringe Umstellung in Thüringen in den nur gering ausgeprägten Verarbeitungskapazitäten. Die meisten der hier produzierten Agrarrohstoffe verlassen den Freistaat, um im Ausland weiterverarbeitet zu werden. Dringend erforderlich ist deshalb aus unserer Sicht eine Unterstützung bei der Verarbeitung, um die Wertschöpfung in der Region zu steigern. Dazu ist die Zusammenarbeit mit den benachbarten Bundesländern zu verstärken. Viele der in der ökologischen Landwirtschaft eingesetzten Pflanzensorten und Tierrassen wurden unter konventionellen Bedingungen gezüchtet und bereiten unter den Ökobedingungen Schwierigkeiten. Wir werden deshalb einen deutlichen Ausbau der praxisorientierten wissenschaftlichen Grundlagenforschung für den ökologischen Landbau bei der Thüringer Landesanstalt für Landwirtschaft vorantreiben.

Den von der Thüringer Landesregierung angestrebte Ausbau des ökologischen Landbaus in Thüringen auf 10 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche halten wir für realistisch. Auf dem Weg dort hin müssen mindestens 10 Prozent der finanziellen Mittel für betriebliche Unterstützung, Forschung und Öffentlichkeitsarbeit zweckgebunden für die ökologische Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden.

Regionale Vermarktung fördern

Die Landwirtschaft in Thüringen wird bestimmt von flächenstarken, schlagkräftigen Betrieben. Diese sind in besonderer Weise geeignet, große, einheitliche Partien an Agrarrohstoffen bereitzustellen, die in Ermangelung geeigneter Verarbeitungskapazitäten oft den Freistaat verlassen. Die eigentliche Wertschöpfung in Form des verarbeiteten Endproduktes erfolgt dabei nicht in Thüringen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ressourcensparende Kreisläufe, die Wertschöpfung und Arbeitsplätze in der Region sichern. Um regionale Verarbeitung und Vermarktung zu stärken, sind weitere Anstrengungen in der Förderpolitik des Freistaates notwendig. Das schließt Öffentlichkeitsarbeit und VerbraucherInnenaufklärung etwa in Form einer Kampagne „Das Beste aus der Region“ mit ein. Wir unterstützen deshalb z.B. auch regionale Netzwerke, die mit Regionalwährungen arbeiten wollen.

Agrogentechnik – Nein danke!

Die Bilanz nach 20 Jahren Agrogentechnik ist ernüchternd: Herbizidresistente Superunkräuter, Insektizidresistente Schädlinge, unfruchtbare Tierherden, hunderttausende Bauern mit Knebelverträgen und immer mehr Menschen auf der Erde, die Hunger leiden. Es zeigt sich ganz deutlich: Die Gentechnik in der Landwirtschaft hat keines der Probleme gelöst, sie hat diese noch verstärkt. Tierversuche zeigen darüber hinaus, dass gentechnisch veränderte Lebensmittel alles andere als harmlos sind und die lebensmittelrechtlichen Zulassungsverfahren angesichts der gesundheitlichen Risiken nicht ausreichen. Gentechnisch veränderte Organismen sind Konkurrenten für die große Vielfalt an über Jahrhunderte entstandenen, optimal an verschiedene Standort- und Klimabedingungen angepasste Pflanzen und Tiere. Ihre Wechselwirkungen mit den Ökosystemen lassen sich nicht vorhersehen.

Wir wollen, dass sich der Freistaat Thüringen nach dem Vorbild der Stadt Weimar und anderer gentechnikfreien Regionen zur gentechnikfreien Landwirtschaft bekennt. Im Gegensatz zu inzwischen verbotenen Giften wie DDT, FCKW und Dioxin, die allmählich aus der Umwelt „verschwin-

den“, können wir uns einen „Fehlversuch“ bei der Gentechnik nicht leisten. Einmal in die freie Natur ausgebracht, können die gentechnisch veränderten Organismen nicht wieder „eingefangen“ werden. Das „Aktionsbündnis für eine gentechnikfreie Landwirtschaft in Thüringen“ ist deshalb ideell und finanziell zu unterstützen. Thüringen soll darüber hinaus eine Initiative ergreifen, um die verbraucherfeindliche EU-Regelung aufzuheben, wonach Produkte von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Stoffen gefüttert wurden, nicht gekennzeichnet werden müssen.

Touristische Potenziale nutzen

Der Tourismus ist ein Zukunftsmarkt für Thüringen. Gerade vom Trend zum Urlaub im Inland, aber auch vom stärker zunehmenden Natur-, Kultur- und Fahrradtourismus profitiert das Land in erheblichem Maße. Dies zeigen die zunehmenden Übernachtungszahlen in nahezu allen touristischen Regionen des Landes. Viele Arbeitsplätze in Thüringen sind direkt an den Tourismus und andere Freizeitaktivitäten gebunden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen durch sanften und nachhaltigen Tourismus die Regionen stärken und die Umwelt in ihrer jetzigen Form erhalten. Wir wollen eine genauere Förderung regionaler touristischer Projekte. Hierbei muss eine wirtschaftliche Tragfähigkeit über den Förderzeitraum hinaus besser gewährleistet sein.

Touristische Infrastruktur, insbesondere überregionale Radwege, muss in Verantwortung des Landes aufgebaut und gepflegt, die regionalen Radwegenetze in Verantwortung der Landkreise gefördert werden. Das Tourismusmarketing muss sich zukünftig, neben der thematischen Schwerpunktsetzung, auf die touristischen Regionen konzentrieren. Nur ein gemeinsames Auftreten bündelt Kräfte und schafft die notwendigen Synergieeffekte, um im nationalen und internationalen Wettbewerb wahrgenommen zu werden. Wir streben dafür eine verstetigte institutionelle Förderung und eine engere Kooperationen mit regionalen Tourismusverbänden an. Der touristische Sektor bedarf einer Qualitätsoffensive und einer stärkeren Zielgruppenorientierung auf Senioren, Familien sowie auf den barrierefreien Tourismus.

Regional planen und umsetzen

In der Thüringer Regionalplanung gab es in den letzten Jahren kein erkennbares Bemühen, auf die geänderten Anforderungen mit echter Steuerung zu reagieren. Es galt das Motto „nur keinem weh tun“ und den Rest sollte die private Marktwirtschaft richten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen zwei große Themenbereiche stärker betonen. Wir wollen erstens den Bevölkerungsrückgang in der Fläche mit Planung begleiten. Dazu gehören neben der Entwicklung von lebensfähigen Grundzentren auch die Absage an das „zwanzigste Spaßbad“ oder das „hundertste Einkaufszentrum“. Wenn unsere Dörfer kleiner werden, müssen auch die öffentlichen Einrichtungen reagieren. Dies heißt für uns nicht schließen und verlagern von Behörden, sondern eine Zusammenarbeit z.B. von ambulantem Pflegedienst und der Poststelle bei der Erledigung von gemeinsamen Wegen. Wir sind uns daher bewusst, dass wir die Anzahl der Behörden und Ämter reduzieren müssen, um dieser Entwicklung Rechnung zu tragen. Dabei lassen wir die Menschen nicht aus dem Blick und setzen uns nachdrücklich für eine Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs in Thüringen ein, um allen BürgerInnen einen guten Zugang zu Ämtern und Behörden zu gewährleisten.

Zweitens werden wir für eine krisenfestere Regionalwirtschaft planen. Nach zwanzig Jahren vergeblicher Jagd auf die Großinvestoren ist es an der Zeit, sich auf die ortsansässigen ProduzentInnen und DienstleisterInnen zu besinnen. Thüringen braucht eine möglichst vielfältige Arbeitswelt, schon um den Jugendlichen vor Ort eine möglichst große Auswahl an Berufen bieten zu können. Wessen Talente in Zukunft keine passende Betätigung vor Ort finden, wandert ab. Gerade Hochqualifizierte brauchen Unternehmen, die auch noch selbst forschen, verwalten und vertreiben und keine reinen Produktionsauslagerungen von Großkonzernen.

Bedarfsgerechte Infrastruktur

Die CDU-Regierung hinterlässt den Thüringer Bürgerinnen und Bürgern einen Schuldenberg. Schon deshalb sehen wir uns gezwungen, den alten Grundsatz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein nachhaltiges Wirtschaften in das öffentliche Bewusstsein zu bringen. Für den ländlichen

Raum handeln wir nach drei Grundsätzen. Erstens muss sinnvoller Fortschritt aller Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland gleichermaßen und gleichzeitig zur Verfügung gestellt werden. Der immer noch nicht vollzogene Ausbau des schnellen Internets in der Fläche ist deshalb ein Skandal. Zweitens muss nicht alles, was alt ist, deshalb schon schlecht sein. Bei sinkenden Einwohnerzahlen und hohen Schulden steht für uns Dorferhaltung vor Dorferneuerung. Besonders in kleinen Dörfern wären die Mittel für manches Gemeinschaftshaus schon heute besser in der Sanierung der privaten Hausdächer oder der Pflege der Obstwiesen eingesetzt. Drittens soll jede Entwicklung immer möglichst viel Arbeits-einkommen vor Ort schaffen. Als Beispiel können hier dezentrale Entsorgungslösungen dienen, etwa für Biomasse oder auch durch eine biologische Kläranlage.

Selbstverständlich gehört hierzu auch die Förderung einer vielfältigen und möglichst vollständigen Energieerzeugung vor Ort durch Holz, Biomasse, Wind und Sonne. Wir haben schon Beispiele in Thüringen für Dörfer, die auf dem Weg zum energieautarken Gemeinwesen sind. Dies ist gut für die Umwelt, das örtliche Handwerk und die Geldbörsen der Einwohner.

Nachhaltige und kreative Stadtentwicklung

Lebensraum Stadt

Thüringens Städte bestehen aus einer Vielzahl wunderbarer historischer Stadtkerne und prägender Quartiere aus den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts und oftmals gartenstadtähnlicher Erweiterungen. Gerade kleinere Städte haben nun erhebliche Schwierigkeiten, ihre historischen Stadtzentren zu erhalten, hauptsächlich weil in den 90-iger Jahren wichtige urbane Funktionen wie Einkaufszentren oder Wohngebiete an den Stadtrand gebaut wurden. Wir wollen uns dafür einsetzen, dass in Zeiten des Bevölkerungsrückgangs diese Potenziale wieder besser genutzt werden. Die Stadtzentren wollen wir wieder als urbane Orte mit kurzen Wegen, einer Mischnutzung von Wohnen, Handel, Arbeiten und Kultur er-

lebbar machen. Wir wollen einen Stadtumbau in Thüringen durch das Land fördern, der den Namen auch verdient und nicht nur größtenteils den Abriss bezahlt.

Flächensparendes Bauen

Die Infrastruktur unserer Städte wird bedingt durch den Bevölkerungsrückgang zunehmend von immer weniger Einwohnern finanziert. Umso mehr müssen wir die bestehende Struktur besser nutzen und mit der Schaffung von neuen Straßen, Kanalisationen und Energieversorgungen außerhalb bestehender Stadtkerne und Gemeinden ressourcensparend umgehen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, zunächst Brachen und Baulücken in den Städten zu nutzen, bevor an der Peripherie neue Flächen versiegelt werden. Dieser Grundsatz muss im Planungs- und Baurecht fest verankert werden.

Ansiedlungspolitik verändern

Gerade bei Industrie- und Gewerbesiedlungen müssen die stadtnahen bestehenden Flächen und Brachen besser genutzt werden. Wir wollen eine Umorientierung der Ansiedlungspolitik. Die verfehlte Politik der Landesregierung, die auf Zersiedelung, Mischungstrennung und autogerechter Stadt aufbaut, wollen wir ändern in eine Raum- und Städteplanung des 21. Jahrhunderts in Thüringen. Auch wenn es aufwendiger ist, wollen wir bestehende zentrumsnahe Gewerbeflächen besser nutzen und diese zu Fuß, mit dem Fahrrad oder dem öffentlichen Nahverkehr ganzjährig erreichbar machen. Das Erschließen von neuen Gewerbeflächen ohne einen mindestens stündlichen Anschluss an den öffentlichen Nahverkehr lehnen wir ab.

Genial Zentral – aber richtig

Die Innenstädte, insbesondere die der Thüringer Mittelstädte, bieten zentral gelegene nutzbare Flächen für Wohnen in der Stadt. Über 80 Prozent der betroffenen Familien würden in den Städten bleiben, wenn sie ein entsprechendes Angebot an Baugrundstücken bekommen könnten. Gerade junge Familien müssen durch günstige Grund-

stückspreise, modernes Bauen und attraktive öffentliche Räume wieder in die Stadt zurück geholt werden.

Das Programm „Genial Zentral“ wollen wir massiv ausbauen und nicht nur Wettbewerbe ausloben, sondern auch durch Förderungsmöglichkeiten die Städte im Stadtumbau unterstützen.

Neue Wohnmodelle für die Städte

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen landesweit Pilotprojekte für innovative, werthaltige, nachhaltige und ökologische Wohnmodelle fördern. Das Mehrgenerationenwohnen, sogenannte Stadthäuser, die Verknüpfung von Wohnen und Arbeiten, autofreie Wohnsiedlungen in Bahnhofsnähe, ressourcenschonende Nullenergiesiedlungen und moderne zentrale Gartenstädte sollen dabei Wohnmodelle sein, die als Alternative zu Einfamiliensiedlungen am meist nur durchs Auto erreichbaren Stadtrand gefördert werden. Besonders der Ausbau altersgerechter Wohnformen und die Förderung von Wohnraum für Familien bietet den Klein- und Mittelstädten Thüringens neues Potenzial, das es zu entwickeln gilt.

Haushalt und Finanzen

Spielräume schaffen durch nachhaltige Ausgabenpolitik

Die Verschuldung Thüringens wurde durch die CDU-Landesregierungen massiv ausgeweitet. Nun ist der finanzpolitische Spielraum stark eingeschränkt, der gerade in Zeiten der Krise gebraucht würde. Zudem ist die übermäßige Kreditaufnahme ungerecht gegenüber künftigen Generationen. Die Verzinsung trägt zur Umverteilung von unten nach oben bei und beeinträchtigt die Handlungsfähigkeit. Finanzmittel wurden durch falsche Prioritätensetzung bei den Infrastrukturmaßnahmen (z.B. Straßenbau), nicht nachhaltigen Verwaltungsstrukturen (z.B. durch Abschaffung der Umweltämter und Angst vor einer zukunfts-fähigen Gebietsreform) oder Kürzungen in Bereichen, wo die Folgekosten ein Vielfaches betragen (z.B. Kürzung bei BeratungslehrerInnen oder den Verbraucherzentralen), verschwendet. Wir werden im Landtag vor allem darum streiten müssen, die falsche Ausgaben-

politik zu ändern und sie nachhaltigen Grundsätzen zu unterwerfen. Hiervon sind fast alle Lebensbereiche betroffen. Wir müssen die Straßenbaumillionen umsteuern hin zu einem besseren öffentlichen Nahverkehr, damit die Bevölkerung auch ohne eigenes Auto mobil bleiben kann. Zudem muss jede neu gebaute Straße instand gehalten werden. Die Umlenkung von der Industrieförderung mit der Gießkanne auf inhaltliche und räumliche Schwerpunktsetzung ist überfällig. Wir wollen eine Schuldenbegrenzungsregel in die Thüringer Verfassung aufnehmen, die die Verschuldung in wirtschaftlich guten Zeiten zurückfährt, in konjunkturell schwierigen Phasen neuen Investitionen aber nicht im Wege steht. Wir wollen eine antizyklische Haushaltspolitik betreiben, die in guten Zeiten Geld anspart, um in konjunkturell schlechten Zeiten dann etwas mehr ausgeben zu können. Ein generelles Schuldenverbot lehnen wir als ökonomisch unsinnig ab. Es muss dem Land und auch den Gemeinden und Kreisen in einem festen Rahmen möglich sein, Kredite aufzunehmen, um nachhaltige Investitionen zu tätigen.

Nachhaltige Investitionen

Da nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik mehr bedeutet als Sparen, werden wir uns vor allem für Investitionen in Bildungs- und Umweltprojekte, die Energieeinsparung und Nutzung regenerativer Energien sowie für Sozialmaßnahmen einsetzen. Eine exzellente Bildung, lebenswerte Umwelt, schonender Umgang mit Ressourcen und eine sozial intakte Gesellschaft sind die beste Hinterlassenschaft, die wir unseren Kindern übergeben können. Durch den Rückgang des Solidarpakts II bis 2019 und die Folgen der aktuellen Wirtschaftskrise werden die Einnahmen sicher deutlich sinken. Allerdings sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN deutlich der Ansicht, bei den Einnahmen für mehr Gerechtigkeit zu streiten. Thüringen muss sich im Bundesrat für die Einführung einer zeitlich befristeten verfassungskonformen Vermögensabgabe einsetzen.

Föderalismus grün buchstabieren

Aus grüner Sicht hat die Föderalismuskommission II weitestgehend

enttäuscht. Eine grundlegende Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen muss aus unserer Sicht dabei drei Dinge beinhalten. Erstens braucht es eine Neudefinition des Investitionsbegriffs nach wachstums- und nachhaltigkeitswirksamen Aspekten. Zweitens wollen wir eine solidarische Altschuldenhilfe für finanzschwache Länder und Kommunen, finanziert aus freien Mitteln des Solidarpakts II. Insgesamt stehen dafür rund 31,5 Milliarden Euro bis 2019 zur Verfügung. Für Thüringen stünden damit 4,5 Milliarden Euro zur Verfügung, wodurch der Freistaat etwa ein Drittel seiner Schulden tilgen könnte.

Transparenz und klare Regeln

Um einen Überblick über die wirkliche Finanzsituation zu erhalten, ist Transparenz bei den Schattenhaushalten der Landesgesellschaften und Beteiligungen zu schaffen. Die aktuelle Finanzkrise zeigt, dass der Bankensektor überdimensioniert ist. Das gilt auch für die Landesbanken, die sich jenseits ihrer Hauptaufgabe, für die Sparkassen passgenaue Finanzprodukte vorzuhalten, mit freien Kapazitäten (hoch)spekulative Investments eingingen. Eine Fusion der Landesbanken auf 1-3 Kerninstitute als eine Art Zentralinstitut erscheint daher – auch im Sinne einer Risikominimierung – sinnvoll. Deren Aufgabe ergibt sich allein aus dem öffentlichen Auftrag der Sparkassen, nämlich der Versorgung aller Bevölkerungsschichten und des Mittelstands mit Finanzdienstleistungen aller Art in der Fläche. Wir stehen auch weiterhin zum Drei-Säulen-Modell aus Privatbanken, Genossenschaftsbanken und Sparkassen. Im Bereich des öffentlich-rechtlichen Finanzwesens sind das Landesparlament und der Rechnungshof besser in die Kontrollen einzubeziehen. Außerdem müssen Transparenz und eine verantwortungsvolle Unternehmensführung selbstverständliche Leitlinien sein. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Finanzaufsicht, die ohne Zögern eingreift. Alle finanzsystemrelevanten Institutionen (egal ob Bank, Versicherung, Fonds etc.) müssen wegen ihrer wirtschaftlichen Bedeutung entsprechenden Regularien unterworfen werden und mit einem angemessenen Eigenkapital unterlegt sein. Auch im Finanzbereich stehen wir weiterhin zum Informationsfreiheitsgesetz (IFG).

Die Zukunft der Thüringer Sparkassen und der Helaba

In Zeiten der Finanzkrise haben die Thüringer Sparkassen ihre Wettbewerbsfähigkeit unter Beweis gestellt. Wir wollen die Sparkassen weiter stärken, da insbesondere der Mittelstand von ihnen profitiert. Hierzu wollen wir das Thüringer Sparkassengesetz nach hessischem Vorbild novellieren. Insbesondere wollen wir den Kommunen die Möglichkeit geben, Stiftungssparkassen zu gründen.

Sparkassen haben sich auch als Anlaufstelle für private Kleinanleger bewährt, da SparkassenberaterInnen häufig unter geringerem Verkaufs- und Provisionsdruck stehen als Kundenberaterinnen bei Privatbanken. Wir wollen das Provisionssystem bei Sparkassen ganz abschaffen und stärker zum Honorarsystem zurückkehren, um unökonomische und ethisch nicht zu rechtfertigende Beratung zu vermeiden.

Auch wenn die Landesbank Hessen-Thüringen die Finanzkrise bisher sehr gut überstanden hat, muss die Aufgabe und Rolle der Landesbanken überdacht werden. Langfristig streben wir an, die Anzahl der Landesbanken bundesweit auf ein bis drei zu reduzieren.

Nachhaltige Strukturen

Ohne eine Kreis- und Gebietsreform werden die Leistungen für die BürgerInnen in den Kommunen künftig nicht mit der nötigen Qualität erbracht werden können. Dabei geht es nicht um Einsparungen im Landeshaushalt, sondern um die Verbesserung der allgemeinen Daseinsvorsorge.

Eine Länderfusion werden wir ernsthaft prüfen und in der nächsten Legislaturperiode eine stärkere Zusammenarbeit mit Sachsen und Sachsen-Anhalt anstreben. In Zeiten des europäischen Zusammenwachsens müssen Regionen eine durchsetzungsfähige Größe haben.

Mit dem Grünen New Deal aus der Krise – Grüne Marktwirtschaft als Zukunftsperspektive

Wir wollen Thüringen mit einer Grünen Marktwirtschaft ökologisch

und sozial modernisieren. Grüne Marktwirtschaft beteiligt sozial Schwache am gesellschaftlichen Reichtum, schiebt Innovationen an, investiert in hochwertige Bildung und fördert den Mittelstand. Dabei setzen wir auf funktionierende Märkte mit sozialen und ökologischen Leitplanken.

Ein Grüner New Deal: Die Karten werden neu gemischt

Auch Thüringen leidet unter den Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise, die durch eine verfehlte Deregulierungspolitik der Finanzmärkte ausgelöst wurde.

Angesichts dieser Folgen braucht ein funktionierender Markt einen sozialen und ökologischen Rahmen, begleitet durch einen handlungsfähigen Staat. Aktuelle Aufgabe von Politik ist es, die Folgen der Krise für die ArbeitnehmerInnen zu entschärfen und durch entsprechende Rahmenbedingungen eine Wiederholung zu verhindern. Unsere Art zu Wirtschaften muss so verändert werden, dass sie nicht von kurzfristigen, umwelt- und ressourcenschädigenden Erträgen für Wenige dominiert wird. Ziel ist eine nachhaltige Wirtschaftsweise im Einklang mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen und einer Teilhabe aller am gesellschaftlichen Wohlstand.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen wollen mit einem Grünen New Deal, bestehend aus zielgerichteten, zeitlich befristeten Investitionen in Klimaschutz, Bildung und soziale Gerechtigkeit ein neues Fundament für die ökologische und soziale Erneuerung unseres Landes legen.

Grüne Marktwirtschaft als Zukunftsperspektive

Neben der Wirtschafts- und Finanzkrise steht Thüringen vor zwei weiteren wichtigen Herausforderungen. Erstens werden die Zuwendungen aus Solidarpaktmitteln seit diesem Jahr schrittweise zurückgefahren. Hierdurch entsteht eine große Deckungslücke im Landeshaushalt, die ausgeglichen werden muss. Zweitens wird Thüringen von einem gravierenden Fachkräftemangel bedroht. Dieser wird sich ab 2012 besonders stark bemerkbar machen und ist schon heute zu spüren.

Unsere Antwort auf diese Krisen ist ein Grüner New Deal, mit dem wir den ersten Schritt hin zu einer grünen Marktwirtschaft für Thüringen machen. Dabei zielt grüne Marktwirtschaft darauf ab, eine hohe Lebensqualität für alle Menschen zu erreichen und dabei Nachhaltigkeit in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Handelns zu stellen. Sie verbindet Klima- und Umweltschutz mit der Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Wir wollen ein sozial und ökologisch verträgliches Wirtschaften, anstatt grenzenloser Erschöpfung natürlicher und menschlicher Ressourcen. Grüne Marktwirtschaft will Wachstum und Investitionen unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten und Investitionen nach dem Motto „Köpfe statt Beton“. In Ergänzung zur Exportstärkung der heimischen Wirtschaft will grüne Marktwirtschaft regionale Wirtschaftskreisläufe nachhaltig stärken.

Die grüne Marktwirtschaft ist keine Wirtschaftspolitik zu Lasten unserer Kinder und Enkel. Sie bedeutet, soziale Standards für die Menschen in den Betrieben, Unternehmen und Verwaltungen zu setzen. Das beinhaltet angemessene Entlohnung, lebendige betriebliche Mitbestimmung und keine willkürliche Kündigung abgesicherter Beschäftigungsverhältnisse. Wir erteilen prekärer Arbeit und Dumpinglöhnen eine Absage.

Grüne Arbeitsplätze für Schwarze Zahlen

Unternehmen wie z.B. Ersol in Erfurt und Wacker-Schott Solar in Jena zeigen, dass durch Erneuerbare Energien tausende Jobs in Thüringen entstehen können. Würde Thüringen seinen Energiebedarf komplett aus Erneuerbaren Energien decken, würde dies weitere tausende neue Arbeitsplätze in Thüringen schaffen. Durch energetische Sanierung von Gebäuden, den Ausbau von Geo- und Solarthermie und eine Stärkung des Forschungsstandortes Thüringen im Bereich der Erneuerbaren Energien, können noch einmal tausende Arbeitsplätze geschaffen werden. Um die verschiedenen Maßnahmen im Bereich der Erneuerbaren Energien effektiv gestalten zu können, muss eine längst überfällige Energieagentur etabliert werden. Sie soll die Energieberatung von Unternehmen, Kommunen, Verwaltungen und Privatleuten, sowie

die Weiterbildung von Fachberufen durchführen und mit einer kontinuierlichen Öffentlichkeitsarbeit Aufklärung im Bereich der Erneuerbaren Energien betreiben.

Investieren in Innovationen

Wir Grüne stehen uneingeschränkt zu den Vereinbarungen des Solidarpakts. Sie waren richtig und wichtig um die Entwicklung der neuen Bundesländer voranzutreiben. Leider wurde bereits ein erheblicher Teil dieser Mittel für falsch verstandene Investitionen in Asphalt und Beton genutzt, anstatt zielgerichtet in Wissen und Fähigkeiten der Menschen zu investieren.

Wir setzen uns für eine Neudefinition eines wohlfahrtsmehrenden Investitionsbegriffes nach wachstums- und nachhaltigkeitwirksamen Aspekten ein. Wir wollen einen Teil der etwa 35 Milliarden Euro freien Mittel im sogenannten Korb II des Solidarpaktes für Bildungsinvestitionen, auch in mehr KindergärtnerInnen, LehrerInnen und HochschulmitarbeiterInnen nutzen.

Im Zuge der ab 2010 sinkenden Investitionszulage für Unternehmen in den neuen Ländern, wird die Bedeutung der Investitionsförderung des Landes weiter zunehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen dabei vor allem Betriebe im verarbeitenden Gewerbe fördern, entsprechend der Kriterien internationale Wettbewerbsfähigkeit, Ressourcenschonung, Wachstumspotenzial und Sozialstandards. Insbesondere in den forschungsintensiven Zukunftsfeldern der Umwelt-, Energie-, Bio- und Nanotechnologie, in den Technologiefeldern optische, Informations- und Kommunikationstechnologie sowie in der Gesundheitswirtschaft wollen wir hier Schwerpunkte setzen.

Viele Unternehmensgründungen, vor allem im Dienstleistungs- und Kreativgewerbe, benötigen am Anfang kleine und mittlere Kreditbeträge um das Unternehmen anzuschieben. Diesen Unternehmen wollen wir helfen, indem wir die Versorgung mit Mikrokrediten bis 10.000 Euro in Thüringen verbessern wollen.

Unternehmen, deren Geschäftsideen sich bereits bewährt haben, oder besonders Erfolg versprechend sind, wollen wir bei größeren Investitionen und Markteinführungen verstärkt Kapital aus Beteiligungsfonds der Thüringer Aufbaubank zur Verfügung stellen. Wir wollen die Bereitschaft der Bürger nutzen, sich für den wirtschaftlichen Aufschwung Thüringens nicht nur als ArbeitnehmerInnen zu engagieren. Deshalb unterstützen wir die Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmen, Genossenschaftsmodelle, direkte Firmenbeteiligungen und Beteiligungsfonds, die direkt Thüringer Unternehmen zugute kommen. Für Unternehmen im Bereich der Erneuerbaren Energien soll die Venture Capital Thüringen verstärkt Wagnis- und Risikokapital zur Verfügung stellen.

Das Thüringer Handwerk spielt bei der ökologischen Modernisierung des Freistaates eine besondere Rolle. Von der energetischen Sanierung öffentlicher und privater Gebäude profitieren vor allem die Handwerksbetriebe vor Ort. Aber neue Anforderungen brauchen zielgerichtete Ausbildung. Hier wollen wir mit dem neuen Berufsbild Solarteurln gezielt ansetzen. Wir wollen den steuerlichen Bonus für die Absetzbarkeit von handwerklichen Dienstleistungen auf 4.000 Euro deutlich erhöhen. Hierdurch soll die Attraktivität von Handwerksleistungen weiter erhöht werden und Wertschöpfung in der Region gefördert werden.

Mit einem Volumen von über 300 Milliarden Euro werden jährlich öffentliche Aufträge von Bund, Land und Kommunen vergeben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass soziale und ökologische Kriterien verbindlicher Bestandteil des öffentlichen Vergaberechts des Landes Thüringen werden und Kommunen analoge Regelungen treffen. Faire und ökologische Beschaffung, ökologisches Bauen sowie die Nutzung von zertifiziertem Ökostrom müssen immer mehr die Regel werden.

Der Mittelstand ist das Fundament der Thüringer Wirtschaft

Thüringen ist maßgeblich durch kleine und mittlere Unternehmen geprägt. Diese haben eine starke Bindung an ihre Region und werden auch in Zukunft der bestimmende Wirtschaftsfaktor sein. Sie

leisten einen zentralen Beitrag zur Schaffung und Sicherung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

Mittelstandsfeindliche Politik wie eine einseitige Förderung großer Investoren oder eine Benachteiligung kleiner regionaler Unternehmen bei Vergaben und Ausschreibungen entspricht nicht dem Selbstverständnis grüner Marktwirtschaft.

Wir unterstützen eine leistungsabhängige Vergütung und die Anbindung des Verdienstes an den Unternehmenserfolg. ArbeitnehmerInnen, die sich auf diese Weise am Betriebsrisiko beteiligen, sollen auch Mitspracherechte im Unternehmen erhalten.

Wir setzen uns für ein Wirtschaftssystem ein, in dem voll berufstätige Menschen sich und ihre Angehörigen ohne sozialstaatliche Unterstützung ausreichend versorgen können. Grüne Marktwirtschaft tritt deshalb für einen gesetzlichen Mindestlohn und eine Stärkung der Tarif- und Sozialpartnerschaft ein.

Wir unterstützen flexiblere Arbeitszeiten, die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten und die Möglichkeit, Arbeitszeitguthaben für längere Arbeitsunterbrechungen zu nutzen. Auf diese Weise kann die Arbeitszeit auf die jeweilige Auftragslage der Unternehmen abgestimmt und Familie und Beruf besser in Einklang gebracht werden.

Wir wollen eine steuerfreie Gewinnrücklage, die an der Sicherung von Beschäftigung und der Schaffung von Arbeitsplätzen orientiert ist. Für jeden sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmer sollen Unternehmen 10.000 Euro steuerfrei in eine Gewinnrücklage eingestellt werden können. Bei Beschäftigungsabbau muss die Rücklage entsprechend aufgelöst werden. Die Gesamthöhe der Rücklage soll 250.000 Euro pro Unternehmen nicht übersteigen.

Thüringens Automobilindustrie fit machen

Viel zu lange hat die Autoindustrie, darunter auch Opel, auf Spritfresser, Höchstgeschwindigkeit und Beschleunigung, statt auf Effizienz und Ökologie gesetzt. Der Staat darf solches Fehlverhalten nicht auch

noch belohnen, indem er den betroffenen Unternehmen automatisch zu Seite springt. Dennoch sind auch wir uns der Verantwortung gegenüber den Menschen bewusst, die bei Opel in Eisenach oder den vielen Zulieferbetrieben im Freistaat arbeiten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Thüringen daher zum Vorzeigestandort für effiziente Antriebstechnologie und Fahrzeugbau machen. Dazu wollen wir gezielte Anreize für Unternehmen setzen, um in Thüringen massiv in die Forschung und Entwicklung von Hybridtechnologien, neuartigen Speichermedien und Elektroautos zu investieren. Dies soll in enger Kooperation mit den Hochschulen im Land geschehen.

Wirtschaft in Bewegung

Für eine gut funktionierende Wirtschaft ist ein gut ausgebautes, landesweit integriertes und ständig verfügbares öffentliches Verkehrssystem wichtig, das zudem eine wirkliche Alternative zu verbrauchsintensiven Lösungen darstellen muss. Davon ist Thüringen trotz punktueller Ansätze noch meilenweit entfernt. Hier schlummern große Potenziale für ein spürbares Umsteuern, welches große ökologische, wirtschaftliche und auch soziale Positivwirkungen nach sich ziehen würde. Wir wollen die Verkehrswende! Wir wollen Thüringen zu einem Musterland dafür machen.

Der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) hat auch für die regionale Wirtschaft eine große Bedeutung: Menschen, die ohne Verkehrsstress zur Arbeit gelangen, sind leistungsfähiger. Hierfür braucht der ÖPNV eine Verbesserung in Netzdichte, Netzqualität, Angebotsumfang und Kundennähe. Die barrierefreie Verknüpfung der Linien untereinander, mit Car-Sharingmodellen, mit Fuß- und Radwegen und Park+Ride-Systemen ist ein notwendiger Bestandteil.

Regionale Innovationsnetze stärken

Unternehmen, die innovative und global konkurrenzfähige Produkte anbieten wollen, benötigen eine enge Kooperation mit universitären Forschungseinrichtungen und mit anderen innovativen Unternehmen

derselben Branche. Die erfolgreiche Entwicklung solcher Technologie-Cluster wird zum einen die stärkere Fokussierung der Forschungsförderung auf einzelne Technologie-Felder einfordern, zum anderen müssen Kooperationen mit den benachbarten Bundesländern, insbesondere Sachsen und Sachsen-Anhalt gesucht werden, um ein ausreichendes technologisches Potenzial zu erreichen.

Dabei geht es auch darum, für diese Cluster ein Image aufzubauen, dass die besten WissenschaftlerInnen und Studierende aus anderen Bundesländern und dem Ausland in unsere Region zieht. Diese Entwicklung soll durch die Stärkung von profilbildenden Studiengängen, die Berufung von ProfessorInnen, die Einrichtung von Landesgraduiertenkollegs und die Vergabe von Stipendien gefördert werden.

In Thüringen gibt es immer noch viel zu wenige eigenständige Technologie-Unternehmen. Eine ambitionierte Hochschul- und Forschungspolitik muss sich daher noch weit stärker als bisher für technologieorientierte Ausgründungen engagieren. Bei der institutionellen Förderung von Hochschulen und Forschungseinrichtungen sollen entsprechende Anreize gesetzt werden.

Auch im Bereich anderer regionaler Wirtschaftsbereiche, z.B. der ökologischen Landwirtschaft oder des Tourismus, sind für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die lokale Vernetzung und die gemeinsame Vermarktung regionaler Produkte sehr wichtig. Sie helfen zudem, die lokalen Besonderheiten zu bewahren und herauszustellen.

Mitteldeutschland mit Leben erfüllen

Der mitteldeutsche Wirtschaftsraum Leipzig-Halle-Jena bietet für die beteiligten Städte und Regionen gewaltige Entwicklungsmöglichkeiten. Zu nennen sind hier vor allem die Solar-, Bio- und Medizintechnologie, ebenso aber auch die Kultur- und Kreativwirtschaft und die Informations- und Telekommunikationsbranche. Wir wollen diese Region fördern, indem wir die Kooperation der beteiligten Hochschulen unterstützen und gemeinsame Strategien für die Profilbildung der einzelnen Standorte erarbeiten. Wir streben eine engere Zusammenarbeit mit Sachsen und Sachsen-Anhalt an und wollen mittelfristig einen

Staatsvertrag zwischen Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen, der die Kooperation der Bundesländer institutionalisiert.

Kreative Wirtschaftspotenziale nutzen

Thüringen hat eine Kultur- und Kreativlandschaft wie kaum ein anderes Bundesland. Nicht nur in Weimar, der Kulturhauptstadt Europas 1999, sondern auch in anderen Kreativ- und Kulturzentren von Eisenach bis Altenburg und von Nordhausen bis Saalfeld existieren gute Ansätze für eine kreativwirtschaftliche Szene.

Die wirtschaftliche Bedeutung kreativer Unternehmen wird immer größer. Die Entwicklung der „Creative Industries“, die auch kreative Bereiche wie Werbung oder die Entwicklung von Software und Computerspielen mit einschließt, ist immer stärker durch Kleinstunternehmen geprägt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen hier mit unseren politischen Initiativen besonders die kleinen MarktteilnehmerInnen unterstützen. So fordern wir neben Atelier- und Messeförderungen einen erleichterten Zugang zu Kleinstkrediten und Darlehen sowie die Auslobung eines Gründerwettbewerbs Kulturwirtschaft. Außerdem halten wir die Einrichtung von spezifischen Beratungsgremien und Informationsplattformen und den Ausbau der Aus- und Weiterbildung kulturwirtschaftlicher Qualifikationen für notwendig.

Verbraucherpolitik als Querschnittsaufgabe

Geiz ist nicht geil, sondern schadet zuerst den Ärmsten. Und für vermeintlich billige Produkte zahlen wir alle am Ende gemeinsam die Zehne in Form von Umweltzerstörung, Gesundheitsschäden oder höheren Steuern. In der Finanzkrise zahlen viele sogar doppelt, als geprellte Anleger und als Steuerzahler. Die jetzige Krise zeigt uns deutlich, dass wir umsteuern müssen hin zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise, die langfristiges Denken belohnt, für menschenwürdige Arbeitsbedingungen weltweit sorgt und die Umwelt schont.

Verbraucherschutz steht übergeordnet über vielen Bereichen. Entscheiden wir uns für den Kauf von fair gehandelten Produkten, ma-

chen wir auch Entwicklungspolitik. Kaufen wir im Eine-Welt-Laden und nicht beim Discounter um die Ecke, verbessern wir zusätzlich die Arbeitsbedingungen bei uns zu Hause und betreiben Sozialpolitik. Wechseln wir zu einem Ökostromanbieter und benutzen Recyclingpapier, ist dies aktive Umweltpolitik.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Verbraucherschutz daher Politik mit dem Einkaufskorb! Immer mehr KonsumentInnen entdecken ihre enorme Macht, die sie jeden Tag beim Griff ins Einkaufsregal besitzen. Mit ihrer Kaufentscheidung nehmen sie Einfluss auf Herstellungsprozesse und Produktentwicklungen. Immer mehr VerbraucherInnen entscheiden sich durch sorgfältige Auswahl für mehr Lebensqualität – für sich und für andere. Sie entscheiden sich für Waren, die ökologisch, fair und sozial gerecht produziert worden sind. Sie wollen mit strategischem Konsum Akzente setzen und die Welt von unten verändern – für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und einen fairen Handel.

Grüne Verbraucherpolitik ist ebenso Sozialpolitik! Nachhaltiger Konsum muss für jeden in unserer Gesellschaft möglich sein. In einkommensschwachen Familien ist der Anteil der fehlernährten Kinder besonders hoch. Gerade deshalb brauchen wir auch hier aufgeklärte Verbraucher. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist klar, dass nachhaltiger Konsum immer auch eine Frage des Geldbeutels ist. Deswegen müssen wir die Sozialtransfers angemessen anheben, um einkommensschwachen Menschen den Weg in die Nachhaltigkeit nicht zu verbauen. Aber Teilhabegerechtigkeit bei nachhaltigem Konsum geht weiter. Aufgeklärte Verbraucher benötigen Informationen. Viele Menschen sind jedoch nicht in der Lage, sich selbst zu informieren. Nachhaltige Entscheidungen fangen mit Bewusstsein und Bildung an. Wir brauchen neue Lehrinhalte für Ernährungs- und Verbraucherbildung, für SchülerInnen wie für PädagogInnen, um jeden Menschen für nachhaltigen Konsum zu befähigen. Hilfreich ist es dabei, Produkte mit ebenso klaren wie einfachen Informationen zu versehen, um

komplexe Kaufentscheidungen für alle zu erleichtern. Deshalb setzen wir uns auch für die so genannte Ampelkennzeichnung von Lebensmitteln ein.

Verbraucherrechte schützen und stärken

VerbraucherInnen, also wir alle, müssen immer mehr und komplexere Entscheidungen treffen. Unsere Konsumwelt ist ziemlich unübersichtlich. Wir können rund um die Uhr tausende Produkte kaufen und unter hunderten von Tarifoptionen auswählen. Wir müssen Entscheidungen treffen zu Gesundheit und Pflege, Rentenversicherung und Finanzen, Mobilität und Energieversorgung. Dabei fällt es schwer, den Überblick zu behalten. Wer dann noch grüne und faire Produkte kaufen will, stochert auf der Suche nach entsprechenden Informationen häufig im Nebel. Dies erfordert ein hohes Maß an Eigenverantwortung.

Grüne Verbraucherpolitik setzt hier an. VerbraucherInnen müssen besser informiert werden und selbstbestimmt am Markt agieren können. Wer den nachhaltigen Produkten Vorrang geben möchte, muss sie zunächst einmal erkennen können. Aber nur wer weiß, was wirklich in einem Produkt steckt, wo es herkommt, wie Herstellungsbedingungen oder Klimabilanz sind, kann sein Einkaufsverhalten bewusst nachhaltig ausrichten. Das Internet und die damit verbundenen Kommunikationsformen helfen Menschen mit ökosozialem Gewissen, sich zu vernetzen, Produktempfehlungen zu verbreiten und ungerechtfertigte Umweltversprechungen („Greenwashing“) zu enttarnen. Als Voraussetzung dafür bedarf es aber eines leistungsfähigen Internetzugangs für alle. Deshalb setzen wir uns für einen zügigen Ausbau des Breitbandinternets in ländlichen Regionen ein. Hier hat die Landesregierung lange Zeit geschlafen, weite Teile des ländlich geprägten Thüringens haben daher keinen Anschluss an die Daten-Autobahn. Für aufgeklärte Verbraucher ist es Voraussetzung, klare Informationsansprüche gegenüber Behörden und Unternehmen zu haben. Deshalb soll sich Thüringen dafür einsetzen, das Verbraucherinformationsgesetz (VIG) umfassend zu überarbeiten.

Verbraucherzentralen stärken – für starke Verbraucher

Der Schutz von VerbraucherInnen und deren Kompetenzstärkung sind vordringliche Aufgaben der Verbraucherzentralen. Sie sind unabhängig, werden zum großen Teil durch die öffentliche Hand und darüber hinaus teilweise durch kleine Entgelte finanziert und bieten Beratung zu verschiedensten Verbraucherthemen an. Im Einzelfall helfen sie auch bei juristischen Fragen und vertreten Verbraucherinteressen z.B. in Sammelklagen. Verbraucherzentralen sind darüber hinaus auch der richtige Ort bei Beschwerden z.B. über unseriöse Werbe- und Geschäftspraktiken. Während andernorts die Mittel für den Verbraucherschutz jedoch aufgestockt werden, sind in Thüringen die Mittel seitens der Landespolitik drastisch reduziert worden, was zur Schließung von Außenstellen und Entlassung von MitarbeiterInnen führte. Dabei steigt der Bedarf nach Beratung kontinuierlich an. Die Verbraucherzentrale hat diese Diskrepanz mit freiwilligen, unbezahlten Überstunden ausgeglichen. Ein unhaltbarer Zustand, die zeigt, wie unwichtig der CDU-Regierung die VerbraucherInnen sind. Im Ländervergleich ist der Freistaat auf einen der letzten Plätze im aktuellen Verbraucherschutzranking abgerutscht. Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser.

Wo die staatliche Aufsicht fehlt, kann sich das Vertrauen der VerbraucherInnen nicht einstellen. Gesetzlich vorgeschriebene, unabhängige Kontrollen auf allen Stufen der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung von Lebensmitteln sind ein Erfolgsrezept des Biosiegels. Um schwarze Schafe zu entdecken, müssen Kontrollen auch im konventionellen Bereich verstärkt werden. Das bedeutet, dass und die überwachenden Behörden personell besser ausgestattet werden müssen.

Schutz in sensiblen Bereichen

Unsere jüngsten Verbraucher benötigen besonderen Schutz. Kinder sind noch nicht gefestigt und sind anfälliger für aggressive Werbung. Wir fordern ein Verbot irreführender Werbung, die sich an Kinder und Jugendliche richtet, vor allem, wenn es um einen angeblichen gesundheitlichen Zusatznutzen in Lebensmitteln geht. An sensiblen Orten

wie beispielsweise Schulen sind wir daher für strikte Werbeeinschränkungen. An den Thüringer Hochschulen sollen klare Regeln für Werbung und Sponsoring eingeführt werden, um sowohl die Freiheit von Lehre und Forschung zu gewährleisten, als auch sinnvolle Formen von Sponsoring und Stiftungswesen zuzulassen.

Verbraucherschutz auch digital

Die Digitalisierung unseres Lebens schreitet weiter voran. Sie bietet enorme Potenziale für Wohlstand, Lebensqualität und Selbstbestimmung, gleichzeitig bedroht sie jedoch unsere Privatsphäre. Eine wichtige Herausforderung der digitalen Gesellschaft ist der staatliche und privatwirtschaftliche Umgang mit Kommunikations- und Personendaten. Wir wollen keinen gläsernen Verbraucher. Generell muss die so genannte „Opt-in“-Regelung gelten: Daten dürfen nur mit einer aktiven Einwilligung der Verbraucherinnen und Verbraucher erhoben, gespeichert, bearbeitet, zweckgebunden ausgewertet oder weitergegeben werden.

Nur aufgeklärte und kompetente Internetnutzer merken, auf welche Vereinbarungen sie sich in der digitalen Welt einlassen. Besonders die jüngsten sowie ältere Internetnutzer werden häufig im Internet geschädigt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen daher die VerbraucherInnen dabei unterstützen, sich die nötige Medienkompetenz anzueignen. Hier ist vor allem das Land gefragt. In Schulen und Weiterbildungseinrichtungen muss die bislang vernachlässigte mediale Bildung forciert werden.

Mit gutem Beispiel voran

Wir wollen das Land Thüringen zu einem Vorbild beim nachhaltigen Konsum machen. Die öffentliche Hand ist hier ein Hauptauftraggeber. Bund, Länder und Kommunen haben damit eine enorme Nachfragemacht. Dieses strategische Instrument muss der Staat nutzen, um nachhaltige Produkte und Dienstleistungen voranzubringen – vom Ökostrom in der Behörde, über einen klimafreundlichen Fuhrpark bis

hin zum Bioessen in der Kantine. Dass wir Grüne hier Vorreiter sind und es endlich Grün im Landtag braucht, verdeutlicht unser Besuch bei den Landtagsfraktionen im vergangenen Sommer. Dabei überreichten wir einen Antrag gegen ausbeuterische Kinderarbeit bei der Vergabe und Beschaffung. Dieser Antrag führte nicht nur zu einem (wenn auch abgemilderten) Beschluss des Landtages, auch Kommunen griffen unsere Initiative auf und beschlossen, bei städtischen Einkäufen auf faire Produkte umzusteigen. Dieses Beispiel zeigt: Für starke Verbraucherinnen und Verbraucher braucht es Grün in Thüringen!

Grüne Mobilität für Thüringen

Zukunftsfähige Verkehrspolitik im Zeichen von Klimawandel und Ölknappheit

Wir wollen unser Verkehrssystem durchgreifend verbessern und zukunftsfähig machen. Die vor uns liegenden Aufgaben sind doppelt herausfordernd: Derzeit liegt der Anteil der verkehrsbedingten CO₂-Emissionen in Deutschland bei 20 Prozent. Gegenüber 1990 verzeichnet der Verkehrssektor als einziger einen gestiegenen CO₂-Ausstoß. Sollen die Auswirkungen des Klimawandels begrenzt werden, muss auch der Verkehr seinen Beitrag zu den CO₂-Minderungszielen beitragen.

Die zweite Herausforderung ergibt sich beim Thema Energieversorgungssicherheit. Wie kein anderer Bereich wird unser heutiges Verkehrssystem durch (billiges) Erdöl buchstäblich am Laufen gehalten. Über 90 Prozent des gesamten Energieverbrauchs im Verkehrssektor geht auf die endliche Ressource Erdöl zurück; 70 Prozent unseres Ölverbrauchs fließt in den Verkehr. In Deutschland müssen 98 Prozent des Öls über Einfuhren abgedeckt werden. Ein hoher Anteil davon stammt aus den OPEC-Staaten. Unsere Abhängigkeit vom Erdöl erweist sich immer stärker als Achillesverse für unsere Wirtschaft, insbesondere aber für den Verkehr. Zuletzt im März 2009 hat die Internationale Energieagentur (IEA) eindringlich vor einem Versorgungsengpass beim Erdöl gewarnt, sobald die Weltkonjunktur wieder anzieht – mit dramatischen Folgen bei der Preisentwicklung: Die IEA

rechnet dann mit neuen Höchstpreisen an den Ölmärkten, die das Niveau vom Sommer 2008 noch in den Schatten stellen würden.

Die Energy Watch Group geht sogar davon aus, dass die Menschheit bereits 2006 das Ölfördermaximum („Peak Oil“) erreicht hat, die Ölförderung also nicht mehr gesteigert werden kann und fortan jährlich um 3 bis 5 Prozent abnimmt.

Klimawandel und Verknappung des Erdöls – das sind die Megatrends, auf die wir uns gerade im Verkehr einzustellen haben. Unser heutiges Verkehrssystem steht daher vor einem tiefgreifenden Strukturwandel. Der Energieverbrauch im Verkehrssektor muss ebenso wie die Abhängigkeit vom Erdöl drastisch reduziert werden. Die dritte Herausforderung sind die immensen negativen Folgen der heutigen Verkehrsinfrastruktur: Flächenversiegelung, Landschaftszerschneidung und die Zerstörung der Städte sind dafür nur einige Beispiele. Siedlungs- und Wirtschaftsstrukturen müssen so umgebaut und organisiert werden, dass die Zwänge, im Alltag große Distanzen zurückzulegen, verringert werden. Das kann nur allmählich passieren. Doch schon in einem ersten Schritt ließen sich 50 Prozent aller Autofahrten einsparen, wenn die Alternativen besser organisiert und beworben würden. Der Dreiklang grüner Verkehrspolitik aus „Verkehr vermeiden“, „Verkehr verlagern“ und „Verkehr verträglicher gestalten“ ist heute aktueller denn je, wenn wir auch in Zukunft angemessen mobil bleiben wollen. Beim Verkehr haben wir schon viel zu viel Zeit für den notwendigen Umbau verloren, umso energischer müssen wir in den kommenden fünf bis zehn Jahren umsteuern. Daher wollen wir die verkehrsbedingten CO₂-Emissionen in Thüringen bis 2020 um mindestens 30 Prozent reduzieren. Die Fahrgastzahlen im öffentlichen Verkehr wollen wir innerhalb von zehn Jahren verdoppeln – längerfristig halten wir eine Vervielfachung für notwendig.

Besser für Thüringen: mobil mit dem Umweltverbund

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen nachhaltige Formen der Mobilität fördern und ausbauen. Alle Bereiche des Umweltverbunds, sei es zu

Fuß gehen, Radfahren oder Bus und Bahn nutzen haben ihre eigenen Vorzüge und Einsatzbereiche, die miteinander kombiniert eine besonders energiesparende und umweltschonende Mobilität ermöglichen. Wir wollen das Verkehrsangebot des öffentlichen Verkehrs sowohl in den Städten als auch im ländlichen Raum ausbauen. Zentraler Baustein für eine zukunftsfähige Mobilität in Thüringen ist für uns die konsequente Umsetzung eines Thüringen-Taktes, der im Freistaat eine neue Ära des öffentlichen Verkehrs einläutet und mit attraktiven Angeboten mehr Fahrgäste in Busse und Bahnen lockt.

Der Thüringen-Takt macht Thüringen mobiler

Wie bewegt man Menschen zum Umsteigen auf Busse und Bahnen? Zum Beispiel indem man flächendeckend das Angebot vertaktet, verknüpft und die Fahrpreise moderat hält. Schon in vielen Regionen Deutschlands fahren öffentliche Verkehrsmittel nach einem abgestimmten Taktfahrplan. Überall dort sind die Fahrgastzahlen danach stark angewachsen. In einigen Ländern hat es einen regelrechten Boom am Bahnsteig gegeben und die Nachfrage hat sich mehr als verdoppelt.

Das Prinzip des integralen Taktfahrplans ist übertragbar. Wir wollen dem Erfolgsmodell Taktfahrplan in Thüringen politisch den Weg ebnen. Pünktlich, häufig und schnell sind die Ansprüche an zeitgemäßen öffentlichen Verkehr. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen mit dem Thüringen-Takt für alle ThüringerInnen diese Ansprüche an Mobilität erfüllen. Dabei kennzeichnen den Thüringen-Takt zwei wesentliche Merkmale: die Regelmäßigkeit und eine optimale Verknüpfung. Bahnfahrgäste können sich auf Stunden- oder Halbstundentakt verlassen, ebenso verlässlich ist die Verknüpfung in Knotenbahnhöfen: Immer zu einer annähernd gleichen Zeit treffen alle Züge ein und fahren kurz darauf wieder ab. Dadurch entstehen optimale und schnelle Umsteigemöglichkeiten in alle Richtungen.

Mit der Einführung des Thüringen-Takts wollen wir nicht nur einen Masterplan zur Ausweitung des Angebots auflegen. Er ist darüber hinaus auch Richtschnur und Rahmenplan für den Ausbau der Eisen-

bahninfrastruktur in unserem Land. Die Infrastrukturplanung richtet sich künftig nach der Angebotsplanung. Im Bahnnetz heißt die Devise nicht mehr „so schnell wie möglich“ sondern „so schnell wie nötig“. Diese Planungsphilosophie garantiert effizienten Mitteleinsatz bei maximalem Nutzen. So glänzt das Vorhaben Thüringen-Takt nicht durch spektakuläre Großinvestitionen, sondern durch eine Vielzahl von Einzelvorhaben im gesamten Bahnnetz, die in ihrer Summe einen landesweiten Taktverkehr ermöglichen und so vielen Thüringerinnen stündlich optimale Verbindungen mit garantierten Anschlüssen bieten. Dazu zählen beispielsweise der Bau von zusätzlichen Kreuzungsbahnhöfen auf eingleisigen Strecken, die Anhebung der Streckenhöchstgeschwindigkeit oder der Bau zusätzlicher Bahnsteige in Knotenbahnhöfen.

Mit dem Thüringen-Takt vollzieht die Bahnpolitik den notwendigen Paradigmenwechsel. Sie wendet sich ab von der isolierten Betrachtung von Verkehrskorridoren und wendet sich einem ganzheitlichen Planungsansatz zu, bei dem die netzweit wirksame Beschleunigung von Reiseketten im Vordergrund steht. Bei der Planung des Thüringen-Takts müssen die spezifischen Anforderungen des Schienengüterverkehrs berücksichtigt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in der Reaktivierung von Eisenbahnstrecken einen integralen Bestandteil eines Thüringen-Taktes. Dazu zählen u.a. der Lückenschluss zwischen Blankenstein und Marxgrün, der im Schienengüterverkehr vor allem für die Holz- und Zellstoffindustrie im Thüringer Oberland von großer Bedeutung ist, die Reaktivierung von Unstrut- und Kyffhäuserbahn sowie der Lückenschluss auf der Werrabahn zwischen Eisfeld und Coburg. Derzeit stillgelegte Eisenbahnstrecken, für die unter anderen Rahmenbedingungen eine spätere Nutzung im Personen- oder Güterverkehr denkbar ist, wollen wir per Trassensicherungsvertrag vor Rückbau und Entwidmung schützen. Der Thüringen-Takt ist ein mittelfristig angelegtes Projekt, das stufenweise eingeführt werden kann. In der frühen Phase wird der Nahverkehr auf der Schiene einbezogen, anknüpfend an den bisherigen Ansätzen für einen vertakteten Fahrplan. Der regi-

onale Busverkehr soll später Schritt für Schritt eingebunden werden. Mit dem Thüringen-Takt kommt unser Land auf den richtigen Kurs. Bus- und Bahnfahren wird zur echten Alternative gegenüber dem Auto. Die Fahrgastzahlen im öffentlichen Verkehr wollen wir so binnen zehn Jahren verdoppeln.

Verkehrsinfrastruktur: Ausbau vor Neubau – Schiene vor Straße

Die Verkehrspolitik braucht auch einen Kurswechsel bei den Infrastruktur-Investitionen. Auch wenn diese oft überbetont werden, so wird mit ihnen doch das Verkehrssystem und die Verkehrsmittelwahl vorbestimmt. Die Investitionspolitik der hinter uns liegenden 18 Jahre kannte eine klare Priorität. Das Autobahnnetz in Thüringen wurde um die A 38, A 71 und A 73 stark erweitert. Mit Bundesmitteln von insgesamt über 5 Milliarden Euro wird sich nach Abschluss aller Neubauvorhaben im Jahr 2012 das Autobahnnetz des Freistaats mehr als verdoppelt haben. Auch zahlreiche Ortsumgehungen sind seit 1990 realisiert worden. Wir müssen heute feststellen, dass die behauptete „Infrastrukturücke“ beim Fernstraßennetz längst nicht mehr existiert. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen daher die Entwicklung des thüringischen Fernstraßennetzes als abgeschlossen an. Für weitere Autobahn- und Schnellstraßenprojekte sehen wir keinen Bedarf.

Nein zur Rhönquerung – die Rhön bleibt grün

Wir lehnen deshalb den Bau der so genannten Rhönquerung (B 87n) von Meiningen nach Fulda entschieden ab. Diese Straße würde das Biosphärenreservat Rhön auf einer Länge von 57 Kilometern durchschneiden. Sie ist ein besonders absurdes Beispiel für die etablierte Verkehrspolitik, die Straßenbau weiterhin als Allheilmittel für die Wirtschafts- und Regionalentwicklung preist. Dabei sind die Arbeitsplatzeffekte von Straßenneubauten wissenschaftlich nicht belegbar. Dies gilt umso mehr in Südthüringen, wo bereits ein dichtes Fernstraßennetz zur Verfügung steht. Neue Straßen bringen keinen weiteren Nutzenzuwachs und dies gilt besonders für die Rhöntrasse.

Mitte-Deutschland-Verbindung – ohne Spannung kein Anschluss

Ein besonders dickes Brett, das die Verkehrspolitik in Thüringen zu bohren hat, ist der Ausbau der Mitte-Deutschland-Verbindung. Noch immer ist sie bis Gera nicht wieder komplett zweigleisig ausgebaut und noch immer klafft zwischen Gößnitz und Weimar eine Elektrifizierungslücke. Dabei ist die Mitte-Deutschland-Verbindung auch im Fernverkehr wichtig. Sie erschließt in idealer Weise die Thüringer Städtekette, entlang der rund 40 Prozent der Thüringer Bevölkerung leben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden sich für den weiteren Ausbau, vor allem aber für die Elektrifizierung stark machen. Der Fahrdraht zwischen Weimar und Gößnitz schafft die Voraussetzungen, damit durchgehend elektrische Triebzüge verkehren können. Gera und Jena können so im Fernverkehr wieder angebunden werden. Für Ostthüringen und Westsachsen ist das Vorhaben von zentraler Bedeutung und muss daher in den vorrangigen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen werden. Hier müssen die Länder Sachsen und Thüringen an einem Strang ziehen.

Zukunft des Fernverkehrs auf der Schiene – nicht nur Erfurt braucht Anschluss

Wir wollen ein Fernverkehrsnetz, das alle Regionen unseres Landes erschließt und dabei alle thüringischen Oberzentren mindestens im Zwei-Stunden-Takt anbindet. Die Abwärtsspirale der vergangenen Jahre muss endlich beendet werden.

Seit 2001 hat die Deutsche Bahn den Interregio-Verkehr auf der Mitte-Deutschland-Verbindung zwischen Weimar und Chemnitz eingestellt und damit Jena und Gera vom Ost-West-Fernverkehr abgehängt. Zusätzlich ist das Fernverkehrsangebot im Freistaat mehrfach ausgedünnt worden. Zuletzt im Sommer 2008 strich die DB-Züge auf der IC-Linie 51 (Düsseldorf – Erfurt – Berlin – Stralsund), die aktuell das Restangebot auf der Mitte-Deutschland-Verbindung sichert. Thüringen büßt bei drohender Einstellung dieser Linie seine Direktverbindungen an die Ostsee, nach Berlin, Nordhessen, Westfalen sowie in das Ruhrgebiet und

Rheinland ein. Wir brauchen auch im Fernverkehr der Bahn ein an den Gemeinwohlinteressen ausgerichtetes Angebot. Vorbild ist für uns das Konzept des „Deutschland-Takts“, wie er von der Initiative Deutschland-Takt vertreten wird.

Nicht nur die auf Gewinnmaximierung ausgerichtete Konzernpolitik der Deutschen Bahn und die Untätigkeit der Bundesregierung gefährden die Zukunft des Fernverkehrs in Thüringen. Nachdem die Große Koalition sich entschlossen hat, die Neubaustrecke durch den Thüringer Wald beschleunigt fortzuführen, müssen wir damit rechnen, dass der Fernverkehr auf der Strecke Berlin – München ab 2017 über Erfurt geführt wird.

Mit Beginn der Bauarbeiten an herausragenden wie kostspieligen Kunstbauten auf über der Hälfte des ausstehenden Neubauabschnitts und der Ausschreibung eines Großteils der Rohbauarbeiten im Laufe dieses Jahres sind Fakten geschaffen worden. Gleichwohl hinterfragen wir weiterhin den Nutzen dieses mit 5,1 Milliarden Euro Baukosten teuersten und umstrittensten Schienenprojekts. Rekordverdächtig ist auch die Bauzeit: Zwischen dem ersten Spatenstich bei Arnstadt im April 1996 und dem ersten fahrplanmäßigen Zug liegt mindestens eine Spanne von 21 Jahren!

Fakt ist: Mit der beabsichtigten Inbetriebnahme im Jahr 2017 wird sich das Fernverkehrsliniennetz im Freistaat grundlegend verändern. Durch die Verlagerung der ICE-Linie Hamburg – Berlin – München, die heute im Saaletal Jena und Saalfeld anbindet, droht eine massive Angebotsverschlechterung in dieser Region. Ähnliches gilt für Weimar nach der voraussichtlichen Eröffnung der Neubaustrecke Erfurt – Halle/Leipzig im Jahr 2015. Einzig und allein die Landeshauptstadt Erfurt profitiert von der Megainvestition in die Infrastruktur. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten die absehbaren Folgen für das Angebot im Fernverkehr mit den Zielen der Raumordnung für nicht vereinbar. Insbesondere die schlechtere Erreichbarkeit Ostthüringens widerspricht dem Grundsatz, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen. Dieses Szenario muss abgewendet werden. Wir wollen, dass auch nach

Eröffnung der neuen Hochgeschwindigkeitsstrecke Städte wie Jena, Saalfeld und Weimar über ein vertaktetes Angebot in Fernverkehrsqualität angebunden sind. Wir fordern daher nachdrücklich einen Erhalt des ICE-Halts am Standort Jena.

Statt Luftschlössern: Thüringen braucht ein tragfähiges Flughafenkonzept

Flugverkehr, besonders unnötiger Flugverkehr, verursacht erhebliche Umweltbelastungen, auf die es nicht nur aufmerksam zu machen, sondern die es zu vermeiden gilt. Die Landesregierung agiert bei der Flughafenentwicklung konzeptionslos. Das Land hat den Ausbau des Erfurter Flughafens massiv gefördert. Es sind rund 230 Millionen Euro an öffentlichen Mitteln in den Ausbau der Flughafeninfrastruktur der Landeshauptstadt geflossen. Trotzdem hat sie zugelassen und auch befördert, dass in Altenburg ein Regionalflughafen ausgebaut wurde. Beiden thüringischen Regionalflughäfen fehlt auch langfristig die kritische Größe, um auf einen kostendeckenden Flughafenbetrieb zu kommen. Eine Präferenz für einen Flughafenstandort kann daher zur Zeit nicht ausgesprochen werden. Zu diesem Ergebnis kommen bundesweit angelegte Untersuchungen, die sich mit den Entwicklungschancen deutscher Regionalflughäfen befasst haben. Der Traum vom „Internationalen Verkehrsflughafen“ Erfurt ist endgültig ausgeträumt, die Förderpolitik des Landes erlebt eine verkehrspolitische Bruchlandung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Doppelförderung der Flughäfen Erfurt und Altenburg daher beenden. Solange es keine Rahmenplanung für Flughäfen durch den Bund gibt, muss dringend über ein neues Flughafenkonzept der Länder Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen die Entwicklung des Luftverkehrs koordiniert werden. Landespolitisches Prestige- und Kirchturmdenken muss dabei zurücktreten, um eine für alle drei Länder langfristig tragfähige Lösung zu finden. Auch die dauerhafte Subventionierung der Fluglinie Erfurt – München, die die Landesregierung erst im März 2009 um weitere drei Jahre verlängert hat und die den Steuerzahler 6,3 Millionen Euro kostet, wollen wir aus energie- und klimapolitischen Gründen beenden.

Radverkehr

RadfahrerInnen müssen in Thüringen endlich als gleichberechtigte VerkehrsteilnehmerInnen ernst genommen werden und entsprechend Berücksichtigung finden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die konsequente Förderung des Radverkehrs in Stadt und Land – für den Radtourismus genauso wie im Alltag. Dazu gehört auch und gerade, dass Kinder mit dem Rad zur Schule fahren können. Mindestens 5 Prozent der für den Straßenbau bereitgestellten Mittel muss in ein Programm für den Radwegebau fließen. Damit könnten bestehende Lücken in den Fernwegenetzen geschlossen und sichere Verbindungen von Dorf zu Dorf geschaffen werden.

BILDUNG UND SOZIALE GERECHTIGKEIT FÜR ALLE

Köpfchen sind unser Kapital – Bildung öffnet die Türen zur Welt

Bildung ist ein kulturelles Recht eines jeden Menschen und zudem in der UN-Kinderrechtskonvention niedergelegt. Bildung ist der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben, ermutigt zu Demokratie und zur Teilhabe an unserer Gesellschaft und steht für Chancen in der Arbeitswelt. Als rohstoffarmes Land ist Thüringen darauf angewiesen, dass alle BürgerInnen ihre Kreativität und Vielfalt entwickeln können und sie dazu von Anfang an individuell gefördert werden. Der Wohlstand unseres Landes basiert nicht darauf billiger, sondern besser und innovativer als andere zu sein. Der Wettlauf um niedrigere Löhne ist für Thüringen nicht zu gewinnen, der Wettlauf um bestmögliche Bildung schon. In Thüringen mangelt es derzeit an Bildungsvielfalt, an gesundem Wettbewerb zwischen den einzelnen Bildungsträgern, an deren ausreichender finanzieller Ausstattung, an der erforderlichen Lern- und Unterrichtskultur und an pädagogischer Freiheit. Deshalb stehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine grundlegende und umfassende Bildungsreform.

Die Chancen für einen guten Schul- und einen Hochschulabschluss sind heute zutiefst ungerecht verteilt. Wir wollen Chancengleichheit für alle von Anfang an. Deshalb stehen wir für den Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung für alle ab dem 1. Lebensjahr und erteilen der Familienoffensive der CDU eine klare Absage. Wir wollen eine qualitativ hochwertige Bildung und Betreuung auch und gerade schon für unsere Kleinsten und dafür braucht es in Thüringen 2000 ErzieherInnen mehr.

Wir wollen mehr Zeit zum gemeinsamen Lernen und zur individuellen Förderung in einer Schule für alle bis zur 9.Klasse, getreu dem Motto „Neun macht klug“. Wir müssen Schluss machen mit dem Aussortieren ab Klasse 4 und dem Abschieben an die Förderschulen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind konsequent: wir wollen den Vorrang der Gliedrigkeit des Schulsystems aus der Thüringer Verfassung streichen. Ganztagsangebote in offener oder gebundener Form werden wir flächendeckend ausweiten und unseren Schulen mehr Freiheit und Selbstbestimmung ermöglichen.

Freie Schulen bereichern unsere Schullandschaft und wir fordern für sie gleiche Rahmenbedingungen. Wir stehen zudem für die generelle Gebührenfreiheit perspektivisch von der Kita bis zum Studium und wollen weitaus mehr Kinder und Jugendliche zunächst zum Abitur führen und für ein Studium begeistern, gern auch in Thüringen. Lebenslanges Lernen definiert Bildung als einen Prozess, der den Menschen das ganze Leben lang begleitet. Dass die Weitergabe von Wissen und Erfahrung längst keine Einbahnstraße mehr ist, zeigt das heutige wechselseitige und generationenübergreifende Lernen: Alt lernt von Jung und Jung von Alt.

Frühkindliche Bildung: spielerisch Lernen und nicht Schule vorziehen

Kinder entdecken in ihren ersten Lebensjahren sich selbst, entwickeln ihre eigenen Interessen und Wünsche, erfahren ihre Stärken und Schwächen und erleben ihre Gefühle. Sie lernen, zwischen sich und anderen zu

unterscheiden, dass sie für ihren Körper auch selbst verantwortlich sind und erleben Verschiedenheit. Frühkindliche Bildung soll dem Grundsatz folgen, das Kind als Persönlichkeit ernst zu nehmen, sein Selbstbewusstsein zu stärken, soziale und kognitive Kompetenzen zu entwickeln und seine Kreativität und Neugier zu fördern und zu wecken.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Bildung und Erziehung ab dem 1. Lebensjahr, der nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein darf und erteilen der Familienoffensive der Landesregierung eine klare Absage. Eltern haben unumstritten die Hauptverantwortung für die Erziehung und Bildung der Kinder. Aber auch die Gesellschaft trägt einen Teil davon. Frühkindliche Bildung kann nur im Zusammenspiel Eltern und Gesellschaft gelingen. Starke Kinder brauchen starke Eltern, deshalb setzen wir uns für unterstützende Angebote zur „Elternbildung“ ein.

Wir meinen zudem, dass Kindergärten neben dem Betreuungsauftrag auch einen festgeschriebenen Bildungsauftrag haben müssen und diesem gerecht werden können. Die Bedeutung der Kindertagesstätten als Orte des spielenden Lernens und als erste Säule des Bildungssystems muss gestärkt werden. Kindergärten als Bildungseinrichtungen sollen von Anfang an die Aufgabe haben, allen Kindern die Welt zu öffnen, ihre Identität zu fördern und ihnen Kraft zur Emanzipation zu geben. Wichtig ist es uns zudem, einen guten Übergang von der Kita zur Schule zu gewährleisten. Um die Qualität der Kitas und die frühkindliche Bildung auf Dauer gewährleisten zu können, braucht Thüringen in diesem Bereich 2000 zusätzliche Stellen. Wir fordern für alle ErzieherInnen eine qualitativ hochwertige Ausbildung. Wir wollen Kindereinrichtungen, in denen es einen stimmigen Mix von ErzieherInnen unterschiedlichster Ausbildungen gibt. Damit diese altersgerecht auf die Bedürfnisse der Kinder eingehen können, ist die Ausbildung auf Fachschulniveau sinnvoll. Und schließlich: wir stehen für eine gerechte Entlohnung der ErzieherInnen und wollen auch und gerade junge Männer für diesen nach wie vor eher typischen Frauenberuf gewinnen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für Vielfalt in den Erziehungsangeboten und echte Wahlfreiheit. Dazu gehört auch die angemessene Unterstützung, Ausbildung und Vergütung von Tagesmüttern. Wir wollen generell integrative Tagesstätten, die für alle Kinder – ob mit oder ohne Behinderung offen stehen und diesen optimal gerecht werden. Denn Kinder sollen von Anfang an lernen dass es normal ist, verschieden zu sein.

Länger gemeinsam lernen in einer Schule für alle

Schulerfolg hängt bei uns immer noch stärker von der sozialen Herkunft und vom Geldbeutel der Eltern ab, als von der tatsächlichen Begabung des Kindes. Wir wollen in Thüringen Schluss machen mit der frühzeitigen Selektion nach der vierten Klasse, durch die die Hälfte der Kinder eine falsche Schullaufbahneempfehlung erhält. Wir wollen, dass alle Kinder bis zum Abschluss der Sekundarstufe I, der 9. Klasse, gemeinsam lernen. Ein Grundproblem der Thüringer Schulstruktur ist die in der Verfassung festgeschriebene Vorrangigkeit des in Grundschule, Regelschule und Gymnasium gegliederten Schulsystems, welches zu Ausgrenzung und permanenter Selektion führt. Hinzu kommt, dass dieses Schulsystem wesentlich teurer ist als das längere gemeinsame Lernen.

Wir setzen auf individuelle kognitive und soziale Förderung statt Auslese. Nicht die Schüler müssen zur Schule passen, sondern die Schule zu den Kindern. Solange alle Kinder zusammen lernen, sind auch die Leistungsunterschiede relativ gering, bei insgesamt steigender Leistung. Um mit Verschiedenheit positiv umgehen zu können, braucht es selbstverständlich eine entsprechende Aus-, und Weiterbildung für die LehrerInnen und dazu Lehrpläne, die dem Rechnung tragen. Dafür wollen wir sorgen.

Gemeinsames Lernen für Kinder mit und ohne Behinderungen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen wollen, dass alle Kinder mit und ohne Behinderung auf ihren unterschiedlichen Lernniveaus ge-

meinsam unterrichtet werden. Das schließt unterschiedliche Lernziele ein. Den ersten praktischen Schritt sehen wir darin, dass nach §12 Abs.1 Thüringer Schulgesetz flächendeckend Grundschul-Integrationsklassen eingerichtet werden. Dabei haben die Klassen je nach Anzahl der behinderten SchülerInnen eine geringere Frequenz und werden zusätzlich personell sonderpädagogisch unterstützt.

Letztlich muss Wirklichkeit werden, dass die durch das Grundgesetz verbotene Benachteiligung Behinderter auch im Schulsystem durchgesetzt wird. Das derzeitige teure Fördern ins Abseits muss beendet werden und auch der Behindertenrechtskonvention der UNO endlich entsprochen werden. Behinderte dürfen nicht länger vom allgemeinen Schulsystem ausgeschlossen werden. Nur in Deutschland gibt es noch das Relikt aus finsterner Vorzeit, dass Kinder gegen den Willen der Eltern vom Regelunterricht ausgeschlossen und in Sonderschulen eingewiesen werden. Thüringen hat dabei einen traurigen Spitzenplatz. Dabei ist es wissenschaftlich erwiesen, dass das gemeinsame Lernen bei entsprechender Pädagogik alle Kinder voran bringt.

Bildungsbarrieren senken

Um allen den Zugang auch zu weiterführenden Schulen zu ermöglichen, müssen die finanziellen Anforderungen an die Eltern gesenkt und Kosten für Lehr- und Lernmittel oder auch die Beförderung zumindest für Kinder aus einkommensschwachen Familien während des gesamten Schulbesuchs vom Land übernommen werden.

Ganztagschulen bieten mehr

Die Ganztagschule kann und soll den Rückhalt in der Familie nicht ersetzen. Aber Ganztagschulen werden der Erkenntnis: „Bildung braucht Zeit“ gerecht. Deshalb stehen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch in Thüringen für den Ausbau eines flächendeckenden Ganztagschulangebotes mit unterschiedlichen Konzepten und Schulprogrammen in einem gesunden Wettbewerb. Unsere Grundschulen bieten

mit ihren Horten dafür gute Voraussetzungen, die auszubauen sind. Dazu gehört jedoch auch, dass diese Ganztagsangebote nicht durch die Eltern finanziert werden. Hier ist das Land Thüringen in der Pflicht, ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote auch über die Grundschulzeit hinaus zu ermöglichen und für Transparenz in der Mittelverteilung und -verwendung zu sorgen. Und dafür stehen wir.

Schulen in freier Trägerschaft

Schulen in freier Trägerschaft bereichern die Thüringer Schullandschaft, indem sie alternative, reformpädagogische Lernmodelle in die Praxis umsetzen. Freie Schulen sind so bereits Impulsgeber für staatliche Schulen geworden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten dafür ein, freien Schulen die gleichen Chancen und Rahmenbedingungen einzuräumen wie staatlichen Schulen. Auch freie Schulen müssen allen Kindern offen stehen, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Das Land darf freie Schulen nicht länger finanziell schlechter stellen als Schulen in staatlicher Trägerschaft.

Mit leerem Magen lernt es sich schlecht – gesundes Mittagessen für alle

Für alle Kinder und Jugendlichen wollen wir ein gesundes Mittagessen in allen Kindertagesstätten und Schulen anbieten, welches in einem ersten Schritt für Kinder aus Familien mit geringem Einkommen kostenlos sein soll. Die Landesregierung wird aufgefordert, gemeinsam mit den Kommunen Finanzierungskonzepte zu erarbeiten. Das Land sollte allen Kommunen einen Zuschuss von 50 Prozent anbieten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen damit die Voraussetzung dafür schaffen, dass allen Kindern in Thüringen das Recht auf ein gesundes Schulessen eingeräumt wird. Dieses sollte möglichst mit Lebensmitteln aus biologischem Anbau zubereitet sein.

Schule braucht mehr Selbständigkeit

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind der Ansicht, dass die Selbständigkeit der Schulen eine wesentliche Voraussetzung ist, um ihre Qualität weiter zu entwickeln. Alle Schulen in Thüringen sollen in die La-

ge versetzt werden, ihre spezifischen pädagogischen Aufgaben in Selbstverwaltung und Eigenverantwortung zu lösen, ein eigenes Programm zur Profilbildung zu entwickeln und ihre Arbeit kontinuierlich zu verbessern. Dazu gestaltet jede Schule ihr Schulprofil und ihr Schulprogramm, sie betreibt Personalentwicklung, entwickelt Fortbildungskonzepte und holt sich notwendige Unterstützung. Sie entscheidet über ihren Haushalt im Rahmen des ihr zugedachten Budgets. Sie evaluiert ihre eigene Arbeit, entwickelt dafür Kriterien und legt jährlich einen Schulbericht vor. Über die inhaltliche, organisatorische und räumliche Gestaltung der Schule wird von der tragenden Kommune entschieden.

Demokratie lernen

Demokratie lernt man am besten und nachhaltigsten durch demokratische Beteiligung. Unsere Schulen müssen konsequent zu Orten gestaltet werden, die Demokratie wagen und durch eine Kultur der Einbeziehung und Anerkennung des Anderen und durch öffentlichen Vernunftgebrauch geprägt sind. Demokratie kann in der Schule zur erfahrenen Lebenswirklichkeit werden. Es gibt bereits hervorragende Modelle und erfolgreiche Schulversuche. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN muss es jetzt darum gehen, diese für alle SchülerInnen, LehrerInnen und Eltern fruchtbar zu machen.

Recht auf Wahlmöglichkeiten zwischen Schulen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein Recht auf Wahlmöglichkeit zwischen den Schulen, um den Eltern und Kindern die Chance zu geben, den jeweils geeigneten Weg zu finden. Wir wollen aber zugleich das Recht der Eltern festschreiben, die Schule in ihrem Einzugsbereich zu wählen. Dies bedeutet, dass es zwar keine verpflichtenden Schuleinzugsgebiete gibt, jedoch juristisch ein Rechtsanspruch auf die wohnortnahe Schule besteht. Eltern wird damit die Sicherheit gewährt, dass ihr Kind die Möglichkeit hat, eine wohnortnahe Schule zu besuchen, es jedoch keinerlei Verpflichtung gibt, die Option auch wahrnehmen zu müssen.

Die Lehrenden in der selbständigen Schule – Personalentwicklung und Fortbildung

Schulen müssen die Zuständigkeit für die Auswahl ihres Lehrpersonals erhalten. Eine Schule entwickelt ihr Profil auch dadurch, dass sie Personen mit spezifischen Qualifikationen anwirbt, wie beispielsweise LehrerInnen mit spezieller Ausbildung im reformpädagogischen Bereich oder aber auch die Hinzuziehung von Künstlern oder Handwerkern, um Kinder und Jugendliche auch fächer- und unterrichtsübergreifend zu bilden. Alle Verwaltungsaufgaben, wie Personalmanagement, Beförderungen und auch die Einstellung von ReferendarInnen, sollen nach unserer Auffassung direkt in den Schulen erledigt werden. Dazu braucht jede Schule finanzielle Mittel für Schulentwicklung, Fortbildung und Beratung. Die SchulleiterInnen sollen alle 5 Jahre von der Schulkonferenz gewählt werden können.

Die Reform der LehrerInnenausbildung – mehr Freiräume für LehrerInnen

Wir streben eine Reform der Lehramtsstudiengänge an, in der sich von Anfang an akademische Ausbildung und Phasen schulischer Praxis abwechseln und aufeinander beziehen. Die Ausbildung der Pädagoginnen muss mehr als bisher Pädagogik, Methodik und Didaktik enthalten. Die heutige, akademisch abgehobene Ausbildung nützt den SchülerInnen nichts, wenn die Vermittlung des Wissens den SchülerInnen nicht gerecht wird. Diese muss an den Thüringer Hochschulen einheitlich geregelt werden. Wir setzen uns thüringenweit für eine Reform der Lehramtsausbildung, nach Jenaer Vorbild, mit einem Praxissemester ein. Außerdem soll nach unserer Meinung das Lehramtsstudium mehr berufliche Perspektiven bieten als nur den Schuldienst. Nach dem Studium soll an Stelle des Referendariats eine einjährige Berufseingangsphase folgen. Damit wollen wir den jungen Lehrerinnen und Lehrern, eine höhere Anerkennung und bessere Partizipationsmöglichkeiten im Kollegium wie gegenüber den SchülerInnen einräumen. Wir wollen den Austausch mit Lehrkräften aus dem europäischen Ausland und mit fortführenden Bil-

dungseinrichtungen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen dem planmäßigen LehrerInnenmangel an Thüringens Schulen ein Ende bereiten. Mit der Einstellung der tatsächlichen Anzahl benötigter, auch und gerade junger LehrerInnen muss eine möglichst geringe Ausfallquote von Unterrichtsstunden sichergestellt werden.

Schluss mit dem Beamtentum – gleiche Bezahlung für LehrerInnen aller Schulformen

Unser Ziel ist die gleiche Bezahlung aller LehrerInnen – gleich welcher Schulform. Die von der Landesregierung favorisierte verkürzte Ausbildungsdauer für GrundschullehrerInnen widerspricht allen einschlägigen Studien.

Für uns steht fest: alle LehrerInnen sind gleich viel wert und müssen optimal ausgebildet sein. Die Qualität der Ausbildung muss verbessert werden, besonders die Ausbildung von GrundschullehrerInnen muss auf dem gleichen Niveau wie dem anderer Schulformen erfolgen. LehrerInnen müssen unabhängig davon, in welcher Schulform sie unterrichten, gleich entlohnt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen den Beamtenstatus für Lehrende durch ein Dienstrecht ersetzen, das zusätzliches Engagement belohnt und Aufstiegschancen beinhaltet.

Kultur des Hinschauens und Zuhören an den Schulen stärken

In Thüringen arbeiten derzeit gerade einmal 15 SchulpsychologInnen, wovon rein rechnerisch jeder für 60 Schulen zuständig ist. Daraus ergibt sich ein Betreuungsverhältnis weit unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Die nach dem Amoklauf am Erfurter Gutenberg-Gymnasium zusätzlich eingestellten Psychologen sind nach nur einem Jahr wieder entlassen worden. Wir wollen Schulpsychologen und Schulsozialarbeit selbstverständlich in jeder Schule integrieren. Schule ist nicht nur Lern- sondern auch Lebensort. Die Auseinandersetzung mit Gewalt und schwierigen Lebenssituationen, muss insgesamt im Schulalltag mehr Berücksichtigung und Raum finden.

Für ein Recht auf Ausbildung – Ausbildung sichert Zukunft

Unser Berufsausbildungssystem, das von demografischen und konjunkturellen Entwicklungen sowie einzelbetrieblichen Entscheidungen abhängt, ist reformbedürftig. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Schulabgänger, die dies anstreben, einen betrieblichen Ausbildungsplatz bekommen. Dabei halten wir es für notwendig, dass der schulische Anteil an der Berufsbildung nicht reduziert wird und halten am zweiten Berufschultag fest. Denn Ausbildung sichert Zukunft.

Das Land, die Kommunen als Schulträger und die Unternehmen haben die Aufgabe, ein auswahlfähiges Ausbildungsangebot und seine Qualität zu garantieren und die Finanzierung zu sichern. Dazu benötigen wir ein Finanzierungskonzept, das auch die Beteiligung der Unternehmen an den Ausbildungskosten vorsieht. Ausbildungswillige Firmen müssen unterstützt werden, indem die finanzielle Ungerechtigkeit zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben ausgeglichen wird. Wir setzen uns deshalb für eine Ausbildungsplatzumlage ein. Öffentlich geförderte Betriebe müssen ausbilden und eine Übernahme der Ausgebildeten für mindestens ein Jahr gewährleisten. Hier gilt es, die Richtlinie zur Vergabe öffentlicher Fördermittel entsprechend zu überarbeiten.

Im Jahr 2008 haben mehr als 6000 Jugendliche in Thüringen keinen Ausbildungsplatz bekommen und verharrten 10.000 sogenannte AltbewerberInnen in Warteschlangen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erkennen an, dass sich die Ausbildungssituation in den letzten zwei Jahren entspannt hat. Trotzdem klaffen Angebot und Nachfrage nach wie vor auseinander. Unser Ziel ist eine richtige Berufsausbildung für alle Jugendlichen nach der Schule. Deshalb muss vor allem der Übergang von Schule in Ausbildung durch ein Programm ähnlich des bündnisgrünen Vorschlags „DualPlus“ dringend in Thüringen umgesetzt werden. Danach können Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden, flächendeckend in überbetrieblichen Ausbildungsstätten ausgebildet werden. Diese werden gemeinsam von Berufsschulen und Kammern organisiert und von Kammern, Ländern, Arbeitsagentur und Bund finanziert.

Konsequente Benachteiligtenförderung

Die Programme für Benachteiligte sollen Jugendliche zur Ausbildung, zu einem Bildungsabschluss oder in eine Berufstätigkeit führen. Wir fordern die Intensivierung des Förder- und Stützunterrichtes im Rahmen der Ausbildung für individuell benachteiligte oder lernschwache Jugendliche. Dazu gehört die ausreichende Bereitstellung von Geld für nachteilsausgleichende Hilfsmittel bei gleichzeitigem Abbau der damit verbundenen bürokratischen Hürden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass die Voraussetzungen betroffener Jugendlicher individuell berücksichtigt werden und Fördermaßnahmen bis zum Niveau der Behindertenförderung angeboten werden können. Wir treten für die Gleichbehandlung und Chancengleichheit der Geschlechter ein, insbesondere durch die Öffnung entsprechender Berufsbilder.

Die Berufsbildenden Schulen in Thüringen

Die Berufsbildenden Schulen in Thüringen wollen wir zu regionalen Aus- und Weiterbildungszentren ausbauen. Im Interesse der SchülerInnen ist ein enger Kontakt zur örtlichen Wirtschaft erforderlich, selbstverständlich ohne eine finanzielle Abhängigkeit der Schulen zu begründen. Die Schule kann hiervon aber profitieren, indem sie sich zusätzliche Einnahmequellen erschließt. Vorbild hierfür ist Dänemark, wo den Schulen viel größere Gestaltungsmöglichkeiten zugesteht. Dieses Modell wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch in Thüringen umsetzen. Zusätzlicher Freiraum bedeutet aus unserer Sicht dabei auch, dass in verwandten Berufsbildern zumindest im ersten Ausbildungsjahr ein gemeinsamer Unterricht erfolgt, die Jugendlichen also nicht an andere Standorte verschickt werden. Die zunehmende Differenzierung in Fachklassen hat in den letzten Jahren im ländlichen Raum einen „Berufsschul-Tourismus“ entstehen lassen, der aufgrund der teilweise überlangen Fahrtzeiten nachteilig sowohl für die Auszubildenden als auch für die Ausbildungsbetriebe ist.

Sanierungsstau an den Berufsschulen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen stellen fest, dass der Zustand vieler Berufsschulen im Land ihren Aufgaben nicht gerecht wird und teilweise unzumutbar ist. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, mit dem die Träger der Schulen in der Regel überfordert sein. Wir fordern daher die Landesregierung auf, im Sinne eines Zukunftspaktes für Berufsausbildung ein Förderprogramm für die Sanierung von Berufsschulen aufzulegen. Dies muss angemessen ausgestattet und an ökologischen Kriterien orientiert werden.

Thüringens Hochschullandschaft muss grüner werden!

Thüringer Hochschulen sind gut, haben aber auch noch jede Menge Potenzial. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen wollen diese Potenziale aktivieren und ausbauen. Das Land Thüringen hat sich im Zuge des Hochschulpaktes verpflichtet, die Zahl der Studienanfänger auf dem Niveau von 2005 zu halten. Uns geht es um mehr, wir wollen eine hochwertige Hochschullandschaft schaffen, die für Studierende aus allen Bundesländern und aus aller Welt so attraktiv ist, dass sie sich bewusst dafür entscheiden, nach Thüringen zu kommen. Der so genannte Thüringer Hochschulpakt hat Stellenstreichungen und Kürzungen ausgelöst. In der Folge hat sich das Betreuungsverhältnis verschlechtert. Seminare und Hörsäle sind häufig überfüllt und die Qualität der Lehre sinkt. Wir wollen den „Hochschulpakt“ durch einen fairen Vertrag ersetzen, der die steigenden Studierendenzahlen und die Inflationsrate auffängt. Die Kürzungspolitik des Landes hat weiterhin dazu geführt, dass Studentenbeiträge, Mensapreise und Wohnheimmieten gestiegen sind und sich die soziale Betreuung deutlich verschlechtert hat. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ergeben sich hieraus eine Reihe von Konsequenzen.

Die soziale Herkunft darf nicht über den Hochschulzugang entscheiden! Standortvorteil: Gebührenfreiheit!

Mit gerade einmal 37 Prozent liegt die Studienanfängerquote in Deutschland spürbar unter dem politisch gewünschten Ziel von 40

Prozent und sehr deutlich unter dem Durchschnitt der OECD Staaten, der etwa 54 Prozent beträgt. Unser Ziel ist es, in Thüringen mehr Menschen zum Hochschulstudium zu befähigen und zu bewegen. Wir nehmen nicht hin, dass Kinder aus Familien mit geringem Einkommen, oder aus so genannten bildungsfernen Schichten, deutlich seltener die Chance zum Studieren haben. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen ist daher klar, dass wir weder Studiengebühren noch Verwaltungsgebühren akzeptieren können. Mit uns in Verantwortung wird es diese nicht länger geben.

Auch im Bereich der Studienfinanzierung gibt es Handlungsbedarf. Viele Studierende müssen neben dem Studium einen oder mehrere Nebenjobs haben, um ihren Lebensunterhalt finanzieren zu können. Durch die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge wurde die Situation der Studierenden drastisch verschärft. Die neuen Studiengänge lassen häufig weder Zeit für einen Nebenjob, noch für soziales oder politisches Engagement. Besonders hart trifft es zudem Studierende mit Kind/ern. Diese wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN besonders unterstützen und Rahmenbedingungen bieten, die Studieren und Kindererziehung vereinbar machen. Wir wollen die Ausbildungsförderung reformieren. Ziel ist es, berechnete Studierende elternunabhängig zu fördern.

Das Thüringer Studentenwerk stärken

Das Studentenwerk Thüringen trägt durch seine sozialen Programme und die zahlreichen Beratungsleistungen maßgeblich zur Verbesserung der sozialen Lage der Thüringer Studierenden bei. Zu einem erfolgreichen Marketing des Hochschulstandorts Thüringen gehören neben hervorragenden Hochschulen auch exzellente Lebensbedingungen für Studierende. Es reicht nicht, wenn das Land den Hochschulen für jede(n) StudienanfängerIn einen gewissen Betrag aus Landesmitteln zahlt, auch das Studentenwerk Thüringen muss hierbei berücksichtigt werden, um seine sozialen Aufgaben wahr nehmen zu können. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen fordern die Lan-

desregierung daher auf, das Studentenwerk Thüringen als integralen Bestandteil einer Strategie zum Erreichen der Ziele im Hochschulpakt 2020 anzuerkennen und in das Thüringer Programm zur Umsetzung des Hochschulpakts 2020 aufzunehmen.

Einführung eines Landesstipendiums

Ein wichtiger Schritt um die Logik der Formel „Herkunft = Zukunft“ zu durchbrechen liegt für uns darin, ein Landesstipendium einzuführen, welches besonders engagierte Studierende fördert. Auf der einen Seite soll Thüringen durch ein solches Stipendium für besonders gute Studierende attraktiver werden, auf der anderen Seite sollen mit einem Thüringer Landesstipendium auch insbesondere solche Studierenden gefördert werden, die sich durch besonderes soziales Engagement hervorgetan haben. Ein solches Stipendium soll deutlich über dem BAföG-Höchstsatz liegen und das ganze Studium lang gezahlt werden können.

Eckpunkte für einen grünen Campus Thüringen

Studium und Kinder müssen vereinbar sein. In der 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks wird festgestellt, dass gerade einmal 9 Prozent der Studierenden ihren Kinderwunsch während des Studiums realisieren. Es gibt für studierende Eltern keine Verlängerung der Regelstudienzeit, ungeachtet ihrer besonderen Lebenssituation. Um ihre Situation zu verbessern fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Erbringung von Studienleistungen analog zur Elternzeit gesetzlich zu regeln. Wir fordern eine Teilnahme der Hochschulen am Audit „Familiengerechte Hochschule“.

Ausländische Studierende müssen besser integriert werden. Ein Aufenthalt ist sowohl für Thüringer Studierende im Ausland, als auch für ausländische Studierende in Thüringen ein komplexes Unterfangen und erfordert eine intensive Unterstützung. Noch immer ist diese Betreuung nicht ausreichend professionalisiert und basiert auf dem freiwilligen Engagement von Studierenden und Lehrenden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die Landesregierung daher auf, die Betreuungssituation

ausländischer Studierender an den Thüringer Hochschulen zu verbessern. Projekte wie das OPSIS-Programm in Jena oder „Fremde werden Freunde“ in Erfurt leisten einen wichtigen Beitrag zur Integration ausländischer Studierender und müssen mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden.

Energieeffiziente Hochschulen und Wohnheime gehören zur echten ökologischen Erneuerung Thüringens. Hier fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen von der Landesregierung ein stärkeres Engagement und zudem eine Abrechnung mit den Nutzern nach tatsächlichem Verbrauch, um Energiesparen attraktiv zu machen.

Der größte Teil der Studierenden ist auf Mobilität innerhalb Thüringens angewiesen um aktiv am kulturellen und sozialen Leben teilzunehmen. Für uns reicht es nicht, dass dieses kulturelle Leben auf die drei Städte Jena-Weimar-Erfurt beschränkt ist. Um allen Studierenden eine Teilhabe am kulturellen Leben überall in Thüringen zu ermöglichen fordern BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen die Einführung eines Thüringenweiten Studententickets, welches die kostenlose Benutzung des öffentlichen Nahverkehrs ermöglicht und zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel ermutigt.

Hochschulen als Orte der Demokratie stärken

Studierende müssen selbstverständlich an den Hochschulen mitbestimmen. Gleiches gilt für die Hochschulgremien und die Vertretungen gegenüber dem Land. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine weitere Demokratisierung der Hochschulen. Wir sehen darin auch die Chance zu Qualitäts-Controlling von Lehre, Forschung und Studienbedingungen. Studierende als „Kunden“ von Bildungsleistungen sind in der Lage, deren Qualität zu prüfen, daher müssen sie auch an den Entscheidungen der Hochschulen und in Fragen der Lehre maßgeblich beteiligt sein. Hochschulen als Orte der Demokratie auszubauen heißt aber auch, dass wir eine politische Diskussionskultur an Universitäten fördern wollen. Wir unterstützen und fördern daher das Engagement politischer Hochschul-

gruppen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, demokratische Diskussionsprozesse in den Gremien der Universität und darüber hinaus abzubilden.

Förderung von Frauen und wissenschaftlichem Nachwuchs

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern einen Frauenanteil von mindestens 50 Prozent bei Neuberufungen, um einen Frauenanteil von 25 Prozent bei Professuren bis 2013 zu erreichen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Qualität der Hochschulausbildung und das Niveau der Forschung auf Dauer sichern. Dazu muss dem Nachwuchs frühzeitig eine verlässliche Perspektive als WissenschaftlerIn eröffnet werden. Gegenwärtig wird die erste feste Stelle an der Universität durchschnittlich erst jenseits des vierzigsten Lebensjahres angetreten. Das trifft insbesondere Frauen, die auf diesem überlangen Qualifikationsweg häufig ausscheiden. Wir wollen die Universitäten dabei unterstützen, ein hinsichtlich Lehre und Forschung geschlechter- und generationengerechtes sowie bedarfsorientiertes Personaltableau zu entwickeln. Dabei muss Raum bleiben sowohl für befristete Beschäftigungen, die keine direkte Anschlussperspektive bieten, als auch solche mit kalkulierbarer Anschlussperspektive, etwa Juniorprofessuren mit der Möglichkeit späterer Übernahme in Dauerarbeitsverhältnisse („tenure track“). Unbefristete Arbeitsverhältnisse im wissenschaftlichen Bereich dürfen nicht nur für ProfessorInnen möglich sein.

Erwachsenenbildung

Lernen ist ein lebenslanger Prozess. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für die Sicherung und den Ausbau eines wohnortnahen, pluralen und bezahlbaren Erwachsenenbildungsangebotes ein, um Bildungsbarrieren abzubauen. Wir wollen den Trägerpluralismus in Thüringen erhalten und die Arbeit der Träger planbar machen und auf solide Beine stellen. Dafür muss die Grundfinanzierung der Einrichtungen gesichert werden und gleichzeitig mehr Geld pro Unterrichtsstunde zur Verfügung stehen, um die Qualität der Angebote zu sichern. Streichungen im Bereich der Erwachsenenbildung wie in den letzten Jahren lehnen wir strikt ab.

Die Landkreise und Kommunen als Träger der Volkshochschulen müssen

sich angemessen an deren Finanzierung beteiligen. Neben der allgemeinen und kulturellen Bildung treten wir insbesondere für eine Stärkung der politischen Bildung ein. All das wollen wir mit einem neuen Erwachsenenbildungsgesetz festschreiben. Ein Erwachsenenbildungsgesetz regelt die kontinuierliche Fort- und Weiterbildung von Menschen nach der Ausbildungsphase. Dabei geht es sowohl um den Erwerb beruflicher Fähigkeiten als auch um politische, künstlerische oder soziale Fähigkeiten, Kompetenzen oder Wissensbestandteile.

Umweltbildung – Bildung für nachhaltige Entwicklung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in der Umweltbildung einen hoch innovativen Sektor, der gemäß dem Nachhaltigkeitsgedanken in allen Lebensaltern und Bildungsphasen eine Rolle spielen sollte. Dem Arbeitskreis Umweltbildung (akuth e.V.) wurde vom Landtag die Umsetzung der UN Weltdekade 2005–2014 übertragen. Dieser Verband hat bereits viel erreicht, allerdings fehlt dem akuth e.V. als dem Dachverband der Thüringer Umweltbildungseinrichtungen die Grundfinanzierung durch das Land. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein Prozent aus jedem Einzeletat des Landes in Bildung für Nachhaltigkeit und Entwicklung fließen lassen, um diesem wichtigen Querschnittsthema dauerhaft gerecht zu werden.

Für ein Bildungsfreistellungsgesetz

Das Recht auf Bildungsurlaub ist ein Instrument zur Förderung lebenslangen Lernens. Mit einem Bildungsfreistellungsgesetz für Thüringen nehmen wir eine Tradition auf, die in Deutschland wie in etlichen anderen europäischen Ländern Alltag ist und zu guten Ergebnissen führt. Bildungsurlaubsgesetze gibt es heute in allen Bundesländern außer Bayern, Sachsen und Thüringen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen fordern ein Bildungsfreistellungsgesetz für Thüringen, welches allen ArbeitnehmerInnen fünf Tage im Jahr, eine bezahlte Freistellung zur individuellen, politischen und/oder beruflichen Bildung ermöglicht. Eine ähnliche Regelung muss auch für alle gefunden werden, die nicht in abhängiger Arbeit stehen.

Kultur schafft Werte

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine Kulturpolitik, die Einwohnern und Besuchern zugute kommt. Für uns hat Kultur einen gesellschaftlichen Wert, der sich nicht nur in betriebswirtschaftlichen Zahlen ausdrücken kann. Kultur vermittelt Erlebnisse und Bildungserfahrungen, schafft Geselligkeit und führt Menschen zusammen. Kulturarbeit ist an vielen Orten auch soziale Arbeit, gerade in den Bereichen der Jugendarbeit und der Prävention. Sie schafft und braucht Freiraum und ist auch ein wichtiger Standortfaktor. Wir wollen mit unserer Politik auch die Arbeit der vielen freischaffenden KünstlerInnen und der ehrenamtlich kulturell engagierten Menschen in den Mittelpunkt rücken.

Kulturfinanzierung

Der Zugang zu Kultur muss für alle möglich sein. Gerade angesichts der zunehmenden Ökonomisierung und Privatisierung öffentlicher Infrastrukturen sind die Zugänge zu Kultur offen zu halten. Hier zu sparen bringt keinen haushaltspolitischen Vorteil, dass Investition in Kultur keine Investition in ein Luxusgut ist, machen die vielen sozio-kulturellen und Bildungsprojekte deutlich.

Wir werden in den kommenden Jahren in Thüringen die Handlungsmöglichkeiten der Kommunen im Bereich der freiwilligen Leistungen eher stärken müssen. Dies kann auch durch gesonderte Finanzzuweisungen erfolgen. Andererseits ist für uns auch eine Einbeziehung der Kulturarbeit in den Kreis der Pflichten einer Kommune vorstellbar, die sie für ihre EinwohnerInnen wahrzunehmen hat.

Thüringen braucht ein Klima der Veränderung. Schon im nächsten Jahr muss nachhaltig in die Kultur investiert werden, sonst bricht das „Bauwerk“, das im Moment noch durch Tarifrückungen und Überstunden aufrecht erhalten wird, spätestens 2012 in sich zusammen. Der Kulturetat muss auf das Niveau des Jahres 2000 heraufgesetzt werden. Das heißt konkret 30 Mio. Euro zusätzlich für die Kultur. Bei einem Landeshaushalt von über 9 Milliarden Euro muss das möglich sein.

Kultur für Kinder und Jugendliche

Vor allem Kinder und Jugendliche brauchen öffentliche Räume, in denen sie ihre Kreativität entfalten können. An Musikschulen, in Jugendzentren, in freien Theater- oder Tanzprojekten usw. können neue Welten entdeckt werden. Hier können Toleranz und Weltoffenheit, Respekt für andere, Teamgeist und Solidarität praktisch erlebt und gelernt werden. Dass sich jeder Mensch kulturell entfalten kann, ist eine wichtige Voraussetzung für eine demokratische Gesellschaft, gerade auch in Zeiten der Globalisierung. Alle Kinder brauchen Möglichkeiten, um ihre Talente auch außerhalb der Schule zu entdecken und frei zu entfalten. Die Zugänge zu Kunst und Kultur müssen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern gestaltet sein. Ein Freizeitgutschein, der Kindern den regelmäßigen Besuch von Musik- und Mal-schulen oder kulturellen Veranstaltungen ermöglicht, wäre dafür eine gute Möglichkeit. Wir unterstützen Initiativen, die jedes Kind mit einem Musikinstrument ausstatten und ihnen Musikunterricht ermöglichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind für die stärkere Verankerung von kultureller Bildung in den Lehrplänen und eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Schulen und kulturellen Trägern sowie freischaffenden KünstlerInnen.

Kultur zum Erhalt der Geschichte des Landes

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Geschichte des Landes bewusst machen. Dazu gehört eine Unterstützung der Thüringer Museen, Theater, Bibliotheken und der Kulturvereine. Dies wäre mit einer Erhöhung des Kulturetats machbar.

Museen

Bei den Museen jedoch muss berücksichtigt werden, dass sie sich überwiegend in kommunaler Trägerschaft befinden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN können sich ein Landesprogramm zur Stärkung der museumspädagogischen Arbeit vorstellen und ein Programm, das die Beschäftigung junger Menschen in Museen fördert, um dort die Altersstruktur ausgewogener gestalten zu können.

Theater

Derzeit können die Theater und Orchester die anstehenden Tarifierhöhungen selbst nicht kompensieren, ohne das Angebot einschränken zu müssen. Dabei ergibt sich der Umstand, dass es keine einheitliche Tariflösung für die Theater und Orchester in Thüringen gibt, sondern die einzelnen Häuser jeweils einzelne, dabei mitunter von einander abweichende, Lösungen suchen. Thüringen braucht ein Klima der Veränderung.

Musik- und Kunstschulen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein Musik- und Kunstschulgesetz für Thüringen um für die staatlichen Zuwendungen einen klaren gesetzlichen Rahmen zu schaffen. Mit einem spezifischen Gesetz wird den Institutionen eine Bestandssicherheit außerhalb der Zufälligkeiten der regelmäßigen Haushaltsgesetze gegeben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden eine solche Gesetzesinitiative unterstützen.

Bibliotheken

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten das bestehende Bibliotheksgesetz für dringend verbesserungswürdig. Es fehlen klare Regelungen zur finanziellen Beteiligung des Landes an den Bibliotheken, ebenso zum Bestandsschutz der Bibliotheken. Wir haben seit 1990 fast drei Viertel aller öffentlichen Bibliotheken im Freistaat verloren und diese Tendenz dauert an. Für uns steht fest, dass wir öffentliche Bibliotheken brauchen und zwar flächendeckend. Jedem Menschen in Thüringen muss ein Zugang zu einer Bibliothek in seiner Nähe möglich sein. Für den Freistaat sehen wir hier die Aufgabe, den Kommunen finanzielle Handlungsmöglichkeiten zu schaffen. Das Land selbst sollte sich am Bestandsausbau beteiligen. Hierfür gibt es die Idee, pro Jahr einen Euro pro EinwohnerIn für Büchereien aufzubringen. Der Freistaat könnte sich daran mit 50 Cent pro EinwohnerIn beteiligen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen diese Idee in der Landespolitik umsetzen.

Kultur für Land und Stadt

Kultur hat an sich einen Wert, unabhängig davon, ob sie sich vermarkten lässt. Sie kann die Identität einer Region stärken und dafür sorgen, dass sich Unternehmen dort ansiedeln, weil sich deren Mitarbeiter ein reiches kulturelles Angebot wünschen. Kultur ist de facto ein Wirtschaftsfaktor, auch für den Tourismus.

Das gilt gerade auch für ländliche Regionen. Dörfer und ländliche Gegenden dürfen nicht kulturell veröden. Öffentliche kulturelle Räume sind dort allerdings massiv bedroht. In vielen Orten sind Jugendhäuser, Theater und Kinos immer wieder gefährdet. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass in schrumpfenden Regionen das kulturelle Angebot erhalten bleibt. Wir kämpfen dafür, dass kulturelle Angebote für die sinkende Bevölkerung bereitgestellt werden, auch über mobile Formen. Wir wollen, dass wichtige Kultureinrichtungen für alle gut zu erreichen bleiben, denn eine lebenswerte Wohnumgebung ist auch auf eine gute kulturelle Infrastruktur angewiesen.

Leben von der Kultur, Leben für die Kultur

Künstler und Kreative bilden das Fundament unseres Kulturlebens. Sie regen Innovationen an und machen uns kritisch auf gesellschaftliche Schief lagen aufmerksam. Ihre Existenzbedingungen gilt es zu sichern, durch den langfristigen Erhalt der Künstlersozialkasse, durch Nachbesserungen bei Hartz IV und durch den Abbau bürokratischer Hürden für freiberufliche Künstler. Erleichtert werden muss auch das zivilgesellschaftliche und gemeinnützige Engagement im Kulturbereich. Es muss ein Umfeld geschaffen werden, das anregend und kulturfreundlich ist.

Kultur ist ein Wert an sich. Zugleich ist in der Wissensgesellschaft auch die Wirtschaft mehr denn je auf kreative Ideen von Künstlerinnen und Künstlern angewiesen. Die wirtschaftliche Bedeutung kreativer Unternehmen wird immer größer. Der „1. Kulturwirtschaftsbericht Thü-

ringen“ zeigt das immense Potenzial, das die Kulturwirtschaft für das Land birgt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass die Rahmenbedingungen insbesondere für die kleinen Kulturunternehmen systematisch verbessert werden.

Soziale Gerechtigkeit für alle

Unsere Gesellschaft verändert sich stetig. Globalisierung, demografischer Wandel, Individualisierung und Massenerwerbslosigkeit stellen unsere sozialen Systeme immer wieder auf den Prüfstand. Nur was sich verändert, kann bestehen bleiben. Deshalb heißt soziale Gerechtigkeit für uns zuallererst Chancengerechtigkeit. Sie setzt auf das Mit-tun aller und auf gesellschaftliche Solidarität. Starke Schultern können auch mehr tragen und Schwächere müssen selbstverständlich Unterstützung erfahren. Eckpfeiler unserer Sozialpolitik sind die Begriffe Nachhaltigkeit, Teilhabe-, Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit. Auf dieser Basis ist ein Leben in Würde und Selbstbestimmung für alle Menschen in Thüringen möglich.

Aufbruch in der Arbeitsmarktpolitik

Die Integration in den Arbeitsmarkt ist für uns eine wesentliche Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe und nachhaltige Verhinderung von Armut. Bis zu einem Viertel aller arbeitsfähigen Menschen sind in den verschiedenen Regionen Thüringens ohne Arbeit. In Thüringen werden bundesweit die niedrigsten Löhne gezahlt. Für uns bedeutet eine aktive Arbeitsmarktpolitik des Landes, dass Frauen und Männer wieder existenzsichernde Arbeit finden können. Menschen müssen von ihrer Arbeit nicht nur leben, sondern ihr Leben auch gestalten können. Wir stehen für gute Arbeit und faire Löhne.

Mit einem allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von wenigstens 7,50 Euro je Stunde wollen wir sicherstellen, dass man von seiner Arbeit auch leben kann. Höhere Mindestlöhne in einzelnen Branchen bleiben hiervon unberührt. Ein gesetzlicher Mindestlohn ist zudem ein wichtiger Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit, weil

vor allem Frauen von Niedriglöhnen betroffen sind. Der gesetzliche Mindestlohn wird jährlich überprüft und gegebenenfalls bei steigenden Lebenshaltungskosten angepasst. Eine Mindestlohn-Kommission nach britischem Vorbild ist für die generelle Lohnuntergrenze verantwortlich und soll auch dann entscheiden, wenn die Tarifparteien in den Branchen nicht stark genug sind, um faire Mindestlöhne durchzusetzen. Die Kommission – bestehend aus Arbeitgebern, Gewerkschaften und Wissenschaft – erarbeitet Vorschläge, die anschließend von der Bundesregierung umgesetzt werden. So wird die Höhe der Mindestlöhne nicht zum Spielball politischer Mehrheiten. Damit verhindern wir Lohndumping, legen so eine Grundlage für Standards bei der Vergabe öffentlicher Aufträge und konzentrieren den Wettbewerb zwischen den Unternehmen wieder auf Qualität. Wir wollen zudem das Tariftreuegesetz im Rahmen der europarechtlichen Möglichkeiten reformieren. Wir stehen für die Einhaltung geltender Tarifverträge. Wir wollen, dass Firmen entsprechend Ausbildungsplätze für Jugendliche anbieten, Frauen gezielt fördern und Menschen mit Behinderungen beschäftigen. Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit für Männer und Frauen muss selbstverständlich werden. Die Integration von MigrantInnen in den Arbeitsmarkt werden wir durch gezielte Programme fördern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden die bestehenden Ausbildungs- und Arbeitsmarktprogramme des Landes evaluieren und neu strukturieren, um spezielle Zielgruppenförderung zu ermöglichen und mehr Transparenz herzustellen. Die Programme sollen insbesondere in Abstimmung mit den Kommunen erfolgen und die des Bundes ergänzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Arbeitsmarktpolitik, die Anforderungen der regionalen ArbeitgeberInnen mit den Fähigkeiten der ansässigen Erwerbslosen verknüpft. Eine dezentrale Struktur mit kommunaler Verantwortung ist die Voraussetzung dafür, dass eine individuelle und nachhaltige Vermittlung in Arbeit stattfindet.

Wir werden uns weiter dafür einsetzen, dass eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung von Bundesagentur und Kommunen bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende und der Fortbestand des Optionsmodells im Eichsfeld und in Jena gesichert werden.

Mit einem neuen Programm wollen wir dauerhaft öffentlich geförderte Beschäftigung mit sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen schaffen, um Menschen, die keine Beschäftigungschance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben, eine langfristige tariflich entlohnte Beschäftigungsperspektive zu geben. Die Beschäftigung soll zusätzlich, gemeinwohlorientiert und nicht wettbewerbsverzerrend sein. Mittel der Bundesagentur für Arbeit, Transferleistungen der Kommunen und Landesgelder unter Nutzung von ESF-Mitteln sollen dazu verwendet werden.

Armut und Ausgrenzung verhindern

Nicht erst der letzte Sozialbericht der Landesregierung hat gezeigt, dass mittlerweile vor allem Frauen und Männer, die mit Kindern leben, von Armut bedroht sind. Hinzu kommt die zunehmende Altersarmut, die insbesondere Frauen trifft. Die Angst vor dem sozialen Abstieg ist längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Das Ziel unserer Politik ist es, diese Armut zu bekämpfen und zu verhindern. Der wichtigste Schutz vor Armut ist die Erwerbstätigkeit und eine gerechte Bezahlung. Die Regelsätze von Hartz IV reichen zur Deckung des soziokulturellen Existenzminimums gerade für Familien nicht aus und müssen auf 420 Euro für Erwachsene erhöht werden. Dafür werden wir uns weiterhin einsetzen.

Das Armutsrisiko von Kindern- und Jugendlichen in Deutschland ist seit Ende der 90er Jahre drastisch gestiegen. In Erfurt und Gera gelten jeweils mehr als 30 Prozent der Kinder und Jugendlichen als arm. In Gera sind es heute schon mehr als 38 Prozent der Kinder, eine Zahl, die im Zuge der Wirtschaftskrise noch weiter ansteigen wird. Um ihnen und ihren Familien zu helfen, brauchen wir materielle Hilfen und die Bereitstellung einer flächendeckenden und für alle zugäng-

liche Infrastruktur für Bildung, Erziehung und Betreuung. Oberstes Ziel dabei muss es sein, Ausgrenzung in allen Lebenslagen zu verhindern. Schwierige Lebenslagen und eingeschränkte Ressourcen dürfen nicht dazu führen, dass Kinder den gesellschaftlichen Anschluss verpassen. Kinder sind eigenständige Bürgerinnen und Bürger und brauchen eigenständige Entwicklungsmöglichkeiten, unabhängig von der Einkommenssituation und dem Bildungsstand der Eltern. Wir brauchen das ABC zur Beseitigung von Kinderarmut: Angebote, Bildung, Chancengleichheit. Dieses ABC stellt das Kind in den Mittelpunkt. Deshalb wollen wir die Kinder- und Jugendarbeit vor Ort stärken, der kulturellen Armut entgegenwirken, Kindertagestätten und Schulen zu soziokulturellen Knotenpunkten ausbauen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf stärken. Wir wollen eine eigenständige und bedingungslose Kindergrundsicherung für alle Kinder einführen. Sie soll das soziokulturelle Existenzminimum und Freibeträge für Erziehung und Betreuung umfassen, sofern diese Leistungen nicht öffentlich kostenfrei bereitgestellt werden. Die Eltern müssen diese Kindergrundsicherung versteuern. Bei den Regelungen zur Besteuerung der Einkommen aus der Kindergrundsicherung müssen die Familiengröße ebenso berücksichtigt werden, wie Fragen des Unterhaltes. Mit dieser Leistung werden sämtliche Kinder unterstützt, unabhängig davon, ob ihre Eltern verheiratet sind oder nicht oder allein erziehend. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden das Programm „Soziale Stadt“ erneuern und damit strukturelle und partizipative Prozesse in Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf fördern. Wir wollen Landesmittel für Menschen in sozialen Notlagen bereitstellen, die Präventionsarbeit in sozialen Brennpunkten fördern und die Finanzierung der Schuldnerberatung sicherstellen. Wir wollen die soziale Infrastruktur Thüringens durch den verantwortungsvollen Einsatz von Landesmitteln zukunftsfest gestalten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werben für eine neue Definition von sogenannten freiwilligen Leistungen. Für uns ist das Vorhalten sozialer Infrastruktur eine Investition und Pflichtaufgabe. Wir streben einen fundierten Sozialplanungsprozess in Thüringen an, der Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften einbezieht.

Den demografischen Wandel als Chance begreifen

Wir werden älter und weniger. Der Anteil älterer Menschen steigt stetig. Gleichzeitig nimmt die Gesamtbevölkerung ab. Die gerechte und nachhaltige Gestaltung des demografischen Wandels ist deshalb eine wesentliche Herausforderung an Politik und Gesellschaft, gerade in Thüringen. Wir wollen diesen Prozess gemeinsam mit den BürgerInnen gestalten und Beteiligungsrechte und das bürgerschaftliche Engagement stärken.

Die anhaltende Abwanderung junger, gut ausgebildeter Menschen, ist eine besondere Schwierigkeit für die Gesellschaft und die Wirtschaft in Thüringen. Dabei ist es für junge Leute durchaus eine Bereicherung, zur Ausbildung oder zum Sammeln beruflicher Erfahrungen „in die Fremde zu gehen“ und über den Tellerrand zu schauen.

Wir wollen Thüringen als Lebens- und Arbeitsraum so attraktiv machen, dass junge Menschen hier bleiben können, wiederkommen oder auch neu in Deutschlands Mitte kommen. Nur so können wir auch die bereits entstandene Lücke bei Fachkräften und Hochqualifizierten schließen. Voraussetzung ist aber, dass wir echte Perspektiven bieten, die existenzsichernd sind.

Gleichzeitig können und müssen Erfahrungen und Engagement vieler älterer MitbürgerInnen stärker genutzt werden. Eine alternde Gesellschaft kann nur innovativ bleiben, wenn sie das Erfahrungswissen Älterer für technologische und wissenschaftliche Innovationen und für gesellschaftliche Erneuerungsprozesse nutzbar macht. Wir brauchen eine Kultur der Altersarbeit, für alle, die so weiter mitwirken wollen oder können. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Älteren frühzeitig aus dem Arbeitsprozess gedrängt werden. Daher wollen wir flexiblere Übergänge zwischen Erwerbsarbeit und Ruhestand sowie Lösungen, wie Ältere an den gesellschaftlichen Aufgaben auch nach dem Erwerbsleben teilhaben können. Wichtig ist uns jedoch auch, das Bedürfnis nach Ruhe und Würde am Lebensabend zu respektieren und sicher zu stellen.

Viele hochqualifizierte Frauen verlassen Thüringen, weil ihnen hier die Perspektive fehlt. Damit gehen uns Kreativität, Wachstum und Be-

schäftigung verloren. Wir wollen Frauen vielversprechende Perspektiven und faire Chancen im ostdeutschen Wirtschafts- und Wissenschaftssystem bieten, damit sie kommen bzw. bleiben.

Mehr Fachkräfte sind eine Entwicklungsvoraussetzung für Unternehmen. Den Wettbewerb um die klügsten Köpfe entscheiden häufig nicht nur der Arbeitsvertrag, sondern die Qualität Kindertagesstätten oder Schulen und das kulturelle Angebot des Ortes, an dem das Unternehmen angesiedelt ist. Auch Thüringen hat hier einiges zu bieten. Ein gutes Angebot an frühkindlicher Bildung in den Kindertagesstätten wird von einer vielfältigen und historisch gewachsenen Kulturlandschaft ergänzt. Thüringen hat bei den weichen Standortfaktoren aber auch Defizite. Zuwanderer werden abgeschreckt, wenn rechts-extreme Gewalt im Osten Alltag zu sein scheint.

Aufgrund der demografischen Entwicklung muss Thüringen sich den Bedürfnissen einer älter werdenden Gesellschaft stellen. Dies verlangt von uns allen ein Umdenken in allen Bereichen, angefangen von der Arbeitswelt, über neue Dienstleistungsangebote bis hin zur Stadtgestaltung. Hier wächst der Markt für haushaltsnahe Dienstleistungsunternehmen mit vielen neuen Beschäftigungsmöglichkeiten. Insbesondere in der Gesundheitswirtschaft bieten sich Thüringen besondere Chancen für neue und zukunftsträchtige Arbeitsplätze, die fair bezahlt und sozialversicherungsrechtlich abgesichert sein müssen. Die Infrastruktur in Thüringer Städten und Gemeinden muss dem demografischen Wandel gerecht werden.

Menschen mit Behinderung – selbst bestimmt statt ausgegrenzt

Wir wollen Menschen mit Behinderungen die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglichen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden das Behindertengleichstellungsgesetz novellieren, um die nach wie vor bestehenden Barrieren für eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe zu beseitigen. Die Regelungen zur Barrierefreiheit auf Landesebene sollen auf die kommunale Ebene übertragen werden.

Wir setzen uns gemeinsam mit den Verbänden für ein Landesgleichstellungsgesetz ein, das seinen Namen auch verdient. Wir wollen die Thüringer Gemeindeordnung dahingehend ändern, dass in den Kommunen Behindertenräte oder Behindertenbeauftragte wirken werden, die auch Mitspracherechte haben. Die bisherigen Aufgaben und Kompetenzen des Landesbehindertenbeauftragten wollen wir überprüfen und seine Funktion als engagierte Interessensvertretung stärken.

Es ist notwendig, dass alle Hilfemaßnahmen für Menschen mit Behinderungen am individuellen Bedarf ausgerichtet werden. Menschen mit Behinderungen sollen, wenn sie es wollen, in ihrer gewohnten Umgebung bleiben können, für uns gilt die Maxime „ambulant vor stationär“. Wir wollen auf eine einheitliche Zuständigkeit in der Eingliederungshilfe hinarbeiten. Kinder mit Behinderung müssen gemeinsam mit nicht behinderten Kindern aufwachsen und selbstverständlich in Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen sowie in der Ausbildung gemeinsam lernen. Die Angebote der Frühförderung wollen wir bedarfsgerecht ausgestalten und die bereits für Kindergartenkinder mit Behinderung bestehende Integrationsleistung künftig auf solche unter drei Jahren ausweiten.

Die Integration in Kindertagesstätten, Schulen sowie außerschulischen Betreuungseinrichtungen benötigt eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Institutionen. Damit die Integration in der Schule gewährleistet wird, werden wir Eltern dabei unterstützen, bestehende Ansprüche auf Integrationsassistenzen einzufordern.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen verstärkt Arbeitsmöglichkeiten für Erwachsene und Jugendliche mit Behinderung auch außerhalb von Werkstätten. Wir machen uns für die Einrichtung einer zentralen Vermittlungsagentur stark, die gezielt Menschen mit Behinderungen in Berufe ihrer Qualifikation vermittelt. Damit behinderte Jugendliche mehr Chancen auf Ausbildung und Erwerbstätigkeit erhalten, werden wir Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen absichern.

Prävention stärken, Gesundheit fördern, Versorgung sichern

Für uns steht der Mensch im Mittelpunkt des Gesundheitswesens, egal ob als PatientIn oder MitarbeiterIn. Über die Stärkung der Verbraucherrechte wollen wir eine umfassende und vielseitige Versorgung sichern.

Vorrangige Ziele unserer Gesundheitspolitik sind die Förderung der Gesundheit und die Prävention von Krankheiten. Die Gesundheit der Menschen soll erhalten und ihre Selbstverantwortung gestärkt werden. Von diesem Konzept müssen alle Generationen profitieren. Wir wollen insbesondere Kinder und Jugendliche kompetenter machen und ihre Eigenverantwortung fördern. Dies beginnt in Kindergarten und Schule, um Kinder und Jugendliche zu mehr gesundheitlicher Selbstbestimmung zu befähigen. Wir stehen für die Einführung eines Unterrichtsfachs Gesundheits-erziehung. Die Vermittlung von Gesundheits- und Ernährungs-kompetenzen und ausreichende Bewegungsangebote müssen fester Bestandteil schulischer und vorschulischer Bildung sowie in Aus- und Fortbildung des pädagogischen Personals werden.

Zur Information aller wollen wir zudem eine klare und leicht verständliche Lebensmittelkennzeichnung, zum Beispiel in Form einer Ampel. Die an Kinder gerichtete Werbung für so genannte Kinderlebensmittel, Schokoriegel und Chips ist dort zu beschränken, wo sie mit irreführenden Aussagen zu gesundheitsgefährdenden Verhaltensweisen verlockt. Mit dem Schlagwort „schlank ist schön“ wird häufig so großer Druck auf viele Menschen ausgeübt, dass diese krank werden. Essstörungen prägen den Alltag vieler Mädchen und hinterlassen oft bleibende körperliche Schäden. Auch junge Männer sind längst vom körperlichen Normierungswahn erfasst. Wir wollen einen entspannten und selbstbestimmten Umgang mit dem eigenen Körper, dem Aussehen und dem Alter. Wir sind davon überzeugt, dass viele der häufigsten so genannten Zivilisationskrankheiten sowohl somatische als auch psychische Ursachen haben. Zur Prävention und Behandlung dieser komplexen Krankheitsbilder bedarf es gut ausgebildeter Fachkräfte.

Deshalb soll sich die Ausbildung der Gesundheitsberufe ganzheitlich auf den Menschen in seinem Lebensraum konzentrieren. Hierzu wollen wir zum Beispiel die Hochschuldisziplin Umweltmedizin, die sich mit den Auswirkungen von Umweltfaktoren auf die Gesundheit des Menschen auseinandersetzt, deutlich aufwerten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen eine Zweiklassenmedizin ab. Wir wollen ein Gesundheitssystem, das jedem Menschen den gleichen Zugang zu hoch qualifizierten Leistungen sichert.

Wir sind davon überzeugt, dass nach Jahren der Effizienzsteigerungen die Grundlage der Finanzierung des Gesundheitssystems überprüft werden muss. Die überwiegende Speisung der Gesetzlichen Krankenversicherung aus den erwerbsabhängigen Einkommen entspricht nicht mehr der Realität in der Bundesrepublik Deutschland. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN haben hierfür das Konzept einer Bürgerversicherung entwickelt, in die alle gemäß ihrem tatsächlichen Einkommen einbezahlen und bei dem auch Kapitaleinkünfte in die Berechnung einbezogen werden.

Wir setzen uns für ein integriertes Versorgungssystem ein, in dem alle Angebote patientenorientiert zusammenarbeiten, sowohl ambulante, stationäre oder der Rehabilitation dienende. Gerade bei zurückgehenden Einwohnerzahlen muss eine wohnortnahe Versorgung auch im ländlichen Raum sichergestellt werden. Durch Kooperation der verschiedenen Akteure können an den PatientInnen orientierte Gesundheitsdienstleistungen erbracht und regionale Stärken genutzt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen dafür ein, dass die Versorgung der Bevölkerung mit ambulanten und stationären Leistungen eine Aufgabe des Staates ist und bleibt. Da die Marktgesetze von Angebot und Nachfrage im Gesundheitswesen nicht funktionieren, bedarf es auch weiterhin einer Versorgungsplanung. Mit integrierten Versorgungskonzepten soll im ländlichen Raum die medizinische Versorgung gesichert werden, zum Beispiel durch Medizinische Versorgungszentren (MVZ). BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Gründung solcher Medizinischer Versor-

gungszentren unterstützen, indem wir einen revolvingenden Fonds einrichten, der ÄrztInnen zinsgünstige Kredite vergibt, falls diese ein MVZ in Thüringen gründen wollen. Die Kreditzinsen sollen in Gebieten mit einem hohen Bedarf an medizinischer Versorgung geringer sein, als in Gebieten mit ausreichender Versorgung. Hierdurch wollen wir insbesondere die medizinische Versorgung im ländlichen Raum fördern. Die Krankenhausplanung soll eng mit den Kommunen, aber auch landesweit sektorenübergreifend abgestimmt werden. Wir brauchen wohnortnahe Versorgung und mehr Spezialisierung. Die Ermöglichung eines freien Wettbewerbs um die „lukrativsten“ PatientInnen lehnen wir ab.

Der öffentliche Gesundheitsdienst soll sich zur tragenden Säule kommunaler Gesundheitspolitik entwickeln, wobei wir die Planung, Steuerung und Kooperation vor Ort durch klar definierte und messbare Gesundheitsziele effektiv gestalten wollen.

Zudem wollen wir die Auswahlmöglichkeiten über die Art der Behandlung den PatientInnen überlassen und stehen für eine stärkere Anerkennung alternativer Heilmethoden.

Familien fördern

Familie ist für uns GRÜNE überall da, wo Menschen für- und miteinander Verantwortung übernehmen und wo Kinder sind. Familien sind tragende Säulen für die Gesellschaft von heute und morgen, egal ob Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien oder das Zusammenleben mehrerer Generationen. Thüringen muss ein kinder- und familienfreundlicheres Land werden. Beruf und Familie müssen vereinbar sein. Frauen und Männer mit Kindern wieder in Beschäftigung zu bringen, hat positive gesamtwirtschaftliche Effekte. Dazu ist eine quantitative und qualitative Verbesserung der Kinderbetreuungsangebote für Kinder bis zwölf Jahre nötig.

Es benötigt das Engagement der ArbeitgeberInnen, um familienfreundliche Rahmenbedingungen in den Betrieben zu schaffen, angefangen von flexiblen Arbeitszeiten bis hin zur Unterstützung bei der

Kinderbetreuung. Weiterhin müssen ökologische Kinderrechte besser umgesetzt werden. Dazu gehören Schadstoffwerte, die sich an der Verträglichkeit von Kindern orientieren und ein gutes Angebot an gesunden und zugleich bezahlbaren Lebensmitteln.

Kinder stärken

Kinder stehen im Mittelpunkt bündnisgrüner Politik. Sie benötigen Chancengleichheit auf allen Gebieten und eine Politik, die sie als mündige und vollwertige Mitglieder der Gesellschaft akzeptiert. Deshalb machen wir uns für die gesetzliche Verankerung von Mitentscheidungsrechten für Kinder in der Thüringer Verfassung stark und wollen ihre Mitspracherechte erweitern. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen, sie haben Rechte und brauchen Lebensräume, in denen sie gesund aufwachsen und ihre Interessen und Neigungen entfalten können. Unser Ansatz ist es, allen Kindern gleichermaßen den Zugang zu kultureller, sozialer und individueller Bildung zu ermöglichen und ihnen somit die Türen zur Welt zu öffnen.

In Würde alt werden – für eine neue Kultur des Alterns

Unser Ziel ist, dass alle Menschen ein selbst bestimmtes und eigenverantwortliches Leben auch im hohen Alter führen können. Erfreulich viele alte Menschen sind heute bei guter Gesundheit und aktiv. Sie sind mobil und viele verfügen über ein gesichertes Einkommen. Allerdings steigt die Altersarmut, besonders von Frauen, aufgrund hoher Arbeitslosigkeit und unterbrochener Erwerbsbiographien dramatisch. Gleichzeitig wächst die Zahl der auf Unterstützung und Pflege angewiesenen Hochbetagten.

Die besonderen Bedürfnisse älterer Menschen müssen bei der Verkehrsgestaltung, der Stadtplanung, der gesundheitlichen Versorgung, dem Verbraucherschutz und durch das Angebot spezifischer Produkte und Dienstleistungen berücksichtigt werden. Die Vielfalt der älteren Menschen muss sich auch in den Angeboten widerspiegeln. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen dafür sorgen, dass das Land seiner Ver-

antwortung für eine bedarfsgerechte Altenpflege nachkommt und berufsbegleitende Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Pflegekräfte ermöglicht. Zudem werden wir ambulante und teilstationäre Wohn- und Betreuungsangebote für demenzkranke Menschen fördern und vernetzen helfen.

Wir wollen ein Heimgesetz vorlegen, das auch alternative Pflegekonzepte, die psychosoziale Betreuung in Heimen und neue Formen des Wohnens gesetzlich verankert und so ein würdiges Leben im Alter absichert. Mit uns wird die Pflege endlich wieder zum Thema. Wir wollen die nach dem Pflegeweiterentwicklungsgesetz neu einzurichtenden Pflegestützpunkte so gestalten, dass sie unabhängig und bedarfsorientiert, trägerübergreifend und umfassend Pflegebedürftige und ihre Angehörigen beraten und unterstützen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einen flächendeckenden Ausbau von Pflegestützpunkten in Thüringen. Gerade in Gegenden, wo Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge eingeschränkt sind, muss es kurze Wege für notwendige Informationen geben. Diese Pflegestützpunkte sollen von unabhängigen GutachterInnen evaluiert werden. An den bestehenden Pflegestützpunkten in Thüringen halten wir fest. In den Landeseinrichtungen werden wir Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Pflege entwickeln. Dem Wunsch vieler Menschen auf ein selbst bestimmtes und würdevolles Sterben wollen wir durch die Förderung der Hospizbewegung und der Stärkung der palliativmedizinischen Versorgung entsprechen.

Neue Formen bürgerschaftlichen Engagements entwickeln

Ehrenamt und freiwilliges Engagement ist eine Chance für jeden einzelnen sich einzumischen und mit zu gestalten. Freiwilliges Engagement ist nicht nur Hilfe für andere, es bedeutet auch persönliche Weiterentwicklung. Nur wenn möglichst viele Bürgerinnen und Bürger bereit sind, sich aktiv einzumischen und Mitverantwortung zu übernehmen, kann Demokratie lebendig werden. Jedes freiwillige Engagement verdient unsere Unterstützung und Anerkennung.

Wir wollen Beteiligungsinstrumente der direkten Demokratie ausbauen, beispielsweise durch Bürgerhaushalte, bei denen die Bürgerinnen

und Bürger über den Haushalt ihrer Kommune abstimmen. Mit einer verstärkten Unterstützung des Stiftungswesens wollen wir privates und ehrenamtliches Engagement initiieren und ermuntern. Darüber hinaus setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch für eine Stärkung der zivilgesellschaftlichen Infrastruktur und der Partizipation von Jung und Alt ein.

Um den lokalen Diskussionsprozess zu befruchten und Ressourcen zu bündeln, möchten wir in einem Modellprojekt die Ausbildung, Begleitung und Vernetzung von ehrenamtlichen Engagementpaten finanzieren. Engagementpaten sind Freiwilligenagenturen im Kleinen. Als Multiplikatoren unterstützen sie die professionelle Infrastruktur, beraten und motivieren Freiwillige, Initiativen und Vereine. Sie können gerade im ländlichen Raum Netzwerke etablieren, wo es in der Regel zu wenig zivilgesellschaftliche Infrastrukturen gibt.

Jugendarbeit – Vielfalt stärken

Kinderpolitik auf Kinderaughöhe

Kinderpolitik machen wir aus der Sicht der Kinder und auf Kinderaughöhe. Kinder haben das Recht auf Zuwendung und Rücksicht, ein Leben ohne Armut und auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Sie brauchen kompetente Eltern und Zeit mit den Eltern, eine gute Bildung, Erziehung und Betreuung sowie das Recht auf Mitsprache und Beteiligung. Kinder sind eigenständige Persönlichkeiten und brauchen individuelle Unterstützung und Förderung. Wir wollen die Talente aller Mädchen und Jungen fördern. Kinder brauchen nicht nur Familie, sondern eine ganze Gesellschaft, die sich ihrer Verantwortung Kindern gegenüber bewusst ist. Jedes Kind ist uns gleich viel wert. Wir werden in Kinder investieren, ohne ihnen unzulässige Schulden zu hinterlassen. Unser besonderes Augenmerk liegt dabei auf frühzeitigen Hilfen, die gerade die Kinder in schwierigen Lebenslagen auch erreichen. Hier braucht es verlässliche Netzwerke – von der Hebamme über die Kinderärztin über ehrenamtlich Engagierte in der Nachbarschaft bis zur Familienhilfe, die niedrigschwellig erreichbar sein müssen.

Sinnvolle Freizeitangebote unterbreiten – Teilhabe ermöglichen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Angebote der Jugendsozialarbeit, die alle Kinder und Jugendlichen, auch im ländlichen Raum, erreichen und unterstützen. Die Jugend- und Schulsozialarbeit muss in Thüringen dringend ausgebaut und als Pflichtleistung verstanden werden. Sie muss auf Kinder und Jugendliche zugehen und ihnen Zukunftsperspektiven aufzeigen. Dies gilt insbesondere in Regionen, in denen sich der Staat in den letzten Jahren immer mehr zurückgezogen hat und wo Rechtsexterne versuchen vorzudringen.

Ernst gemeinte Teilhabe von Kindern und Jugendlichen bedeutet auch, sie frühzeitig an demokratischen Prozessen zu beteiligen. Wir wollen deshalb die Beteiligungsstrukturen für Kinder und Jugendliche auf Kommunal- und Landesebene ausbauen. Weiterhin stehen wir für eine Absenkung des aktiven Wahlrechts auf 16 Jahre bei allen Wahlen.

Das Erlernen von Musikinstrumenten oder eine sportliche Betätigung dürfen nicht am Geldbeutel der Eltern scheitern. Genauso wie die politische Bildung gehören diese Fähigkeiten zu einer umfänglichen Persönlichkeitsbildung und müssen allen Kindern offen stehen. Zur Umsetzung dieser Ideen schlagen wir die Einführung einer Kinderfreizeitkarte vor.

Kinderrechte ins Grundgesetz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern das Land Thüringen auf, eine Bundesratsinitiative für die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz zu starten. Die Rechtstellung von Kindern muss klargestellt und ihre Rechte auf Förderung und Bildung gestärkt werden. Kinderrechte sind Menschenrechte. Alle Kinder haben das Recht auf Anerkennung und Förderung sowie auf den Schutz dieser Rechte.

Jugendverbandsarbeit stärken

Jugendverbände, Jugendhäuser und Jugendbildungsstätten leisten einen eigenständigen Beitrag zur Bildung. Sie sind wichtige Orte der Selbstbildung und Selbstorganisation in Gruppen und mit Gleichaltrigen. Die Kinder und Jugendlichen sind in den Kinder- und Jugendhilfe-

ausschüssen, welche wichtige Orte der kommunalen Meinungsbildung sind, in entsprechender Weise einzubeziehen.

Die Partnerschaft mit dem Landesjugendring Thüringen und den darin vertretenen Jugendverbänden hat für uns weiterhin einen hohen Stellenwert.

Jugendliches Engagement befördern

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN machen sich für ein gesellschaftliches und politisches Klima stark, das Jugendliche zu freiwilligem Engagement ermutigt und diese in ihrer Arbeit unterstützt. Dies erfordert auch notwendige Freistellungen, die durch Landesgesetze besser abgesichert werden müssen.

Kinder- und Jugendarbeit darf nicht einseitig nur an Randgruppen und Kriminalprävention orientiert sein, sie muss Bildungsauftrag für alle Jugendlichen tatsächlich gerecht werden. Hierfür braucht sie eine angemessene materielle und finanzielle Ausstattung, die Unterstützung der Ehrenamtlichen und genügend Fachkräfte mit entsprechender Qualifizierung. Die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendarbeit ist mit dem Ziel der besseren Vernetzung, auch bürgerschaftlicher Aktivitäten, und der Öffnung von Schule in die Gesellschaft hinein zu intensivieren.

FÜR MEHR DEMOKRATIE IN THÜRINGEN

Mehr Demokratie wagen – Mitbestimmung für alle ermöglichen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine umfassende Beteiligung aller BürgerInnen an den politischen und gesellschaftlichen Entscheidungen auf allen Ebenen. Zu allen Fragen sollen Einwohneranträge und Volksentscheide durchgeführt und die direktdemokratische Willensbildung erfolgen können. Auch Kinder und Jugendliche müssen sich daran beteiligen können. Deshalb gehören wir aktiv dem Träger-

kreis Volksbegehren „Für mehr Demokratie in Thüringer Kommunen“ an. Deren Engagement hat sich Anfang April ausgezahlt. Die Freie Sammlung bleibt nun die Regel und Bürgerbegehren werden nicht in die Amtsstuben verbannt. Weiterhin können endlich auch Jugendliche ab 14 Jahren und ausländische MitbürgerInnen mitentscheiden. Dies ist ein überfälliger Quantensprung für die direkte Demokratie im Freistaat. Das macht Mut und ist ein eindeutiges Zeichen dafür, dass sich Beharrlichkeit im Streiten für direkte Demokratie und Teilhabe auszahlt.

Demokratischer Diskurs an den Bildungseinrichtungen!

An den Schulen und insbesondere an den Hochschulen fördern wir die lebendige und kontroverse Diskussion – innerhalb und außerhalb dieser Bildungseinrichtungen. Das aufgeklärte Potenzial der Hochschulen muss verstärkt mit der Gesellschaft in Kontakt treten.

Politische Bildung ist wichtig!

Wir bemerken eine zunehmende Distanz zwischen BürgerInnen und politischen Entscheidungsträgern. Viele Menschen haben ein unzureichendes Wissen über politische Strukturen und Entscheidungsmechanismen. Wir treten dafür ein, dass Politik transparenter wird, dass weniger hinter verschlossenen Türen entschieden wird und Bürgerinnen und Bürger wieder mehr Kontakt zu den gewählten VertreterInnen und den politischen Institutionen bekommen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind davon überzeugt, dass eine lebendige Demokratie die beste Medizin gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus ist. Politische Bildung tut Not. Hierzu gehört auch, Demokratie praktisch zu leben. In diesem Sinne setzen wir uns für eine starke Förderung des Ehrenamts auch in Form eines Ehrenamtsgesetzes ein.

Bürgerhaushalte

Wir wollen, dass sich noch mehr Kommunen entscheiden, ihre Bürgerinnen und Bürger bei den Haushaltsberatungen zu beteiligen. Nicht nur wenn die Finanz- und Wirtschaftskrise dazu geführt hat, dass die

Kommunen aufgrund z.B. wegbrechender Gewerbesteuereinnahmen ihre Ausgaben auf den Prüfstand stellen müssen, braucht es den Konsens mit der Bürgerschaft. Wir fordern das Land auf, das Förderprogramm über 2009 hinaus zu verstetigen. Die Zusammenarbeit und der Austausch der Bürgerhaushalte durchführenden Kommunen soll unterstützt werden.

Gleichstellung: Keine Frage

Gleichberechtigung der Geschlechter ist nach wie vor ein uneingelöstes Versprechen. Auch in Thüringen hat sich hier in den letzten Jahren nichts in Richtung Gleichstellung bewegt, im Gegenteil. Tradierte Rollenbilder wurden beispielsweise mit der Familienoffensive verstärkt. Ein Gleichstellungsbericht steht nach wie vor aus.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist Geschlechterpolitik ein hartes Politikfeld und Querschnittsaufgabe zugleich. Geschlechtergerechtigkeit muss Grundlage aller Anstrengungen in allen Politikfeldern sein. Gleichberechtigung geht alle an und wir sind davon überzeugt, dass davon Frauen wie Männer profitieren.

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist ein Kernziel grüner Politik. Mit der Frauenquote und der Mindestparität ist unsere Partei einen wichtigen Schritt vorausgegangen. Wir stehen dafür, dass Frauen tatsächlich die Hälfte der Macht und die Hälfte der Verantwortung bekommen.

Eigenständige Existenzsicherung oberstes Gebot

Für ein selbstbestimmtes Leben ist die eigenständige Existenzsicherung unerlässlich. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen weg vom Alleinverdienermodell und stehen für ein Ende der abgeleiteten Ansprüche. Wir streben eine deutliche Steigerung der Frauenerwerbsquote an. Bedingung ist dafür allerdings, dass Frauen für ihre Arbeit auch fair bezahlt werden und von ihrer Arbeit leben können. Insbesondere Armut im Alter wollen wir durch den Aufbau eigener Ansprüche und gute Löhne für gute Arbeit vorbeugen.

Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt

In vielen Bereichen des Arbeitsmarktes halten sich zäh die traditionellen Geschlechterrollen. Dafür gibt es unterschiedliche Ursachen und es gilt, an vielen Stellen umzusteuern. In Thüringen, dem Bundesland mit den niedrigsten Löhnen, trifft es Frauen ganz besonders hart. Erwerbstätige Frauen sind hier mehrfach benachteiligt. Über ein Drittel aller erwerbstätigen Frauen hatten 2007 ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als 700 Euro. Der Anteil der Niedrigstverdienerinnen ist innerhalb eines Jahres um 10 Prozent gestiegen. Nur jede zehnte erwerbstätige Thüringerin verfügt über ein monatliches Nettoeinkommen von mehr als 1500 Euro. Frauen werden zunehmend in prekäre Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt und der Anteil von Frauen bei Neueinstellungen ist 2007 auf nur 28 Prozent gesunken. Beschäftigungszuwächse gab es nur im Teilzeitbereich mit der Folge, dass gerade einmal ein Viertel der Vollzeitstellen in Thüringen mit Frauen besetzt sind. Zusätzlich bekommen Frauen im Schnitt 22 Prozent weniger Lohn für gleichwertige Arbeit als ihre männlichen Kollegen. Hinzu kommt noch das Lohngefälle West-Ost dazu.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein Ende der fortdauernden Lohndiskriminierung. Wir fordern daher einen gesetzlichen Mindestlohn und ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft mit Personalentwicklungsplänen und klaren Zielvorgaben für Einstellung, Qualifizierung und Beurteilung.

Wir werben dafür, dass die öffentliche Auftragsvergabe künftig auch daran gekoppelt werden soll, ob die Unternehmen Gleichstellung praktizieren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern zudem für Aufsichtsräte eine Frauenquote von 40 Prozent. Wir wollen mehr Frauen als Unternehmerinnen gewinnen und stehen für eine spezielle Beratung und Förderung. Der schon jetzt spürbare Fachkräftemangel ist teilweise durch die Unternehmen hausgemacht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

setzen hier auf gut ausgebildete Frauen und wollen Mädchen schon früh an vermeintliche Männerberufe heranzuführen und ihnen in Thüringen lebenswerte Perspektiven bieten.

Vereinbarkeit von Familie und Beruf sicherstellen

Noch immer tragen die Frauen die Hauptlast, wenn sie Beruf und Kinder vereinbaren wollen. Um gleichberechtigt am Erwerbsleben teilhaben zu können, muss die Vereinbarkeit von Kindern und Beruf selbstverständlich möglich sein. Das Leben mit Kindern verdient Unterstützung. Hier gilt es die Verantwortung der Väter einzufordern. Ausgleich geschlechtsspezifischer Nachteile und Schutz vor Gewalt Mädchen und Frauen müssen auch in Thüringen gleichberechtigt an allen gesellschaftlichen und politischen Prozessen teilhaben können. Wir sind für ein Klima der gleichberechtigten Teilhabe und die Stabilisierung und den bedarfsgerechten Ausbau von Mädchenprojekten und Frauenhäusern – sowie –beratungsstellen. Der Schutz vor Gewalt für Frauen und Mädchen muss oberste Priorität haben.

Die Hälfte der Macht!

Seit 90 Jahren gibt es das Frauenwahlrecht. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass Frauen selbst aktive Rollen in Politik und Gesellschaft übernehmen. Noch ist die Zahl von Stadträtinnen und weiblichen Abgeordneten in Thüringen erschreckend gering. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN meinen: „Frauen vor!“ und setzen deshalb auf die Quote und die Unterstützung von Frauen, die selbst aktiv werden wollen. Dazu gehört auch, Sitzungszeiten von Kreistagen und Gemeinderäten familienfreundlicher zu gestalten und generell Angebote für Kinderbetreuung sicherzustellen.

Ob junge oder alte Frauen: Wir stehen für einen selbstbewussten Feminismus für die neue Zeit. Wir wollen einen selbstbestimmten und entspannten Umgang mit dem eigenen Körper, dem Aussehen und dem Alter und verwahren uns gegen den körperbezogenen Normierungswahn.

Lesben und Schwule

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für „gleiche Liebe – gleiche Rechte“ und eine solidarische Gesellschaftspolitik in Thüringen. Eine Anerkennung aller Lebensformen ist Ziel grüner Politik. Mit der Regelung zur Eingetragenen Partnerschaft auf Bundesebene ist gesetzlich ein erster Schritt getan. Wir wollen, dass sich Thüringens Standesämter genauso für Lebenspartnerschaften öffnen wie für traditionelle Eheschließungen. Perspektivisch wollen wir eine Gleichstellung gleichgeschlechtlichen Partnerschaften in allen Bereichen, beim Kindschaftsrecht, bei Adoption- und Sorgerecht, im Miet-, Erb-, Beamten- und Steuerrecht ebenso wie im Ausländerrecht. Hierzu werden wir auch entsprechende Gesetzesinitiativen auf den Weg bringen.

Zusammenleben in Thüringen stärken

Thüringen ist eines der Bundesländer mit der niedrigsten AusländerInnenquote. Dennoch ist es trotz vielfältiger zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte noch immer nicht gelungen, dass sich Menschen mit Migrationshintergrund frei von Angst bewegen können. Offener und versteckter Rassismus sind erschreckend weit verbreitet, wie nicht zuletzt aktuelle Untersuchungen zeigen.

Integration ist keine Einbahnstraße

Die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund ist eine der großen gesellschaftlichen und politischen Herausforderungen in einer globalisierten Welt.

Integration steht für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für einen Austausch mit- und untereinander und für das Lernen voneinander.

Integration verlangt Anstrengungen von allen Seiten. Die enormen Potenziale unserer Einwanderungsgesellschaft sind eine bisher viel zu wenig genutzte Stärke unseres Landes. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine engagierte und partnerschaftlich orientierte Integrationspolitik, die alle hier lebenden Menschen beteiligt. Erfolgreiche Integration setzt voraus, dass alle den Willen und die Bereitschaft zur Verständigung in dieses gemeinsame Projekt ein-

bringen. Das schließt neben den eingewanderten und den hier geborenen AusländerInnen auch Deutsche, Eingebürgerte, Spätausgesiedelte und deren Kinder ein.

Integration verlangt gegenseitigen Respekt

Integration verstehen wir als einen von gegenseitigem Respekt getragenen Prozess der Verständigung. Dessen Ziel ist nicht die unterschiedslose Assimilation der Zugewanderten in die Mehrheitsgesellschaft, sondern das Recht auf die Bewahrung der eigenen kulturellen und religiösen Identität.

Ziel aller Integrationspolitik ist das gleichberechtigte, friedliche Zusammenleben auf der Basis der Verfassung und der Grundwerte unserer Gesellschaft.

Sprache verbindet

Integration heißt aktive Teilnahme und Teilhabe an unserer Gesellschaft. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist dafür eine wichtige Voraussetzung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das Erlernen der deutschen wie der Muttersprache von klein auf unterstützen und in allen weiteren Bildungsbereichen fortführen. Auch für Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus müssen Sprachkurse ohne Sanktionen angeboten werden. Wir möchten zudem auch und gerade Kinder mit Migrationshintergrund von Anfang an auch in die Kindergärten integrieren.

Teilhabe durch gleiche Rechte

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen stehen für gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen und machen sich auch auf Bundesebene für die Abschaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes stark. Wir fordern Bargeldzahlungen statt Gutscheine, lehnen die Residenzpflicht ab und machen für uns für die dezentrale Unterbringung in Wohnungen oder wenigstens wohnungsähnliche Unterbringungen stark. Wir fordern die umgehende Schließung lagerähnlicher Unterkünfte für AsylbewerberInnen wie in Katzhütte oder Gehlberg.

Weiterhin werben wir für das Wahlrecht Eingewanderter, auch wenn sie nicht die deutsche Staatsbürgerschaft haben. Wer seinen Lebensmittelpunkt in einer Thüringer Kommune hat, soll hier auch politisch mitentscheiden können.

Teilhabe durch Einbürgerung

Wir wollen, dass sich mehr Menschen für eine Einbürgerung entscheiden können, weil sie sich mit unserem Land und dieser Gesellschaft identifizieren. Keine demokratische Gesellschaft kann es sich auf Dauer leisten, Teile ihrer Bevölkerung von rechtlicher oder politischer Teilhabe auszuschließen. Wir wollen deshalb diese Menschen über ihre Rechte informieren und unnötige Hürden zur Einbürgerung abbauen.

Mehr Menschen eine Heimat geben

Menschen werden aus unterschiedlichen Gründen dazu veranlasst, ihre Heimat zu verlassen oder zu flüchten. In Thüringen leben viele gut integrierte Familien ohne gesicherten Aufenthaltsstatus in ständiger Angst, Deutschland kurzfristig verlassen zu müssen. Eine qualifizierte Betreuung dieser Menschen in ihren Ursprungsländern ist oftmals nicht gewährleistet. Sie nach hohem Integrationsaufwand in ein Land abzuschieben, dass ihre Kinder oft nur aus Erzählungen kennen und dessen Sprache sie nicht sprechen, ist nicht vertretbar. Wir wollen ihnen einen gesicherten Aufenthalt ermöglichen. Auch illegal in Thüringen lebende Menschen müssen die Möglichkeit ärztlicher Versorgung haben, ohne Angst vor Entdeckung haben zu müssen. Ebenso wollen wir deren Kindern den Schulbesuch ermöglichen.

Flüchtlingsrat in Härtefallkommission einbeziehen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind froh, dass es in Thüringen eine Härtefallkommission gibt, die unabhängig vom politischen Tagesgeschäft Einzelfallentscheidungen in humanitären Fragen treffen kann. Wir machen uns dafür stark, dass auch der Flüchtlingsrat eine Vertretung mit Stimmrecht entsenden kann und somit ein Mitspracherecht erhält.

Für eine bürgernahe und effiziente Justiz

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen für Thüringen eine effiziente und bürgernahe Justiz. Manche richtige Entwicklung der letzten Jahre ist fortzuführen bzw. zu verbessern. Beispielsweise müssen die Maßnahmen zur Einführung außergerichtlicher Konfliktlösungen weiter ausgebaut werden. Sie sind für Bürger und Organe der Rechtspflege übersichtlicher und transparenter zu gestalten. Wir werden dafür Sorge tragen, dass diese Maßnahmen besser von Rechtssuchenden angenommen werden können.

Wir werden uns der Tendenz zur örtlichen Konzentration der Gerichte und der Staatsanwaltschaften entgegen stellen. Bürgernähe bedeutet auch, dass man in zumutbarer Nähe ein zuständiges Amtsgericht findet. Die Konzentrationsbemühungen des Justizministeriums der letzten Jahre waren zu Recht stets erheblicher Kritik ausgesetzt. Weite Anfahrtswege zur Hauptverhandlung sind nicht nur für die Rechtssuchenden beschwerlich, sondern belasten auch die Anwaltschaft und die SitzungsvertreterInnen der Staatsanwaltschaft. Blinder Reformeifer mit dem Ziel vordergründiger Erfolge ist nicht sinnvoll.

Alle BürgerInnen müssen sich sowohl eine Rechtsberatung als auch die gerichtliche Durchsetzung ihrer Ansprüche leisten können. Wir sehen deshalb mit Sorge, dass die Erteilung von Rechtsberatungsscheinen an Bedürftige immer restriktiver gehandhabt wird und eine Einschränkung der Prozesskostenhilfe diskutiert wird. Dies bedeutet Sparen auf Kosten von finanziell Schwachen und letztlich Beschneidung ihrer Rechte. So schwindet das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den Rechtsstaat.

Jugendstrafrecht – Hilfe statt Strafe

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind entschieden gegen eine Verschärfung des Jugendstrafrechts. Wenn statt der Kosten für die Verfolgung und Bestrafung von Jugendlichen nur ein Zehntel dieser Beträge in deren Bildung und soziale Integration investieren würde, wären unsere Jugendgefängnisse nahezu leer. Deshalb reicht es auch nicht, das

Modell der Jugendstation, wie es in Gera seit Jahren erfolgreich angewendet wird, nur auf Erfurt auszuweiten. Es müssen entsprechende Einrichtungen am Sitz aller vier Staatsanwaltschaften geschaffen werden. Dies gewährleistet eine konzentrierte Kompetenz der sozialen Dienste, der Polizei und der Staatsanwaltschaft an einem Ort mit dem Ergebnis schneller und fachlich fundierter Entscheidungen. Im Umgang mit jugendlichen Straftätern muss grundsätzlich Hilfe und Unterstützung Vorrang vor Strafe haben.

Dies gilt natürlich gleichermaßen für erwachsene Straftäter. Auch hier muss eine Resozialisierung Vorrang haben vor bloßer Verwahrung. Wir wollen im Strafvollzug nicht nur Hilfsarbeiten, sondern ein möglichst breites Spektrum zur beruflichen Qualifizierung der Strafgefangenen anbieten. Darüber hinaus soll eine psychologische Betreuung weiter ausgebaut werden, die auch jederzeit ansprechbar ist und nicht nur nach vorheriger Terminabsprache.

Schwerpunktstaatsanwaltschaft „Umwelt“

Im Bereich des Umweltstrafrechts ist die derzeitige Praxis an Thüringer Staatsanwaltschaften von einem häufigen Wechsel der zuständigen Personen geprägt. Es handelt sich um ein ungeliebtes, weil ermittlungsintensives Dezernat mit wenig Aussicht auf spürbare Bestrafung der Täter. Wir fordern die Schaffung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft „Umwelt“. In den Bereichen „Korruption“, „Organisierte Kriminalität“ und „Wirtschaft“ haben sich die Vorteile dieses Modells gezeigt. Hohe Kompetenz, gepaart mit der Kenntnis des Klientels führt regelmäßig zu brauchbaren Ermittlungsergebnissen. So ist eine effiziente Strafverfolgung zum Vorteil unserer Umwelt möglich, etwa um „wilde“ Deponien besser zu bekämpfen.

Reform der JuristInnenausbildung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine bessere Verknüpfung von Theorie und Praxis in der JuristInnenausbildung. Dieses Ziel erreicht man am besten durch die Einführung der einstufigen JuristInnenausbildung, bei der sich Theorie und Praxis während der gesamten Aus-

bildung abwechseln. Hierfür werden sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stark machen.

Polizeiarbeit reformieren

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN halten am Berufsbild von „BürgerInnen in Uniform“ für die Polizei fest. Entscheidend für erfolgreiche Polizeiarbeit ist, dass die BürgerInnen ihrer Polizei vertrauen. Das Konzept OPTOPOL ist aus unserer Sicht gescheitert. Dies geht zu Lasten derer, die sich tagtäglich in ihrer Arbeit für die Polizei aufreiben. Wir stehen für eine umfassende bürgerrechtlich-orientierte Polizeireform, die den tatsächlichen Anforderungen gerecht wird.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Polizei von Routinearbeiten und Bagatelldelikten entlasten, die nicht zwingend einer hoheitlichen Bearbeitung bedürfen. Die PolizeibeamtInnen sollen stattdessen weit mehr für den Außendienst freigestellt werden.

Polizei auf Augenhöhe

Polizeieinsätze bei Demonstrationen sind die Nagelprobe für die Wahrung von Bürgerrechten. Bei Demonstrationen soll die Polizei strikt gemäß dem Prinzip der Angemessenheit und des Schutzes demokratischer Rechte handeln. Hierzu gehören eine größtmögliche Offenheit gegenüber den VeranstalterInnen und so wenig Präsenz wie nötig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, dass PolizeibeamtInnen den BürgerInnen persönlich verantwortlich gegenüberreten. Daher fordern wir das generelle Tragen von Dienstnummern bei Einsätzen in der Öffentlichkeit.

Polizeistruktur

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für die schrittweise Einführung der zweigeteilten Laufbahn im Polizeidienst, in der alle PolizeibeamtInnen im gehobenen bzw. im höheren Dienst beschäftigt werden und der mittlere Dienst für PolizistInnen abgeschafft wird. Die Tätigkeit bei der Polizei stellt eine hohe Anforderung an die Persönlichkeit der Beschäftigten. Daher sollten alle PolizistInnen als Mindestforderung eine entsprechende Fachhochschulausbildung absolviert haben, die die anschließende Beschäftigung im gehobenen Dienst vorsieht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sind für die Einführung einer unabhängigen Polizeibeauftragten für Thüringen als Ansprechstelle für die BürgerInnen. Diese muss dem Landtag berichtspflichtig sein und zudem Akteneinsicht genießen. Wir wollen Kontaktbeamte für gleichgeschlechtliche Lebensweisen einführen, um das Vertrauensverhältnis zwischen Lesben und Schwulen einerseits und der Polizei auf- und auszubauen.

Die Polizei muss weiterhin unabhängig von Geheimdiensten sein. In diesem Bereich darf es keine Vermischung von Kompetenzen geben. Daher dürfen Mitarbeiter der Thüringer Polizei grundsätzlich nicht zur Dienstverrichtung in das Landesamt für Verfassungsschutz abgeordnet werden. Bestehende Abordnungen sind aufzuheben.

Polizeiliche Aus- und Fortbildung

Die polizeiliche Aus- und Fortbildung gilt es ebenfalls zu reformieren. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine sach-, milieu-, orts- und einsatzbezogene Aus- und Fortbildung. Die Ausbildungsinhalte müssen neben fachlichen Weiterbildungen auch eigenständiges Handeln, Kritik- und Konfliktfähigkeit und soziale Kompetenz vermitteln.

Wir werben für Toleranz und Verständnis der Polizei insbesondere gegenüber MigrantInnen und gesellschaftlichen Minderheiten. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Befähigung der BeamtInnen zum konfliktmindernden und gewaltverhindernden Einsatz stärken und die psychologische Ausbildung mittels Stress- und Konfliktbewältigungsprogrammen intensivieren.

Die Fortbildung der Polizeibediensteten soll insbesondere in Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung und polizeiexternen Bildungsangeboten und Lehrkräften bereichert werden.

Landesamt für Verfassungsschutz

Insbesondere nach den fortlaufenden Geheimdienstskandalen des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz (LfV) und im Hinblick auf die bisherigen Verstöße gegen das Demokratieprinzip stellen wir dieses Amt in Frage. Wir fordern seine umgehende Auflösung als ei-

ner Landesoberbehörde und seine Neueinrichtung als reguläre Abteilung des Innenministeriums. Nur so kann künftig verhindert werden, dass sich die InnenministerInnen bei Verfassungsschutzpannen und anderen politischen Krisensituationen der parlamentarischen Kontrolle weitgehend entziehen können. Die dafür notwendigen Änderungen der Thüringer Verfassung, des Thüringer Verfassungsschutzgesetzes und des Thüringer Beamtengesetzes werden wir unverzüglich einbringen. Grüne Landespolitik steht auch hier für demokratische Kontrolle und gegen Schwarze-Peter-Spiele zur Abwehr von Regierungsverantwortung. Die bundesrechtlichen Vorgaben können ebenso durch eine wissenschaftlich arbeitende Forschungs- und Dokumentationsstelle erfüllt werden. Insbesondere engagierte BürgerInnen und eine kritische, freie Presse können das hohe Gut der freiheitlichen, demokratischen und rechtstaatlichen Verfassung schützen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich ein für einen Rechtsanspruch auf Akteneinsicht beim Landesamt für Verfassungsschutz und fordern die strikte Einhaltung des Trennungsgebotes von Polizei und Nachrichtendiensten.

Öffentliche Sicherheit und Kriminalpolitik

Die Menschen erwarten zu Recht, frei von Angst leben und ihre Rechte wahrnehmen zu können. Gewalt und Straftaten beeinträchtigen die Lebensqualität und machen Angst. Es gibt Menschen, die sich in ihrer Wohngegend unsicher fühlen oder sich Sorgen um ihre Kinder machen. Aber auch die Art und Weise der Kriminalitätsbekämpfung beschränkt in einigen Bereichen für uns wichtige Freiheits- und Bürgerrechte.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nehmen Ängste ernst. Eine Politik, die jedoch primär auf Repression und Strafe setzt, verschärft viele Probleme, trägt nicht im erforderlichen Maß zur Verringerung von Ängsten bei und vernachlässigt zudem die berechtigten Ansprüche von Kriminalitätsopfern.

Ursachen von Straftaten auf den Grund gehen

Wir machen uns für eine Innen- und Rechtspolitik stark, die auf die Ursachen von Straftaten und Gewalt zielt, rechtzeitige Hilfe in Krisenzeiten sicherstellt und auf Schadensbegrenzung und Wiedergutmachung setzt. Für uns ist die direkte Beteiligung von BürgerInnen ein Grundstein für ein zivilgesellschaftliches Sicherheitsmodell. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für ein gesellschaftliches Klima, das Zivilcourage fördert und nachbarschaftliches Engagement bestärkt. Wir wollen eine sicherheitsorientierte Stadtentwicklung unter Beteiligung der BürgerInnen, die zur Schaffung angstfreier Räume beiträgt. Wir stehen für den Abbau spezifischer Sicherheitsrisiken, z.B. durch die Schaffung von gut einsehbaren und ausgeleuchteten Frauenparkplätzen in Tiefgaragen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich auch für ein Verbot des privaten, häuslichen Besitzes großkalibriger Waffen ein. Amokläufe wie in Erfurt und Winnenden lassen sich nicht durch ein Verbot von Computerspielen eindämmen, aber sehr wohl durch das Fehlen von Waffen in Privathäusern.

Prävention ist das A und O

Statt neue und schärfere Straftatbestände zu fordern, setzen wir auf Prävention in allen Bereichen und von Anfang an. Strafnormen sind häufig nur ein Alibi für fehlende Prävention. Besonders deutlich wird dies bei der Beschaffungskriminalität von Drogenabhängigen. Wer suchtkrank ist, gehört nicht hinter Gitter, sondern in medizinische Behandlung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für den Vorrang außergerichtlicher Schlichtungsverfahren vor Strafverfolgung, wo dies angemessen und sinnvoll ist. Prävention wird bei uns bei polizeilicher Beratungstätigkeit als auch im privaten Bereich groß geschrieben.

Wir setzen Schwerpunkte in der Verminderung von Gewalt, Wirtschaftskriminalität und von Umweltkriminalität. Bei Umweltstraftaten fordern wir eine Anzeigepflicht für Verwaltungsbehörden. Wegen der schwerwiegenden gesellschaftlichen Folgen messen wir zudem der Korruptionsbekämpfung einen hohen Stellenwert bei.

Opferschutz und Opferhilfe

Opferschutz und Opferhilfe sind zentrale Anliegen bündnisgrüner Kriminalpolitik. Dabei kommt es uns darauf an, den Opfern von Straftaten tatsächlich zu helfen und ein Verhalten zu fördern, das gewaltfreie Konfliktlösungen ermöglicht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für die Ausweitung von Opferschutzprogrammen, und die Einrichtung eines flächendeckenden Netzes von Opferhilfeeinrichtungen. Weitere notwendige Maßnahmen sind die Stabilisierung und der bedarfsgerechte Ausbau von Schutzwohnungen und Zufluchten und ein verstärkter Einsatz des Täter-Opfer-Ausgleichs.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen

Gewalt gegen Frauen ist für erschreckend viele Frauen und oft auch deren Kinder brutale alltägliche Realität. Jede dritte Frau wird mindestens einmal im Leben Opfer von körperlicher Gewalt. Jede siebte Frau hat seit ihrem 16. Lebensjahr sexuelle Gewalt in strafrechtlich relevanter Form erleiden müssen, jede vierte Frau ist Gewalt durch ihren Partner ausgesetzt.

Diese Zahlen beweisen, dass Gewalt gegen Frauen alle angeht und die gesamte Gesellschaft verletzt. Wer hier weiter schweigt macht sich mitschuldig, denn Gewalt gegen Frauen ist kein Kavaliersdelikt. Dafür gibt es keine Entschuldigung oder Rechtfertigung. Gerade auch Kinder leiden stark unter Familien, in denen Gewalt zur Tagesordnung gehört und als Mittel zur Lösung von Konflikten herangezogen wird.

Frauenhäuser als staatliche Pflichtaufgabe

Der Freistaat muss hier in die Pflicht genommen werden. Wir wollen die Ausstattung dieser Einrichtungen als staatliche Pflichtaufgabe in der Landesverfassung gesetzlich verankern. Schutz vor Gewalt darf nicht abhängig von der Haushaltslage oder einer bestimmten Regierungskonstellation sein.

Weiterhin setzen wir uns dafür ein, das Thema „sexuelle Gewalt“ zur Ausbildung bei der Polizei gehört und für Opfer sexueller Gewalt das

Recht auf Hinzuziehung eines Beistands ihrer Wahl garantiert ist. Sexuelle Gewalt gegen Frauen mit Behinderungen wird in der Öffentlichkeit, beim medizinischen und pflegerischen Personal und in Polizei und Justiz weitestgehend tabuisiert. Hier sind spezielle Angebote zu entwickeln.

MigrantInnen und Flüchtlinge, die von Gewaltdelikten oder sexueller Verstümmelung bedroht sind, dürfen nicht abgeschoben werden.

Datenschutz, Datensicherheit und Informationsfreiheit

Die aktuellen Skandale um illegalen Datenhandel haben deutlich gemacht, dass Datenschutz und Persönlichkeitsrechte keine Selbstverständlichkeit sind. Viele BürgerInnen gehen zu leichtfertig mit ihren persönlichen Daten um. Auch von der Thüringer Politik muss daher deutlich gemacht werden, dass Datenschutz ein BürgerInnenrecht ist.

Thüringen muss dabei eine Vorbildfunktion für den Umgang mit persönlichen Daten übernehmen, statt willkürlich Daten zu erheben oder sogar Geld mit dem Handel von Daten zu verdienen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen verstehen sich als moderne Bürgerrechtspartei für die der Schutz von persönlichen Daten ein elementares Grundrecht darstellt, das es zu verteidigen gilt.

Datenschutz ins Grundgesetz

Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung muss im Grundgesetz verankert werden. Allein die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist hier nicht ausreichend. Die Sicherheit der persönlichen Daten ein Grundrecht werden, um nicht nur um den Staat Grenzen bei der Erhebung von Daten zu setzen, sondern diese auch vor Missbrauch durch Dritte zu schützen.

Datenhandel verbieten

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen sprechen sich für ein grundsätzliches Verbot für den Handel mit persönlichen Daten aus. Die derzeitige rechtliche Grauzone muss beseitigt und der lebhafteste Handel

mit den Daten von VerbraucherInnen muss endlich gestoppt werden. Auch der Handel mit Daten aus den Melderegistern muss strikt begrenzt werden. Ohne die ausdrückliche Einwilligung darf keine Weitergabe erfolgen.

Konsequent gegen Vorratsdatenspeicherung und Onlinedurchsuchung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen lehnen die von der Bundesregierung eingeführte und von der Thüringer Landesregierung befürwortete Vorratsdatenspeicherung und die Online-Durchsuchung strikt ab. Wir fordern die sofortige Rücknahme der entsprechenden Gesetze.

Thüringen zum Datenschutzland machen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen wollen Thüringen zum Datenschutzland machen. Der Datenschutz gehört ins Grundgesetz. Wir machen uns für politische Mehrheiten stark, um dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu folgen und von einer automatischen Kennzeichenerfassung Abstand zu nehmen.

Wir wollen den Datenschutz zum Schulthema machen. Bereits während der Grundschulzeit wird der Umgang mit dem Computer für viele Kinder so normal wie Fernsehen. Immer mehr Kinder benutzen Computer und häufig auch das Internet. Hier sehen sie sich einer Fülle von Informationen und Eindrücken gegenüber, die sie häufig noch nicht verarbeiten können. Daher muss bereits die Grundschule diese Entwicklung berücksichtigen und das Thema Computer, Internet und auch Datenschutz für Kinder begreifbar machen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen sprechen sich dafür aus, dass Datenschutz bereits ab der Jahrgangsstufe 5 im Lehrplan des Faches Medienkunde aufgenommen wird, um Kindern schon frühzeitig an die Problematik heran zu führen. Außerdem sollen verstärkt freie Software und offene Formate in Thüringens Bildungseinrichtung eingesetzt werden.

Nicht nur Kinder und Jugendliche müssen besser über Datenschutz aufgeklärt werden, insbesondere ältere Menschen werden immer häufiger Opfer von BetrügerInnen im Internet. Auch im Alltag der Menschen gibt es vielfältige Risiken für den Datenschutz, etwa in Form von Gewinnspielen oder Kundenkarten. Es muss eine bessere und breitere Aufklärung über diese Risiken erfolgen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen wollen deshalb ein Landesprogramm zum Thema Datenschutz auflegen, welches über die Risiken im Umgang mit Neuen Medien und im Alltag aufklärt und so die Rechte der BürgerInnen stärkt.

Der Thüringer Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (TLfDI)

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen wollen die personelle und rechtliche Stärkung des Thüringer Landesbeauftragten für Datenschutz (TLfD). Die Dienststelle des TLfD muss in die Lage versetzt werden, die Einhaltung des Datenschutzes sowohl gegenüber den Thüringer Behörden als auch gegenüber privaten Unternehmen effektiv durchzusetzen und unabhängig sicherzustellen. Der Dienststelle des TLfD wird der Aufgabenbereich der Informationsfreiheit übertragen. Die Behörde hat sicherzustellen, dass die in einem Thüringer IFG verankerten Rechte der Bürgerinnen und Bürger umgesetzt werden. Diese hat neben dem Datenschutzbericht auch einen Bericht über die Informationsfreiheit zu erstellen und sie hat die Rechte der Bürgerinnen und Bürger bekannt zu machen.

Transparenz der Verwaltung sichern: ein Informationsfreiheitsgesetz für Thüringen

Um Menschen zur Teilhabe und zum Mitmachen zu ermutigen, bedarf es einer hohen Transparenz. Alle müssen das Recht auf sachgerechte und umfangreiche Information haben. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben daher als Grundlage für die bessere Durchschaubarkeit staatlichen Handelns ein Informationsfreiheitsgesetz an.

Staatliches Handeln muss offen und nachvollziehbar sein. Wir lehnen

es ab, dass Behörden erhobene Umweltdaten oder Daten aus der Lebensmittelüberwachung quer über alle Verwaltungsangelegenheiten bis hin zu Finanzdaten als geistiges Eigentum der Behörde betrachten und die Information verwehren. Wir setzen uns für eine aktive Informationspolitik und eine Öffnung der Akten und Archive ein. Jeder Bürger und jede Bürgerin muss auch ohne Darlegung eines Grundes Zugang zu den ihn interessierenden Informationen aus der Verwaltung erlangen können. Dabei werden wir natürlich darauf achten, dass Daten von privatem Belang anonymisiert sind. Es kann zur Formulierung eine Anleihe an dem Bundes-IFG genommen werden.

Zugleich setzen wir uns auch dafür ein, dass die Kosten für eine Information überschaubar sind, dass diese vorher mitgeteilt werden und dass sie so gering sind, dass jede Bürgerin und jeder Bürger Zugang erhalten kann.

Aktiv gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Thüringen ist in letzter Zeit wiederholt aufgrund von rechtsextremen Gewalttaten in die Schlagzeilen geraten. Dies belegen die aktuellen Zahlen der polizeilichen Kriminalstatistik für Thüringen 2008. Die Anzahl der Delikte, die rechtsextrem motiviert waren hat um mehr als 35,3 Prozent zugenommen. Dies macht deutlich, dass die Situation mehr als besorgniserregend ist. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen lehnen jegliche Form der gruppenbezogenen Menschfeindlichkeit ab. Wir treten Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit, Homophobie und Islamophobie entschieden entgegen.

Augen auf – Deine Stimme gegen Nazis

Der Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und Homophobie ist auch ein Kampf für unsere Demokratie. Braunes Gedankengut ist auch in der Mitte der Gesellschaft erschreckend weit verbreitet, Das können und wollen wir als aktive Demokraten nicht länger hinnehmen. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein ge-

sellschaftliches Klima schaffen, dass Rechtsextremismus dauerhaft den Boden entzieht.

Trotz einer zunehmend gewalttätiger werdenden rechtsextremen Szene ist die Landesregierung passiv. Im Programm der regierenden CDU findet sich kein einziges Wort zum Thema Rechtsextremismus oder zu Strategien gegen Rechts.

Das ist ein Armutszeugnis für ein Bundesland, im dem die NPD im Verhältnis zur Einwohnerzahl mittlerweile einen der stärksten Landesverbände in Deutschland unterhält. Die CDU-Regierung trägt an dieser Entwicklung zumindest eine Teilschuld, Sie hat es in den letzten Jahren versäumt, Strategien gegen Rechtsextremismus zu entwickeln und zu finanzieren. Zudem ist bekannt, dass Thüringen das strategische Aufmarschgebiet der NPD für die Wahlen 2009 darstellt. Trotz des derzeitigen desolaten Zustands der Partei wird sie versuchen, den Sprung in den Thüringer Landtag zu schaffen. Dagegen braucht es ein breites demokratisches und zivilgesellschaftliches Bündnis aller Parteien, Verbände und Vereinen in Thüringen. Und deshalb werben wir darum, dass sich alle demokratischen Kräfte am Bündnis „Deine Stimme gegen Nazis“ beteiligen.

Für ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus und für Demokratie

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern für Thüringen erneut ein Landesprogramm gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Die offenkundigen Probleme einfach zu ignorieren, ist realitätsfern und fahrlässig.

Prävention und Aufklärung tun Not

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen auch im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus maßgeblich auf Aufklärung und Prävention. Wir wollen rechtsextremistische Propaganda und alle Formen von Rassismus und Antisemitismus ächten und mit allen zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln unterbinden. Ein Anlie-

gen ist dabei die Information über die Verbrechen der Nazizeit in Schulen, Medien, an Gedenkortern und ehemaligen Konzentrationslagern. Wir müssen die Strukturen der Nazis transparent machen und ihnen den finanziellen Nährboden entziehen.

Die demokratischen Abwehrkräfte stärken

Wir brauchen gezielte nicht-rechte Jugendarbeit, um genau dort Angebote zu machen, wo sich der Staat – mit Vorliebe im ländlichen Bereich – zurückgezogen hat. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine verlässliche und solide Finanzierung und Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen und Projekte. Solche Initiativen gegen Rechtsextremismus aktivieren demokratische Kräfte, beraten, helfen Opfern und werben für Offenheit und Toleranz. Dafür verdienen sie unseren ganzen Respekt. Sie brauchen aber auch finanzielle Sicherheit und hier darf sich das Land nicht länger der Verantwortung entziehen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Thüringen stehen für eine Demokratieoffensive. Nur so kann rechtsextremen und rassistischen Ideen effektiv und nachhaltig entgegengetreten werden. Das Ziel ist aktive Förderung des demokratischen und zivilgesellschaftlichen Engagements in Kindergärten, Schulen und Hochschulen durch eine stärkere Verankerung von antirassistischer und demokratischer Bildung. Pädagogische und politische Gegenstrategien müssen auf den Kernpunkt des Rechtsextremismus zielen, den rassistischen und menschenverachtenden Konsens einer ethnisch definierten „Nationalen Volksgemeinschaft“.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehen in der Stärkung der Demokratie das beste Mittel gegen Rechtsextremismus und dessen Ideologien. Nur wenn echte Partizipation erlebt wird, kann langfristig die Zustimmung zur Demokratie erhöht werden.

Thüringen in Bewegung bringen und halten

Sport fördert soziale Beziehungen, leistet Integrationsarbeit und ist für den Zusammenhalt in Thüringen nicht wegzudenken. Das große

ehrenamtliche Engagement in Thüringer Sportvereinen befördert unsere Zivilgesellschaft. Sport und Bewegung tragen entscheidend zur Gesundheitserhaltung und der Prävention von Krankheiten bei. Angesichts der Alterung unserer Gesellschaft und der Bewegungsarmut bei Kindern wie Erwachsenen kommt einer breit angelegten und gezielten Sportförderung besondere Bedeutung zu. Sport ist integrativ und trägt zu Verständigung bei.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen zu Bewegung und Sport ermutigen und einladen. Dazu braucht es ein breites, sportartübergreifendes, spielorientiertes und interkulturell offenes Bewegungsangebot. Sportentwicklung muss so ausgerichtet sein, dass Alter, Behinderung oder sexuelle Identität den Zugang zum Sport nicht einschränken. Fanprojekte, die Toleranz im Sport einfordern und selbst üben, genießen unsere volle Unterstützung.

Gesunde Ernährung und mehr Bewegung im Alltag

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen auf gesunde Ernährung und auf mehr Bewegung im Alltag, etwa auf den Wegen zur Schule und zur Arbeit. Zu-Fuß-Gehen und Radfahren müssen wieder Normalität werden. Dazu braucht es allerdings auch entsprechende Rahmenbedingungen, wie sichere Radwege auf dem Weg zu Schule.

Thüringen ist Sportland – nicht nur für SpitzensportlerInnen

Der Wettkampf- und Spitzensport muss weiterentwickelt werden, damit er seiner Funktion, Menschen zum Sporttreiben zu begeistern, auch in Zukunft gerecht werden kann. Die Nachwuchsförderung im Leistungssport soll den jungen SportlerInnen gute Rahmenbedingungen für ideale Trainingsmöglichkeiten und für die Vorbereitung ihrer beruflichen Zukunft in Schule, Ausbildung und Hochschule bieten.

Wir wollen ein kooperatives Handeln von Freistaat, Kommunen, Schulen und Vereinen sowie der Wirtschaft. Thüringen braucht mehr

und besser sanierte, frei zugängliche und wohnortnahe bezahlbare Sportstätten sowie Bewegungs- und Spielflächen.

Für nachhaltige und vernetzte Sportanlagen

Wir setzen uns für Instrumente zur Sportentwicklungsplanung und die Entwicklung moderner Betreibermodelle für vorhandene Sportanlagen ein. Wir stehen für die Entwicklung und Bereitstellung eines vernetzten Beratungsangebots für Kommunen und Sportvereine, das diese bei der Sportstättenplanung, also bei Planung, Sanierung und Betrieb von Sportstätten und Sportgelegenheiten nach den Kriterien unterstützt.

Schulsport garantieren und ausbauen

Der Schulsport als Sportangebot muss garantiert werden. Kinder und Jugendliche brauchen für ihre gesunde Entwicklung täglich ein ausreichendes Maß an Bewegung. Wir sind der Auffassung, dass der Schulsport wegen seiner Bedeutung für die ganzheitliche Bildung und Erziehung der Schülerinnen und Schüler ein Kernbereich im Schulleben ist. Wir engagieren uns für den Sportunterricht, weil hier alle Kinder und Jugendlichen erreicht werden und Anleitung zu lebenslanger sportlicher Betätigung erhalten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich dafür ein, dass Schulen auch als Bewegungsraum gestaltet und genutzt werden. Deshalb engagieren wir uns für den Ausbau und die Qualitätsentwicklung von Bewegungs-, Spiel- und Sportangeboten in der offenen Ganztagschule und für die Entwicklung bewegungsfreundlicher und sportorientierter Schulprofile. Unser erklärtes Ziel ist es, dass alle Kinder in Thüringen das Schwimmen erlernen und dies auch verbindlicher Teil des Unterrichts wird. Generell soll das unterschiedliche Sportverhalten von Mädchen und Jungen berücksichtigt werden.

Wir setzen uns aber auch für vielfältige Angebote im außerunterrichtlichen Schulsport ein, damit sportschwächere und sportlich begabte Schülerinnen und Schüler besonders gefördert werden. Im kompensatorischen Sport können auch Kinder mit Übergewicht oder mangeln-

den Bewegungserfahrungen zu mehr Gesundheit und Wohlbefinden gelangen.

Bürgerschaftliches Engagement im Sport stärken

Im Sportverein werden gesellschaftspolitische Werte vermittelt. Das macht ihn sozialpolitisch unverzichtbar. Die Ergebnisse von Befragungen zum Sportverhalten in Thüringer Kommunen zeigen allerdings auch den Trend, dass der organisierte Sport in seiner Bedeutung zugunsten des selbst organisierten Freizeitsports abnimmt. Wir setzen uns deshalb auch dafür ein, dass diese geänderte Nachfrage beim Um- und Ausbau der Sportinfrastruktur berücksichtigt wird. Deswegen sind Maßnahmen zur Sicherung, Stärkung und Auszeichnung des Ehrenamtes erforderlich. Die Qualifizierungsmaßnahmen von ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Sportvereinen und -verbänden sind wichtig. Der Ausbau von Informations-, Beratungs-, und Weiterbildungsangeboten im organisierten Sport bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit. Die Zusammenarbeit mit den Vereinen, dem Landessportbund und den kommunalen Sportbünden ist daher von großer Bedeutung für die Politik in Land und Kommunen.

In der Zukunft wird der Qualität der Arbeit in den Sportvereinen eine wachsende Bedeutung zukommen. Wir wollen die Maßnahmen zur Qualitätssicherung und Qualitätsverbesserung, z.B. Gütesiegel. So können Außenstehende verlässliche Informationen über die Vereine erhalten.

